



■ Flächenhaushaltspolitik
Ein Beitrag zur nachhaltigen
Raumentwicklung

■ Zeitschriftenschau

■ Umbau
Eine Chance für die
Raumordnung?

■ Metropolregionen
Innovation, Wettbewerb,
Handlungsfähigkeit

■ Spannungsfeld zwischen
regionalem Ausgleich und
Wachstum

■ Großräumiger Verkehr

■ Räumliche Auswirkungen
der Virtualisierung

■ Welchen Theoriebedarf
hat die Raumplanung?

■ Neuerscheinungen

Inhalt

Zur Diskussion		
■ Flächenhaushaltspolitik Ein Beitrag zur nachhaltigen Raumentwicklung	1	
Raumforschung/-entwicklungspolitik		
■ Demographischer Wandel Herausforderung für die Weiterentwicklung der Infrastruktur in den Regionen	8	
■ Ausschreibungen für Preise im Jahr 2004	10	
■ Metropolregion Hannover-Braunschweig- Göttingen	10	
■ Beteiligung- <i>Online</i> e-Partizipation in der Planungspraxis	11	
■ Fernstudien-Angebote der Universität Koblenz- Lindau	11	
■ Masterstudiengang „Nachhaltige Stadtregionen“ an der Dresden International University	12	
■ Neue Veröffentlichungen aus anderen Verlagen	12	
■ Veranstaltungshinweise	14	
■ Aus der WGL		
■ Arbeitskreis „Europa“ der Leibniz-Gemeinschaft	16	
■ Aus den raumwissenschaftlichen Einrichtungen der WGL		
■ Gemeinsame Vorhaben auf den Weg gebracht	16	
■ Treffen der neun raumwissenschaftlichen Einrichtungen	17	
■ 4 R-Kooperationsprojekt „Kulturlandschaften – Konkretisierung für die Raumordnung“	18	
■ 4 R-Kooperationsprojekt „Territorialplanung in der DDR“	18	
■ Demographischer Wandel: Chance oder Gefahr für den ökologischen Umbau von Städten und Regionen?	18	
■ Ausstellung „Brücken, Barrieren und Bilder – Regionen im östlichen Europa“	19	
■ Treffen europäischer Naturschutzexperten in Dresden	19	
■ Enlarge-Net Grenzüberschreitende Netzwerke zwischen Städten und Regionen	19	
■ INTELCITIES: Zukunft der Stadtplanung	20	
		ARL-Zeitschriftenschau 21
		ARL-Forschung
■ Umbau – Eine Chance für die Raumordnung? Gemeinsame Sitzung der ostdeutschen Landes- arbeitsgemeinschaften	29	
■ Raum- und Eisenbahnentwicklung in der Alpen- region	30	
■ Neuer Arbeitskreis zum Thema „Metropol- regionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit“	31	
■ Mitgliederversammlung der Landesarbeits- gemeinschaft Bayern	32	
■ Landesarbeitsgemeinschaft Hessen, Rheinland- Pfalz, Saarland tagte in Saarbrücken	33	
■ Spannungsfeld zwischen regionalem Ausgleich und Wachstum	34	
■ LAG Nordwest mit neuen Themen	35	
		ARL-Veranstaltungen
■ MdB Oswald hebt Bedeutung der ARL-Tätigkeit hervor Parlamentarisches Arbeitsgespräch	37	
■ Neues Themenfeld „Großräumiger Verkehr“ Wissenschaftliche Plenarsitzung 2005 Ankündigung	38	
■ Workshop zum Emissionshandel	39	
■ Räumliche Auswirkungen der Virtualisierung	39	
■ Fachgespräch „Welchen Theoriebedarf hat die Raumplanung?“	40	
■ Präsentation des Deutsch-Niederländischen Handbuchs der Planungsbegriffe	41	
■ 10. Thüringer Regionalplanertagung in Arnstadt	42	
■ Fortschreibung des Landesentwicklungs- programms (LEP)	44	
■ Regionalplanertagung Baden-Württemberg 2004	45	
■ Deutsch-Österreichische Kooperation Instrumente in einem beschleunigten Umfeld	46	

ARL-Neuerscheinungen	47	FRU	
ARL-Intern		■ Werner-Ernst-Preis 2004	58
■ ARL-Präsident vertieft China-Kontakte	50	■ Neue Mitglieder im FRU	59
■ Leitungsgespräch ARL / DKKV	51	■ FRU-Infobörse	59
■ ARL-Präsident erhält hohe Auszeichnung	51		
■ Kuratorium genehmigt Rechenschaftsbericht 2003	52		
■ Wissenschaftlicher Beirat wählt neuen Vorsitzenden	53		
■ Grundsatzkommission setzt Beratung der Forschungsperspektiven der ARL fort	54		
■ Neue Korrespondierende Mitglieder	55		
■ Personalien	56		



NACHRICHTEN

Technische Redaktion: Oliver Rose, Maria Hein

Druck: poppdruck, Langenhagen

Die NACHRICHTEN der ARL erscheinen viermal im Jahr.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Juni 2004

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG

30161 Hannover, Hohenzollernstraße 11

Tel.: 0511 / 3 48 42 - 0; Fax: 0511 / 3 48 42 - 41

e-mail: ARL@ARL-net.de

<http://www.ARL-net.de>

Red.: 0511 / 3 48 42 - 26; e-mail: Rose@ARL-net.de

Flächenhaushaltspolitik

Ein Beitrag zur nachhaltigen Raumentwicklung

Inhalt

0. Zusammenfassung
1. Was ist Flächenhaushaltspolitik?
2. Was will Flächenhaushaltspolitik?
3. Vor welchen empirischen Befunden steht die Flächenhaushaltspolitik?
4. Wie arbeitet die Flächenhaushaltspolitik?
 - 4.1 Raumplanerische Instrumente
 - 4.2 Ökonomische Instrumente
5. Schlussbemerkungen

0. Zusammenfassung

Die Flächenhaushaltspolitik (FHP) ist ein unumgänglicher Weg zu haushälterischem Umgang mit der Ressource Fläche.¹ Es geht ihr einerseits um eine drastische Begrenzung der Flächeninanspruchnahme (Mengenziel), andererseits um den Ausgleich und die Wiederherstellung ökologischer Funktionen (Qualitätsziel). So verstanden ist FHP sowohl Kreislauf- als auch Umbaupolitik.

Die FHP steht vor großen Herausforderungen. Im Jahre 2003 wurden täglich 105 ha überwiegend landwirtschaftlich genutzter Fläche in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt. Nichts rechtfertigt die Vermutung, diese Entwicklung würde angesichts der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung von selbst zum Stillstand kommen.

Die FHP kann auf ein vielfältiges raumplanerisches Instrumentarium zurückgreifen. Es bedarf gleichermaßen einer auf die Ziele der FHP hin ausgerichteten Fortentwicklung wie eines mutigen und konsequenten Einsatzes. Allerdings führt an einer effizienten Ergänzung des raumplanerischen Instrumentariums durch marktwirtschaftliche Instrumente kein Weg vorbei.

Die FHP ist letztlich nicht nur ein unumgänglicher Weg zur nachhaltigen zukunftsfähigen Raumentwicklung, sondern auch ein Beitrag zur Erneuerung von Politik und Gesellschaft.

¹ Im Zusammenhang mit der FHP ist mit dem Schutz der Ressource „Fläche“ immer auch der Schutz des Bodens gemeint.

1. Was ist Flächenhaushaltspolitik (FHP)?

Wohstand und soziale Gerechtigkeit sind in unserer hochvernetzten Welt auf Dauer abhängig von einer konsequenten Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Der sparsame und schonende Umgang mit der begrenzten Ressource Fläche ist angesichts ihrer dramatisch fortschreitenden Gefährdung das übergreifende Anliegen einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung. Hier setzt die FHP an. Im Kern geht es darum, die Flächenressourcen auf allen Ebenen der räumlichen Planung ebenso haushälterisch zu behandeln wie etwa die finanziellen Ressourcen. In Analogie zur öffentlichen Finanzwirtschaft und nach den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie und Kontrolle sollen in der FHP die Entwicklungen der Flächennutzung und die Auswirkungen raumwirksamer und raumbeanspruchender Maßnahmen auf Landschaftsfunktionen erfasst, die Flächeninanspruchnahme örtlich und überörtlich bilanziert und vor allem auch bewertet werden, so dass auf der Grundlage normativer Rahmensetzungen (zum Mengen- und Qualitätsziel) eine zukunftsfähige Bewirtschaftung der Flächen realisiert werden kann.

Unter der Leitung von Vizepräsident Professor Dr. Klaus Borchard, Bonn, hat eine kleine Arbeitsgruppe aktuelle Empfehlungen zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme erarbeitet. Ausgangspunkte der Beratungen waren die seinerzeitigen Ergebnisse des Arbeitskreises „Flächenhaushaltspolitik“ (vgl. Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 208) und die derzeitigen Diskussionen auf Bundesebene im Rahmen der Arbeiten des Nachhaltigkeitsrates der Bundesregierung zu diesem Thema. Der Ad-hoc-Arbeitsgruppe gehörten an: Klaus Borchard, Bonn (Leitung); Fabian Dosch, Bonn; Lothar Finke, Dortmund; Stefan Greiving, Dortmund; Burkhard Lange, Hannover (Geschäftsführung); Siegfried Losch, Königswinter; Dietmar Scholich, Hannover; Bernd Streich, Kaiserslautern; Gerd Turowski, Dortmund, und Christian Wittenbecher, Hannover. Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe sind in das derzeitige Diskussionspapier des Nachhaltigkeitsrates „Mehr Wert für die Fläche: Das ‚Ziel-30-ha‘“ eingeflossen und als Positionspapier Nr. 58 aus der ARL veröffentlicht worden.

Der Begriff Flächenhaushaltspolitik ist von der ARL 1987 geprägt und 1997 präzisiert worden.² Die folgenden Thesen aktualisieren die damaligen Erkenntnisse und Empfehlungen.

2. Was will Flächenhaushaltspolitik?

Die FHP verfolgt zwei Kernziele:

1. die weitere Ausdehnung von Siedlungs- und Verkehrsflächen zu Lasten der Freiflächen nicht nur deutlich zu verringern (z.B. bis zum Jahre 2020 auf nur noch 30 ha/pro Tag), sondern sie langfristig durch eine Kreislaufwirtschaft vollständig zu ersetzen (*Mengenziel*) und
2. die ökologischen Qualitäten der Ressource Fläche zu erhalten, die von unabwendbaren neuen Flächenbeanspruchungen ausgehenden Beeinträchtigungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht vollständig auszugleichen sowie auf bereits genutzten, devastierten Flächen die ökologischen Funktionen wiederherzustellen (*Qualitätsziel*).

Damit ist die FHP gleichermaßen Kreislauf- wie Umbaupolitik. Bestandsnutzung geht vor Neuausweisung. Vor jeder neuen Inanspruchnahme von Freiflächen ist nachzuweisen, dass der Flächenbedarf nicht mehr innerhalb der bestehenden Siedlungsfläche und nicht durch (Wieder-)Nutzung bestehender Entwicklungspotenziale gedeckt werden kann.

Natürlich wirken sich neben der räumlichen Planung weitere Politikbereiche auf die tägliche Flächeninanspruchnahme aus, beispielsweise die Wohnungs-, die Verkehrs-, die Agrar-, die Finanz- und die Energiepolitik. Auch sie haben in Zukunft einen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der FHP zu leisten.

Eine so umfassend angelegte FHP will schließlich auch einen Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins und der Verhaltensweisen erreichen und eine neue Definition der politischen, administrativen und ökonomischen Rahmenbedingungen einleiten. Bislang sind vor allem die volkswirtschaftlichen Kosten der Flächeninanspruchnahme, gerade auch in ihren langfristigen Wirkungen, weder zureichend ermittelt noch angemessen in Rechnung gestellt worden. Auch wenn dabei methodische Schwierigkeiten überwunden werden müssen – so setzt eine derartige Aufrechnung eine Verständigung über gesellschaftliche Grundvorstellungen voraus, wie viel Wert einer Freifläche im Gegensatz zu einer Siedlungsfläche beizumessen wäre – fehlt es doch nicht an Verfahren zur Kostenermittlung, etwa für die Erschließung neuer Wohngebiete, die Infrastrukturversorgung der neuen Bewohner oder die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. In mancher Region aber warten heute voll und qualitativ hochwertig erschlossene Wohn- und Gewerbegebiete auf Investoren, die nicht kommen wollen, weil sie „aus dem Vollen schöpfen“, d.h. unter Alter-

nativangeboten auswählen können. In den Zentren läuft derweil die bestehende Infrastrukturversorgung leer.

Für den einzelnen Investor fehlt bislang jeder Zwang zu sparsamer Flächeninanspruchnahme. In Zeiten leerer öffentlicher Kassen sollte er aber wenigstens für die Bereitstellung zusätzlicher Infrastruktur erheblich stärker beteiligt werden als bisher. Zumindest beim Wohnungsbau dürfte den wenigsten Bauherren auf der „grünen Wiese“ bewusst sein, dass sie mittel- bis langfristig genau so viel Geld aufzuwenden haben wie Bauwillige, die sich für städtische Innenflächen entschieden haben. Es trübt den Blick, wenn nur Grundstückskosten und nicht weitere Belastungen, wie z.B. für die Mobilität, in solchen Vergleichsrechnungen berücksichtigt werden. Aufklärung über Kostenwahrheit täte hier Not.

Die Chancen zur Entfaltung einer nachhaltigen FHP hängen also von dem politischen System, von der Wirtschafts- und Finanzordnung sowie von dem sozialen und ethischen Zustand der Gesellschaft ab. Erst wenn hier grundlegende Reformen verwirklicht werden, sind die Voraussetzungen für die Entfaltung einer nachhaltigen Flächenhaushaltspolitik gegeben.

3. Vor welchen empirischen Befunden steht die Flächenhaushaltspolitik?

Im Jahre 2003 wurden täglich 105 ha überwiegend landwirtschaftlich genutzter Fläche in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt. Zwar verlangsamte sich dieser Zuwachs, der im Jahr 2001 noch bei 117 ha/Tag gelegen hatte, zum zweiten Mal in Folge, doch bedeutet dieser Rückgang keine grundsätzliche Trendwende. Er ist vielmehr überwiegend durch die rückläufige konjunkturelle Entwicklung und den Einbruch bei den Bauinvestitionen geprägt. Von Anfang 2004 bis Anfang 2010 ist mit einer Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche um ca. 230.000 ha zu rechnen. Zieht die Konjunktur wieder an, fällt auch das Flächenwachstum entsprechend stärker aus. Denn eine Entkoppelung von demographischer Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Flächeninanspruchnahme ist nicht erkennbar.

Welche Herausforderungen lassen sich aus den Trends im Detail ableiten?

- Bei insgesamt rückläufigen Baufertigstellungen geht die größte zusätzliche Flächenbeanspruchung derzeit vom Wohnungsbau, insbesondere dem Einfamilienhausbau, aus. Auch bei abnehmender Bevölkerungszahl ist in Zukunft regional von Wohnraumdefiziten auszugehen, die durch Neubau ausgeglichen werden müssen. Ursache sind zunehmende Wanderungsbewegungen, die einerseits zur Entleerung ländlicher Räume, andererseits zu erhöhtem Wohnraumbedarf in „Gewinnerräumen“, vor allem im Umland der Großstädte, führen werden. Der Trend wird durch Änderung von Konsumbedürfnissen und von einem Anstieg der Ein- und Zweipersonenhaushalte verstärkt. Die Nachfrage nach Wohnfläche (derzeit über 40 m² je Person gegenüber ca. 20 m² noch in den 1960er Jahren) wird weiter steigen. Selbst in Regionen mit erheblichem Wohnungsleerstand ist mit weiterem Eigenheimbau und zusätzlicher Flächeninanspruchnahme zu rechnen.

² Veröffentlicht von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in den Forschungs- und Sitzungsberichten, Bd. 173/1997 „Flächenhaushaltspolitik. Ein Beitrag zum Bodenschutz“ und Bd. 208/1999 „Flächenhaushaltspolitik. Feststellungen und Empfehlungen für eine zukunftsfähige Raum- und Siedlungspolitik“.

- Jedes Mehr an Wohnfläche führt zu einem Mehr an Siedlungsfläche. Das Wachstum erfolgt überwiegend dispers statt dezentral konzentriert. Der Siedlungsflächenzuwachs ist absolut in den ländlichen Räumen doppelt so hoch wie in den Agglomerationsräumen und pro Kopf in den ländlichen Regionstypen sogar dreimal höher. Rückläufige Siedlungsdichten werden durch Abwanderung und niedrige Baulandpreise gefördert. Zersiedelung und Dispersion sind ressourcenintensiv und gehen mit einem steigenden Kostenaufwand für die Infrastruktur einher. Besonders problematisch ist dies in Regionen, in denen die Bevölkerungszahl heute schon durch Abwanderung schrumpft.
- In den 1990er Jahren hielt die Suburbanisierung und Dispersion der Beschäftigung im Umkreis der großen Siedlungsräume an. Flächenzehrende Gebiete für Produktion und Einzelhandel mit Flachbauten kennzeichnen das Stadtumland. Entlastend wirkt dagegen eine Änderung der Betriebsstruktur hin zu weniger flächenintensiven Produktionsweisen. Bürodienstleistungen präferieren tendenziell Standorte mit höheren baulichen Dichten. Neuerdings expandiert selbst der großflächige Einzelhandel wieder verstärkt in zentralen Lagen. Insgesamt herrscht auf den meisten Gewerbebaulandmärkten seit Jahren ein Überangebot. Als Folge werden inzwischen weniger neue Gewerbeflächen erschlossen, besonders im Osten Deutschlands.
- Gleichzeitig wächst der Umfang der Brachflächen, die im Jahr 2000 139.000 ha einnahmen und nach Hochrechnungen um mehr als 10 ha pro Tag zunehmen. Nach der Baulandumfrage 2000 waren noch über 60% der für gewerbliche Wiedernutzung vorgesehenen Flächen in bauleitplanerischer Bearbeitung, in der Folgeumfrage 2003 jedoch bereits weniger als die Hälfte. Das große Angebot führt dazu, dass besonders in Regionen mit geringer Nachfrage brachgefallene Industrieflächen nicht wieder genutzt werden. Dennoch sind brachliegende Flächen sowie Planungsbrachen Hoffnungsträger der Siedlungsentwicklung im Bestand. Sie bieten zumindest potenziell die Chance, Neunutzungen auf diese Flächen zu lenken und neue Qualitäten im Bestand zu entwickeln. Damit kann das Angebot an Bauland erhöht und die Reurbanisierung gefördert werden.
- Mit der Freizeitgesellschaft dehnen sich Sport- und Erholungsflächen im Siedlungsbereich aus. Weiterhin werden zunehmend Brachflächen in Grünflächen umgewidmet und tragen so zur vielfach geforderten Qualifizierung des Siedlungsbereiches bei.
- Stark wachsende und schrumpfende Gemeinden liegen häufig eng beieinander. Über die Hälfte des gesamten zwischen 1996 und 2000 realisierten Zuwachses entfällt auf Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern und ohne zentralörtliche Funktion, die aber nur einen Bevölkerungsanteil von 28% an der Gesamtbevölkerung 2000 aufwiesen. Weiterhin nehmen schätzungsweise 20% der Gemeinden mehr als die Hälfte, 5% der Gemeinden rund ein Viertel der Flächeninanspruchnahme ein.
- Flächeninanspruchnahme ist ein *Mengenproblem* in eher ländlichen Räumen und ein *Qualitätsproblem* meist in

Form von Freiflächenverlusten in Agglomerationen. Mit dem Siedlungsflächenzuwachs erfolgt auch eine verstärkte Inanspruchnahme hochwertiger Böden. Demgegenüber lassen sich erste Reurbanisierungstendenzen, insbesondere im Osten, in Regionen mit preisgünstigen und durchgrünten Kernstädten feststellen.

- Ökologische Ausgleichsflächen müssen bei der Ausweisung von Baugebieten und Verkehrsflächen bereitgestellt werden. Zeitlich und räumlich entkoppelt findet der Ausgleich, flächenbezogen ein Bruchteil des Eingriffs, durch qualitative Aufwertung meist auf ehemaligen Landwirtschaftsflächen statt.
- Obwohl das Verkehrsflächenwachstum nominell stagniert, nehmen die indirekten Umweltwirkungen weiter zu. Freiräume werden zerschnitten, mit Emissionen belastet und Bodenfunktionen werden entwertet.
- Generell ist eine Qualifizierung und regionale Differenzierung der Flächenziele erforderlich, denn es geht nicht nur um das „Wie viel“, sondern auch um das „Wo“ und „Wie“.

4. Wie arbeitet die Flächenhaushaltspolitik?

Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, welche Strategien und Instrumente stehen für die FHP zur Verfügung?

4.1 Raumplanerische Instrumente

Zur Beeinflussung der Flächeninanspruchnahme und zur Durchsetzung der Ziele der FHP stellen alle Planungsebenen, insbesondere aber die Regionalplanung und die kommunale Bauleitplanung, wichtige Instrumente zur Verfügung. Ihnen ist zudem die Leitvorstellung einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung immanent. Damit ist im Unterschied zu anderen, auch europäischen Ländern eine wichtige Grundvoraussetzung gegeben.

Die FHP ist allerdings nur bei einem zielgerichteten und konsequenten Einsatz des vorhandenen Instrumentariums auf allen Ebenen der räumlichen Planung erfolgreich. Heute liegen die Defizite insbesondere bei der Anwendung der bestehenden Instrumente. Verantwortlich hierfür sind unzureichendes Problembewusstsein und fehlende Akzeptanz in Politik, Verwaltung und Bevölkerung beim Umgang mit der Ressource Fläche. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass insbesondere die Bauleitplanung, mit Abstrichen aber auch die Regionalplanung, als „politische Planung“ begriffen werden müssen, wobei die Entscheidungsträger politisch direkt gewählte Repräsentanten (Gemeinderat) bzw. von politisch gewählten Gremien (Gemeinderat, Kreistag) entsandte Delegierte (Regionalplanung) sind. Von ihnen werden mithin Bundes- und Landesgesetze überwiegend unter kommunalpolitischen Erwägungen ausgeführt.

Deshalb muss der ökonomische Nutzen eines sparsamen Umgangs mit der Ressource Fläche (bessere Auslastung von Infrastruktur, Minimierung von Erschließungskosten, langfristige Vorhaltung von Planungsspielräumen) besser vermittelt werden.

Außerdem muss an die Stelle der heute weit verbreiteten klassischen „passiven“ Angebotsplanung eine „aktive“, am Bedarf orientierte strategische Steuerung treten. Als kommunikativer Prozess zwischen allen an der Flächennutzung beteiligten Akteuren umfasst sie zeitliche und räumliche Prioritätensetzung unter sorgfältiger Abwägung mit Freiraumbelangen, die Mobilisierung von Flächenpotenzialen im Rahmen der Innenentwicklung und den Abbau von flächenbezogenen Mobilisierungshemmnissen. Öffentlich rechtliche bzw. hoheitliche Instrumente der Planung und Planrealisierung und privatrechtliche bzw. marktorientierte Instrumente ergänzen sich dabei. Voraussetzung ist eine intensive Kooperation aller beteiligten Fachressorts und die aktive Mitwirkung der Bürger in der Kommunalpolitik.

Aus dem Blickwinkel der FHP müssen sechs wichtige Forderungen zu ihrer Etablierung und Durchsetzung erfüllt werden:

1. Kompetenzverlagerung für die Flächennutzungsplanung

Eine gut begründete, sorgfältige Auswahl und eine effektive Ausnutzung von Freiflächen kann besser auf regionaler als auf kommunaler Ebene vorgenommen werden, denn jede Inanspruchnahme von Freiraum hat auch überörtliche, regionale Auswirkungen. Deshalb sollte die Kompetenz für die Flächennutzungsplanung, die nicht zum Kern der gemeindlichen Planungshoheit zu zählen ist, generell auf eine überörtliche Ebene verlagert werden. Dann könnten regionale, direkt gewählte Gremien in Mehrheitsentscheidungen für eine regional abgestimmte Flächenentwicklung Sorge tragen. Die auch heute schon möglichen Planungsverbände werden dagegen von kommunalen Interessen dominiert.

2. Stärkung der informellen Planung

Gerade wenn Regionalplanung und regionale Strukturpolitik konsequent auf die kommunale Selbstverwaltung durchgreifen sollen, sind regelmäßig Konflikte mit der kommunalen Planungshoheit zu erwarten. Hier könnten bessere gegenseitige Beteiligungsrechte und interkommunale Kooperationen bei der Koordination von langfristigen gesamt-räumlichen oder kurzfristigen teilräumlichen Projektentwicklungen zu einer Lösung des Dilemmas beitragen.

Besonders herauszustellen sind hier die interkommunalen Kooperationen bei der Siedlungsflächenentwicklung und bei der Bewältigung der Ausgleichsflächenproblematik. Zahlreiche Beispiele belegen, wie etwa über interregionale Gewerbegebiete die Nachfrage nach Standorten befriedigt werden kann, und zwar auf planerisch besser geeigneten Flächen.

Der Einsatz informeller Verfahren macht indessen bewährte Ordnungs- und Sicherungsinstrumente nicht überflüssig, um der qualitativen Komponente der FHP, insbesondere dem Schutz hochwertigen Freiraums Rechnung zu tragen und bei der Verteilung knapper Ressourcen eine für alle

betroffenen Gemeinden verbindliche Mehrheitsentscheidung treffen zu können. Zudem darf nicht verschwiegen werden, dass erfolgreiche Kooperationen „win-win-Situationen“ voraussetzen; Konflikte um die Verteilung knapper Ressourcen lassen sich so in der Regel nicht lösen.

3. Befristetes Baurecht

Für die Verwirklichung der FHP stellt die unbefristete Gültigkeit von Bebauungsplänen ein großes Hindernis dar. Eine generelle Begrenzung der Rechtswirkung auf beispielsweise 10 Jahre (Baurecht auf Zeit) könnte die Einführung einer planvollen kommunalen FHP wesentlich fördern. Nach Ablauf dieser Frist müssten Ausgleichs- und Eingriffsregelungen neu greifen, die „Karten“ müssten also neu gemischt werden. Dies ist kein unverhältnismäßiger Eingriff in das Bodeneigentum, da ja nicht an die Aufhebung der Plangewährleistungsfrist gedacht wird, sondern lediglich der Verwaltungsaufwand zur Aufhebung der Planungen vermieden werden soll, an deren Ende ebenfalls die Aufhebung des Baurechts stehen würde.

Mit der Befristung des öffentlich-rechtlichen Baurechts einhergehen könnte die Befristung der dinglichen Verfügungsrechte am Boden mit Hilfe der Vergabe von an die Amortisierungsfristen gewerblicher Investitionen angepassten Erbbaurechten (10 – 30 Jahre). Damit kann eine Gemeinde die spätere Wiederverfügung über ihre Flächen sicherstellen und so den Handlungsspielraum erhöhen, brachgefallene Flächen erneut baulich oder anderweitig nutzen zu können, ohne sie zurückkaufen zu müssen. Von besonderem Interesse wäre der sog. „Heimfall“ der Erbbaurechte an den Erbbaurechtsvergeber, sobald von der vereinbarten Nutzung der Flächen abgewichen wird.

4. Vorgabe von Umweltqualitätsstandards

Eine kommunale Flächenhaushaltspolitik als Beitrag zu einer nachhaltigen Raumentwicklung ist ohne Umweltqualitätsziele (UQZ) nicht vorstellbar. Eine starke Regionalplanung könnte bei räumlicher und sachlicher Differenzierung derartige Ziele – bis hin zu Standards bzw. Indikatoren – verbindlich vorgeben. In einer kommunalisierten Regionalplanung würde ein derartiges Konzept von UQZ vom zuständigen Regionalparlament beschlossen werden. Dieses Konzept müsste dann jedoch stringenter als bisher befolgt und Zielabweichungen müssten geahndet werden.

Mit Blick auf die vielerorts noch vorhandenen spezifischen ökologischen Potenziale muss der Gefahr einer Nivellierung bzw. „Anpassung nach unten“ begegnet werden. Die Anforderungen der Plan-UP der EU bieten eine hervorragende Möglichkeit, sowohl verfahrensrechtlich als auch materiell im Umweltbericht darzulegen, inwieweit es gelungen ist, die vorgegebenen bzw. selbst gesetzten UQZ einzuhalten. Die Befolgung des Verschlechterungsverbot gemäß § 1a BauGB durch Vermeidung bzw. Ausgleich unvermeidbarer Eingriffe entspräche in einer solchen kommunalen Naturhaushaltswirtschaft dem, was der Kämmerer einen ausgeglichenen Finanzhaushalt nennt. Im Umweltbericht wäre dann die Bilanz nachzuweisen. § 2 Abs. 4 BauGB (neu) würde dazu führen, dass u.a. die voraussichtliche Flächeninanspruchnahme im Rahmen des zu erarbeitenden Umweltberichts transparent ermittelt, dargestellt und in ihren Konsequenzen ab-

gewogen werden muss. Dies kann durchaus zu einem erhöhten Begründungsaufwand bei der Beschlussfassung sowie bei der Genehmigung des Flächennutzungsplans zu Konflikten mit der Rechtsaufsicht führen und insgesamt zur Verminderung der Flächeninanspruchnahme beitragen.

Der hiermit angesprochene Aufgabenbereich ist keineswegs neu. Seit etwa 20 Jahren wird über Umweltqualitätsziele diskutiert, in vielen Regionen und Kommunen sind die erforderlichen Untersuchungen abgeschlossen. Worauf es jetzt ankommt, sind die erforderlichen politischen Beschlüsse, solche Umweltqualitätskonzepte mit Bindungswirkungen einzuführen. Dabei können Standards als einzuhaltende Minimalforderung sinnvoll sein. Zur Erhaltung und Entwicklung regionaler und kommunaler Vielfalt und Eigenart sollte jedoch sachlich und räumlich differenzierten Zielen der Vorzug gegeben werden.

5. Fortlaufende Beobachtung der Flächeninanspruchnahme

Für die Überprüfung der Zielerfüllung der FHP sind regelmäßige Flächenentwicklungsberichte eine unerlässliche Voraussetzung. Sie erlauben der Politik, die Zielerfüllung ihrer strategischen Vorgaben zu kontrollieren. Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Einsatz des Internets erlauben es nicht nur, die fortschreitende Flächeninanspruchnahme zu belegen und den Erfolg von Umkehrstrategien anschaulich zu vermitteln, sondern auch das Interesse der Öffentlichkeit zu wecken und anhaltenden „Druck von unten“ zu erzeugen. Das in den Internet-Suchmaschinen enthaltene „Aufmerksamkeitspotenzial“ sollte genutzt werden, um das Problem fortschreitender Flächeninanspruchnahmen und die Bedeutung der FHP ins allgemeine Bewusstsein zu rücken.

6. Planung ist immer auch Umsetzung

Die FHP kann nicht ohne Einfluss auf die Planverwirklichung bleiben. Schon die Baurechtssetzung muss an eine klare Bereitschaft zur zeitnahen planmäßigen Nutzung gekoppelt sein. Dabei ist zu bemerken, dass die Kommunen schon aus finanziellem Eigeninteresse zunehmend auf eine Beteiligung an der Planungswertsteigerung abzielen (etwa über sächliche Verträge) und deshalb kaum reine Angebotsplanung betreiben. Hier gilt es, den Trend zu problematisieren, dass Flächen im Außenbereich, an denen ein finanzielles Verwertungsinteresse besteht, weil sie sich im Besitz der Kommune befinden oder Dritte eine Vermarktung übernehmen, unabhängig von ihrer städtebaulichen Eignung entwickelt werden. Stattdessen sollte sich die Bodenbevorratung auf den Ankauf innerstädtischer (Brach-)Flächen konzentrieren. Sinnvoll sind hier kommunale Bodenfonds, sowohl für Wohn- als auch für Gewerbeflächen, Letztere allerdings in interkommunaler Kooperation.

4.2 Ökonomische Instrumente

Instrumente räumlicher Planung, die primär über Gebote und Verbote lenkend in das Geschehen auf dem Bodenmarkt eingreifen, müssen von ökonomischen Instrumenten flankiert werden. Dabei sollten ökonomische Instrumente

durch finanzielle Anreize mehr die Nachhaltigkeit befördern als die Einnahmen vermehren.

1. Handelbare Flächenausweisungsrechte

Das ursprünglich zur Begrenzung von Schadstoffemissionen entwickelte Modell handelbarer Nutzungsrechte könnte durchaus ein Instrument zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme sein. Die auf Landesebene maximal ausweisbare Fläche könnte in Form handelbarer Flächenausweisungen den Kommunen zugeteilt werden, kostenlos oder über Versteigerungen. Zusätzliche Rechte könnten an einer „Landesbörse“ erworben, nicht benötigte Rechte an der „Landesbörse“ verkauft werden. Insgesamt würde also die Flächenallokation innerhalb des von Raumplanung gesetzten Rahmens ökonomisch optimiert werden. Methodische Probleme bestehen etwa beim Modus der Erstverteilung, in der Mengensteuerung im Zeitverlauf, in der zeitlichen Befristung von Ausweisungsrechten, der Verhinderung von Spekulationen und der Abgrenzung regionaler Teilmärkte.

2. Steuern und Finanzausgleich

Gewerbesteuer, Grundsteuer, Grunderwerbsteuer sowie kommunaler Finanzausgleich können gemeindliche Nachhaltigkeitsziele fördern oder (z.B. durch Streichung der *Entfernungspauschale*) Zersiedelungstendenzen eindämmen.

Die *Gewerbesteuer* wird in der Gemeinde von den Gewerbetreibenden gezahlt und hängt von der Konjunktur ab. Zur Verstärkung der kommunalen Einnahmen wird eine überörtlich erhobene Gewerbesteuer vorgeschlagen, die regional verteilt wird. Zugleich sollen die gewerblichen Standorte regional so optimiert werden, dass sowohl Anzahl und Größe der Gewerbegebiete als auch Verkehrswege reduziert werden. Das vermindert nicht nur die Flächennachfrage für Gewerbe und Verkehr, sondern spart auch beachtliche Finanzmittel für die Versorgung und Erschließung (nicht benötigter Gebiete) ein und vermeidet Fehlinvestitionen (z. B. für „beleuchtete Schafweiden“).

Die *Grundsteuer* hat im Hinblick auf das Nachhaltigkeitsziel in der heutigen Form kaum Lenkungswirkung. So bestehen keinerlei steuerliche Anreize zur Minderung der Flächeninanspruchnahme. Auch erreichen die Einnahmen aus dieser Steuer keine beachtlichen Größenordnungen. In ihrer heutigen Form verstößt sie außerdem gegen das Prinzip der Steuergerechtigkeit, denn die der Steuerbemessung zugrunde liegenden sog. Einheitswerte liegen weit unter den Verkehrswerten. Aus dieser Unterbewertung ergeben sich gravierende, nicht zu rechtfertigende Unterschiede in der Besteuerung.

Mit der Flächennutzungssteuer (Bizer 1998)³ und der kombinierten Bodenwert- und Bodennutzungssteuer (DIFU 2000)⁴ liegen zwei konkrete Modelle vor, die neben dem Einnahmeziel wichtige ökologische Ziele berücksichtigen.

³ Bizer, K.; Ewringmann, D. et al. (1998): Mögliche Maßnahmen, Instrumente und Wirkungen einer Steuerung der Verkehrs- und Siedlungsflächennutzung. Hrsg.: Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“.

⁴ Apel, D. et al. (2000): Szenarien und Potentiale einer nachhaltig flächensparenden und landschaftsschonenden Siedlungsentwicklung; Berichte Umweltbundesamt 1/2000.

Bei der *Grunderwerbsteuer* handelt es sich um eine reine Wertsteuer, die beim Kauf/Verkauf von bebautem und unbebautem Grund und Boden anfällt. Bei dieser Steuer wird der Kauf mit dem Steuersatz von 3,5% des Kaufpreises belegt. Das hat zur Folge, dass für die bebauten und unbebauten Grundstücke in den ländlichen Regionen absolut weniger zu zahlen ist als für die teuren städtischen Grundstücke. Das erzeugt ein deutliches Gefälle nicht nur zwischen städtischen und ländlichen Räumen, sondern auch zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken. Außerdem besteht kein direkter Bezug zur Umweltverträglichkeit der jeweiligen Flächennutzung. Die Steuer ist daher auf dem „ökologischen Auge“ blind.

Eine geänderte Grunderwerbsteuer sollte direkt bei Art und Ausmaß der Flächennutzung ansetzen. Freiflächen oder belastete städtische Brachflächen sollten beim Kauf oder Verkauf ganz von der Grunderwerbsteuer befreit werden.

Eine Zuweisung von Finanzmitteln im Rahmen des *kommunalen Finanzausgleichs* (KFA) orientiert sich an der Erbringung infrastruktureller Leistungen durch die Gemeinden. Ökologische Ausgleichsleistungen (Erhalt von Freiflächen z.B. als Erholungsräume oder als Retentionsräume in hochwassergefährdeten Räumen) werden dabei nicht berücksichtigt. Die Gemeinden stehen bei ihren Flächenentscheidungen vor einem Interessenkonflikt zwischen der ertraglosen Vorhaltung von Freiflächen und einer fiskalisch ergiebigen Ausweisung von Bauland. Daher sollte durch ein finanzielles Korrektiv im Rahmen des KFA die Vorhaltung von Freiflächen für die Gemeinden finanziell, z. B. durch zweckgebundene Zuweisungen, attraktiver gemacht werden.

Mit der gegenwärtig geltenden *Mineralölsteuer* belastet der Staat die Autofahrer, allerdings nicht so hoch, dass die Masse der Autofahrer zu wesentlich weniger Fahrten veranlasst wird. Im Gegenteil, der Verkehr wächst. Das hat zur Folge, dass weiterhin Freiflächen für den Straßenbau bereitgestellt werden müssen. Weitere Straßen erhöhen die Zerschneidungswirkungen und Emissionsbelastungen.

Durch eine langsame Erhöhung der Mineralölsteuer würden Viel-Fahrer finanziell belastet und Wenig-Fahrer entlastet. Die nahe liegende Forderung, die Kraftfahrzeugsteuer im Rahmen der Mineralölsteuererhöhung ganz abzuschaffen, verkennt die Gefahr, dass mit der dann erleichterten Haltung die Zahl der Kraftfahrzeuge und damit auch die Flächenbeanspruchung steigt.

3. Kommunale Abgaben

Die bestehenden Bemessungsgrundlagen für Erschließungsbeiträge, Parkraumabgaben, Ausgleichsabgaben oder für versiegelungsbezogene Abgaben können Nachhaltigkeitsziele wirkungsvoll unterstützen, ohne auf nennenswerte Einnahmen in den Gemeinden verzichten zu müssen.

Straßenerschließungsbeiträge werden für die Grundbesitzer wie für die Gemeinde um so kostengünstiger, je flächensparender ein Erschließungssystem gebaut wird. Dabei trägt die Gemeinde mindestens 10%; oft genug verzichten die Gemeinden auf diese Erschließung und geben gewerbliche Grundstücke aus Gründen interkommunaler Konkurrenz z.B. voll erschlossen und sehr preiswert an ansiedlungswillige Betriebe ab. In diesem Fall fällt dann der Druck zu einer

höheren baulichen Nutzung der Baugrundstücke aus. Durch die volle Nutzung der vom Gesetzgeber vorgegebenen Bemessungsgrundlagen könnten extensive Bauweisen mit niedrigen baulichen Nutzungen gezielt verhindert und zudem die Finanzhaushalte der Gemeinden entlastet werden.

Kanalbaubeiträge finanzieren den Bau der Abwasserkanalisation in den Gemeinden. Da diese Beiträge nach einem Schlüssel berechnet werden, in den die Grundstücksgröße und Straßenfrontlänge eingehen, bewirkt die volle Umlegung der Kanalbaubeiträge eher eine flächensparende Bauweise. Es wird nicht weniger gebaut, sondern nur auf kleineren Grundstücken, um die hohen Kanalbaukosten aufzufangen. Mit *Parkraumabgaben* versuchen die Kommunen, die hohe Flächeninanspruchnahme des ruhenden Verkehrs, der in hoch verdichteten städtischen Gebieten ein Viertel des öffentlichen Raumes beanspruchen kann, zu steuern. Instrumente sind die Parkraumgebühren, die auf Parkplätzen erhoben werden, und die Parkraumablösungen, bei denen Stellplätze in Geld abgelöst werden. Beide Formen der Parkraumbewirtschaftung sind effektiv und führen häufig zur Umwidmung von innerstädtischen Freiflächen, die dann für Parkzwecke „befestigt“ (versiegelt) werden. Daher ist eine Streichung der Stellplatzverpflichtung bzw. der Stellplatzablösung gerade für städtische Zentren wichtig, um hier die Reste an privaten und öffentlichen Grünflächen zu erhalten. Als *Ausgleichsabgabe* ist zum einen die Abgabe gemeint, die als Kompensationsleistung im Rahmen der Eingriffsregelung erhoben wird, zum anderen ist es eine Sonderabgabe, die auf Beseitigung von Restbeeinträchtigungen abzielt. Die erstgenannte Ausgleichsabgabe ist geltendes Recht (§ 1a BauGB). Hier erfolgt ein finanzieller Ausgleich aber erst, wenn eine Naturalrestitution nicht mehr möglich ist und der Eingriff weder vermieden noch ausgeglichen werden kann. Die Mittel aus der Ausgleichsabgabe nach dem geltenden Recht können z. B. auch dafür genutzt werden, belastete Böden zu sanieren. Bei *Bodenversiegelungsabgaben* besteht der Lenkungszweck darin, Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen auf Neubaufächen und auf bereits beanspruchtem Bauland zu vermindern. Versuche des Landes Nordrhein-Westfalen, eine Neversiegelungsabgabe einzuführen, waren politisch nicht erfolgreich. Erfolgreicher war das Land bei der Einführung einer *versiegelungsbezogenen Abwassergebühr*. Bisher wurden Abwassergebühren nach der Abwassermenge (gleich Frischwasserverbrauch) berechnet. Durch die Einbeziehung der versiegelten Fläche ist die Bemessungsgrundlage ein großer Anreiz für die Grundeigentümer, versiegelte Flächen zurückzubauen bzw. Bodenversiegelungen gleich zu Beginn einer Bebauung auf das notwendige Maß zu beschränken, um Abwassergebühren zu senken.

4. Staatliche Fördermaßnahmen und Subventionen

Die Probleme der zunehmenden Flächeninanspruchnahme sind ganz wesentlich das Ergebnis wachsender wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und individueller Ansprüche und Forderungen. Sie können durch Fördermittel und Subventionen verstärkt werden.

Allein der Bund hat für Grund und Boden beanspruchende und/oder die räumliche Entwicklung eines Gebietes beeinflus-

sende Maßnahmen in den Jahren 1991 bis 1997 jährlich rd. 35,8 Mrd. Euro Fördermittel (ohne Landwirtschaft) gewährt. Diese raumwirksamen Fördermittel umfassen noch nicht die beträchtlichen Beihilfen der Länder und Gemeinden.

Die meisten Fördermaßnahmen und Förderprogramme stehen Boden erhaltenden Intentionen deutlich entgegen. Zwei Beispiele sollen das verdeutlichen:

Fördermaßnahmen wie z.B. die *Eigenheimzulage* unterstützen das Bauen auf preiswerten Freiflächen im ländlichen Umland der Verdichtungsräume oder in preiswerten ländlichen Regionen und fördern damit die Zersiedelungsprozesse. Deshalb sollten Förderungen wie die Eigenheimzulage abgeschafft werden, da sie vorwiegend Bauweisen mit vergleichsweise hoher Flächeninanspruchnahme unterstützen.

An raumwirksamen Bundesmitteln wurden im Zeitraum 1991 bis 1998 für den Ausbau und Neubau von *Bundesfernstraßen* rd. 34 Mrd. Euro investiert. Eine Bewältigung der Kapazitätsprobleme durch mehr Straßenbau ist mit großen ökologischen Problemen verbunden.

Im neuen Verkehrswegeplan sind gut die Hälfte der vorgeschlagenen rd. 150 Mrd. Euro, die bis 2015 in die Verkehrswege fließen sollen, für den Straßenbau vorgesehen. Viele der jetzt geplanten etwa 2.500 Straßenbauprojekte sind zwar wichtige Ortsumgehungen, aber ein noch größerer Teil scheint eher eine Wunschliste aus den Bundesländern zu sein, um ehrgeizige regionale Ziele finanziert zu bekommen. Mit den Verkehrsprojekten aus einer solchen Wunschliste werden weder Verkehrsprobleme hinreichend gelöst noch ökologische oder finanzielle Ressourcen geschont. Mit einem Verzicht auf diese teuren Straßenbauprojekte könnten nicht nur effizientere Alternativen gefördert werden, sondern auch eine Fülle von weiteren Umweltproblemen vermieden werden. Eine Reform der gesamten Verkehrswegeplanung erscheint daher unumgänglich.

Generell sind in den Fördergrundsätzen Nachhaltigkeitsziele bei allen Fördermaßnahmen zu verankern. Das hohe massive Fördervolumen bewirkt einen hohen Nachfrage- druck nach Bauland und nach Verkehrsflächen. Die meisten bisher verfolgten Ziele in den Förderprogrammen sind noch zu sektoral ausgerichtet.

5. Schlussbemerkungen

Eine geordnete Flächenhaushaltspolitik kann auf Dauer nur gelingen, wenn sie auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens über eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie gegründet ist. Die Chancen für einen solchen Konsens, die bedrohten natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen und für die nachfolgende Generation zu erhalten, können nur wachsen. Die Einführung einer geordneten Flächenhaushaltspolitik ist deshalb nicht nur ein unumgänglicher Weg zur nachhaltigen zukunftsfähigen Raum- und Siedlungsentwicklung, sondern auch ein Beitrag zur Erneuerung von Politik und Gesellschaft.

Bonn/Hannover, Februar 2004

Mitglieder der Arbeitsgruppe „Flächenhaushaltspolitik“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung:

Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard, Bonn (Leiter)

Dr. Fabian Dosch, Bonn

Prof. Dr. Lothar Finke, Dortmund

Dr. Stefan Greiving, Dortmund

Dipl.-Vw. Burkhard Lange, Hannover

Dipl.-Ing. Siegfried Losch, Königswinter

Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Hannover

Prof. Dr.-Ing. Bernd Streich, Kaiserslautern

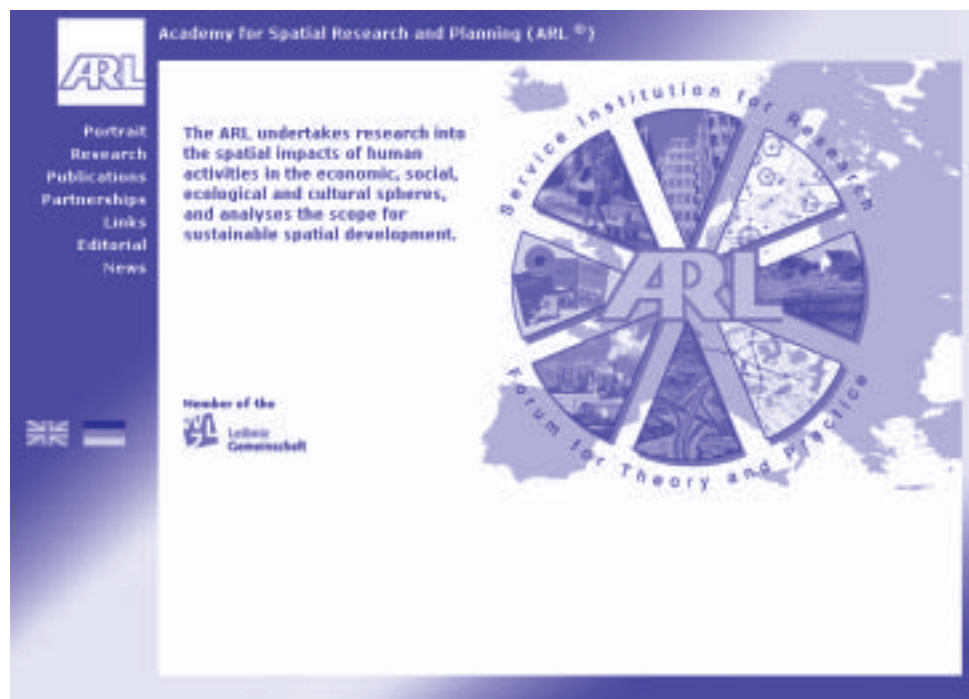
Prof. Dr.-Ing. Gerd Turowski, Dortmund

Dipl.-Ing. Christian Wittenbecher, Hannover

Englischsprachige Website der ARL

Seit Mai 2004 erreicht die ARL mit ihrer Website (www.ARL-net.de) auch die Fachöffentlichkeit außerhalb des deutschen Sprachraums.

Mit einem Klick auf die Grafik „Britische Flagge“ gelangen Sie zum neuen englischsprachigen Teil unseres Web-Angebots.



Demographischer Wandel

Herausforderung für die Weiterentwicklung der Infrastruktur in den Regionen

Ergebnisse des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) in der Planungsregion Lausitz-Spreewald anlässlich des Abschlussforums am 14. Mai 2004 in Cottbus

Die demographische Entwicklung in der Region Lausitz-Spreewald

In der Region Lausitz-Spreewald leben auf einer Fläche von 7.179 km² ca. 674.000 Einwohner (Stand: 06/2003). Die durchschnittliche Einwohnerdichte liegt dabei mit 94 EW/km² über der Einwohnerdichte des gesamten Landes Brandenburg (88 EW/km²).



Plenum Abschlussforum MORO

Die Verteilung der Bevölkerung in der Region erfolgt jedoch in unterschiedlichen räumlichen Verdichtungsschwerpunkten: im Berliner Umland, im Oberzentrum Cottbus und dessen Umland sowie im industriell geprägten Raum im Süden der Region mit den Städten Senftenberg, Lauchhammer und Schwarzeiche.

Der Einwohnerverlust in der Region Lausitz-Spreewald betrug zwischen den Jahren 1990 und 2001 7 %. Die Prognosen sagen für die Region bis 2020 einen weiteren Verlust von ca. 13,4 % voraus. Hierbei sind insbesondere die Stadt Cott-

bus sowie die ländlich/peripheren Räume der Region betroffen.

Gleichermaßen befindet sich die Bevölkerungsstruktur im Wandel: Der Anteil der Kinder liegt heute bei unter 12 % (1990 noch 20 %), der Anteil der Rentner ist im gleichen Zeitraum von 13 % auf 18 % angestiegen.

Das Modellvorhaben der Raumordnung

Die wirtschaftlichen Tragfähigkeiten von Leistungen der Daseinsvorsorge erreichen durch dünne Besiedlungsdichten zunehmend ihre Grenzen. Verstärkt durch die sinkende Finanzkraft der öffentlichen Hand kann die Infrastrukturversorgung nicht im bisherigen Maße flächendeckend bereitgestellt werden.

Um sich mit den neuen Erfordernissen zur Infrastrukturanpassung auseinander zu setzen, hat die Region Lausitz-Spreewald folgende Handlungsfelder als Themenschwerpunkte mit der Teilnahme am Modellvorhaben der Raumordnung gesetzt:

- die soziale Infrastruktur mit Bildung/Ausbildung und medizinischer Versorgung,
- die technische Infrastruktur mit ÖPNV sowie
- die Anpassung der zentralörtlichen Gliederung bzw. die Weiterentwicklung der integrierten Gesamtplanungen.

Strategische Ansätze (Auswahl)

Organisation der Berufsschulen

Ab dem Schuljahr 2006/2007 wird die Zahl der Berufsschüler in Ostdeutschland massiv zurückgehen – in der Region Lausitz-Spreewald auf fast ein Drittel des Niveaus von 2000. Im Rahmen einer Gutachtenerarbeitung unter Begleitung der Facharbeitsgruppe aus der Region wurde ein neues Konzept für eine kreisübergreifende Berufsschulentwicklungsplanung formuliert. Hier ist vorgesehen, das zukünftige Ausbildungsangebot an der Hälfte der bisherigen Standorte zu bündeln sowie die fachlichen Profile der Berufsschulen zu schärfen. Das Gutachten zeigt auf, wie kostenträchtige Überangebote vermieden und ein attraktives Berufsangebot gehalten werden kann.

Öffentlicher Personen-Nahverkehr

Die verkehrliche Anbindung und Verknüpfung der touristisch attraktiven Projekte der Internationalen Bauausstellung Fürst-Pückler-Land soll zur Stärkung des ÖPNV in der Fläche genutzt werden. Im Rahmen eines INTERREG III B-Projektes wurde ein Anbindungs- und Verknüpfungskonzept erarbeitet, das über das landesweite Konzept des alternativen bedarfsorientierten Bedienverkehrs einschließlich des Rufbusses hinausgeht und es durch Elemente des Freizeitverkehrs (Mietfahrrad und -auto, Bootsverleih, Beförderung mit Museumsbahnen, Draisinen usw.) ergänzt.

Weiterentwicklung der zentralörtlichen Gliederung

Der gültige Teilregionalplan „Zentralörtliche Gliederung“ in der Region Lausitz-Spreewald soll überarbeitet und an die neuen Erfordernisse des Bevölkerungsrückganges und der Gemeindegebietsreform angepasst werden. Mit gutachterlicher Unterstützung wurden verschiedene Varianten als Diskussionsgrundlage für den weiteren Anpassungsprozess erarbeitet. Der Bündelung von Infrastruktureinrichtungen wird hierbei eine besondere Bedeutung beigemessen.

Wesentliche Eckpunkte sind weiterhin die Berücksichtigung der dauerhaften Tragfähigkeit durch Zugrundelegung der Bevölkerungsprognose 2020 und die Zusammenfassung der Ebenen Grund- und Kleinzentren zu „Nahbereichszentren“. Im Ergebnis reduziert sich die Zahl der Zentralen Orte von 52 auf 40 bzw. 34.

Neben der Reduzierung müssen gleichzeitig neue Wege der Angebotsbereitstellung für die Versorgung der Bevölkerung erörtert werden. Dazu gehören:

- die Erhöhung der Tragfähigkeiten durch Mehrfachnutzung von Einrichtungen,
- die Sicherung von Funktionen anstelle von Ausstattungsmerkmalen (Einrichtungen)
- die Verbesserung der Erreichbarkeiten dieser Funktionen (z.B. mit Hilfe von neuen Kommunikationsformen) sowie
- die Initiierung von interkommunalen Kooperationen und Städteverbänden.

Cottbuser Erklärung

Im Anschluss an die offizielle Abschlussveranstaltung des MORO am 14. Mai 2004 wurde von den Akteuren und Teilnehmern eine politische Erklärung verabschiedet, um mit Hilfe der bisherigen Erfahrungen der Modellregionen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der verantwortlichen Politik auf diese Aufgabe zu lenken.

Bevölkerungsentwicklung und -prognose in 1000 Personen

Kreis/Region/Raum	BV 1990	BV 2001	BV 2020	2001 zu 1990	2020 zu 2001
Cottbus	131,8	106,0	87,5	-20 %	-17,4 %
Dahme-Spreewald	142,4	159,6	149,9	+12 %	-6,1 %
daraus eVr	77,7	96,9	94,9	+25 %	-2,0 %
daraus äEr	64,7	62,7	54,9	-3 %	-12,4 %
Elbe-Elster	142,2	129,1	110,6	-9 %	-14,3 %
Oberspreewald-Lausitz	165,0	142,0	116,1	-14 %	-18,2 %
Spree-Neiße	155,9	151,1	131,2	-3 %	-13,2 %
Region Lausitz-Spreewald	737,2	687,6	595,4	-7 %	-13,4 %
daraus äEr	659,5	590,8	500,4	-10 %	-15,3 %

eVr = engerer Verflechtungsraum
äEr = äußerer Entwicklungsraum

Folgende Thesen bilden hierbei die Grundlage:

Die derzeitigen Infrastrukturangebote und deren Maßstäbe sind zu überdenken und mit Hilfe von innovativen und flexiblen Ansätzen inhaltlich und organisatorisch neu zu organisieren.

Regionsspezifische Lösungen sind mit den Akteuren vor Ort in Kooperationen und im offenen Dialog mit v.a. auch neuen Partnern zu identifizieren und umzusetzen.

Zur Akzeptanzerhöhung ist die Bevölkerung aktiv an der Entwicklung von Problemlösungen in der Infrastrukturversorgung zu beteiligen.

Die entwickelten Lösungsansätze sind für die Erzeugung von Synergieeffekten und zur Koordinierung von Maßnahmen integriert zu planen und in konkreten Projekten umzusetzen.

Die dezentrale Bündelung gilt als zentrales Element bei der Entwicklung von Anpassungsstrategien, gleichzeitig sind geeignete Rahmenbedingungen zur notwendigen Finanzierung der Prozesse zu schaffen.

Mit der Umsetzung ist schnellstmöglich zu beginnen, um die erzeugten Impulse und Ansätze sowie die organisierten Netzwerke aus den Arbeitsgruppen zeitnah mit Hilfe wirksamer Projekte in die Praxis überführen zu können

Die Regionalplanung als „Motor“ zur Anpassung an Schrumpfungprozesse

Die Region Lausitz-Spreewald will nun den Wandel von der Modellregion zur Umsetzungsregion mit konkreten Projekten vollziehen und bietet dafür als neutraler Moderator wesentliche Voraussetzungen: Die zentrale und fachübergreifende Ebene der Planungsregion kann dabei unterstützen, neue strukturadäquate Infrastrukturausstattungen zu identifizieren und umzusetzen, interkommunale Kooperation zu initiieren und die Akteure zu vernetzen sowie geeignete Kompensationslösungen im funktionellen Ausgleich der Infrastrukturversorgung zu fördern.

Dipl.-Ing. (FH) Daniela Siemoneit-Goerke

Dipl.-Geograph Ralf Ullrich

Regionale Planungsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft
Lausitz-Spreewald

E-Mail: agenda-lausitz@lausitz.net

Ausschreibungen für Preise im Jahr 2004

Dr. Meyer-Struckmann-Wissenschaftspreis der TU Cottbus

Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus lobt auch im Jahr 2004 den von der Dr. Meyer-Struckmann-Stiftung für hervorragende wissenschaftliche Leistungen gestifteten Dr. Meyer-Struckmann-Wissenschaftspreis aus.

Die eintreffenden Vorschläge aus dem Grundlagen- und Anwendungsbereich sollen einen Bezug zu den Kernthemen der Forschung der TU Cottbus aufweisen, beispielsweise:

- Umweltechnologie und Entwicklung von Kulturlandschaften
- Wandlung, Übertragung und Nutzung von Energie
- Innovatives Planen und Bauen
- Technische und soziale Phänomene im Zusammenhang mit Mensch, Umwelt und Gesellschaft

Teilnehmen können Wissenschaftler und Forscher aller Nationalitäten. Eine Altersgrenze existiert nicht, allerdings soll insbesondere der wissenschaftliche Nachwuchs berücksichtigt werden. Alle Teilnehmer müssen zuvor vorgeschlagen werden. Vorschlagsberechtigt sind bundesweit alle leitenden Wissenschaftler der Universitäten, der Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Akademien der Wissenschaften.

Bei der Auswahl der Leistung der Preisträger soll der Praxisbezug besonders berücksichtigt werden. Die wissenschaftliche Leistung soll in ihrer Bedeutung für die Grundlagenforschung und in ihrer Umsetzung für die praktische Anwendung erkennbar sein. Auf die Aktualität der Ergebnisse bzw. der Lösungsansätze wird besonderer Wert gelegt.

Einsendeschluss ist Freitag, der 23. Oktober 2004.

Für weitere Fragen steht die Forschungsreferentin Dr. Monika Rau zur Verfügung (e-mail: raum@zv.tu-cottbus.de, Tel.: 0355/692151, Fax 0355/692928).

3. Internationaler Bauhaus Award

Die Stiftung Bauhaus Dessau verleiht am 23. Oktober 2004 zum dritten Mal den Internationalen Bauhaus Award. Gesucht werden urbanistische Projekte, die sich mit den neuen räumlichen Relationen der „Transiträume“ beschäftigen: mit transnationalen Agglomerationsräumen ohne Stadt, mit „diasporic public spheres“, mit Knotenpunkten informeller Ökonomien.

„Transiträume“ wird als Metapher für neue urbane Räume, für Vorreiter der Globalisierung, für Laboratorien verstanden, die durch ein neues Maß sprunghafter Veränderungen, Ungewissheit und Unsicherheit geprägt sind. Wo Städte zu Transiträumen werden, verändert sich der urbane Raum; Flexibilität und Mobilität werden zu Schlüsseigenschaften. Die Relationen von Raum und Gesellschaft verändern sich. Neue räumliche Ordnungen mit transnationaler Reichweite überlagern die gewohnten Territorialitäten. Konzepte und realisierte Projekte, die für den Internationalen Bauhaus Award eingereicht werden, sollen sich auf Neukonstruktionen von Urbanität beziehen und Visionen zur Gestaltung der beschriebenen Prozesse und Veränderungen zum Inhalt haben.

Der Internationale Bauhaus Award richtet sich an junge Gestalter und Wissenschaftler. Die Einreichung von Teamarbeiten ist möglich und erwünscht.

Einsendeschluss ist Freitag, der 20. August 2004.

Die Auswahl wird in einem zweistufigen Verfahren durch international besetzte Jurys getroffen. Es werden Preise in Höhe von 6.000 Euro für den ersten, 4.000 Euro für den zweiten und 2.000 Euro für den dritten Preis vergeben.

Die Ausschreibungsunterlagen sowie weitere Informationen sind erhältlich bei: Stiftung Bauhaus Dessau, c/o Dr. Werner Möller / Elke Mittmann, Gropiusallee 38, 06846 Dessau, Tel.: 0340/6508325, Fax 0340/6508226 oder unter www.bauhaus-dessau.de.

Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen

Im Rahmen der CeBIT veranstaltete die NORD/LB am 18.3.2004 auf dem Messegelände in Hannover ein Forum zum Thema „Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen von europäischer Bedeutung“. Der Vorstandsvorsitzende der NORD/LB, Dr. Manfred Bodin, eröffnete die Veranstaltung vor gut 400 Gästen und betonte die regionalpolitische Bedeutung der Positionierung der Region im Rahmen des europäischen Wettbewerbs. Für Niedersachsen und die Region wuchsen aufgrund der zentralen Lage im erweiterten Euro-

pa die Entwicklungschancen. Diese Gunst der Stunde müsse ergriffen werden.

Der Ministerpräsident von Niedersachsen, Christian Wulff, sprach zum Auftakt über die Bedeutung von Metropolregionen; Ministerialdirigent Manfred Sinz, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, ging auf die Anforderungen an Metropolregionen ein. Es folgte ein Round-Table-Gespräch mit Dr. Manfred Bodin, Dr. Klaus Schuberth, Präsident der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, Prof. Dr. Horst Kern, Präsident der Universität Göttingen, und Oberbürgermeister Martin Biermann, Celle, Sprecher des Initiativkreises Metropolregion, unter der Moderation von Marlies Fertmann vom NDR.

Waren es zunächst politische Gründe, dass neben den bereits definierten sechs Metropolregionen mit dem „Sachsen-dreieck“ eine siebte dieses Prädikat erhielt, so hat sich dann aber gezeigt, dass die geforderten Kriterien einer Metropolregion zu erfüllen sind, indem die vorhandenen Einrichtungen und Institutionen enger kooperieren und sich regional verbinden. Dazu gehören vor allem die Bereiche Kultur, Medien, Beratungs- und Finanzdienstleistungen, Informations- und Kommunikationswirtschaft, Forschung und Entwicklung und eine differenzierte und leistungsstarke Hochschullandschaft sowie das Wollen und Umsetzen gemeinsamer Projekte. Zwei Räume rechnen sich bei diesem Ansatz besondere Chancen aus: Nürnberg/Erlangen/Fürth (siehe den Bericht zur Landesarbeitsgemeinschaft Bayern in diesem Heft) und Hannover/Braunschweig/Göttingen.

Deutlich wurde auch, dass Kooperation nicht von selbst kommt, sondern dass dafür Projektinitiativen und wirtschaftlicher Wettbewerbsdruck wichtige Impulsgeber sind. So war für die Region Hannover die Kooperationserfahrung der EXPO 2000 sehr wichtig. Sie zeigte, dass Zusammenarbeit erfolgreich sein kann und eine Vertrauensbasis geschaffen wurde. Der Impuls der erfolgreichen Kooperation wirkte weiter. So wurde eine Konzeptstudie erarbeitet, die von einer 21-köpfigen Projektgruppe „Metropolregionen von europäischer Bedeutung“ begleitet wurde und zur Veranstaltung vorlag.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22
e-mail: Wille@ARL-net.de

Beteiligung-Online!

e-Partizipation in der Planungspraxis

Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist bei zahlreichen Planungen und Vorhaben zwingend vorgeschrieben und wird seit vielen Jahren mit unterschiedlichen Verfahren praktiziert. Die Öffentlichkeitsbeteiligung erhält jedoch einen neuen Schub durch zwei EU-Richtlinien: die so genannte Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie der EU (Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme) und die so genannte Plan-UVP-Richtlinie (Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme). Das EAG-Bau (Europarechtsanpassungsgesetz „Bau“), das der Anpassung des nationalen Rechts des Städtebaus und der Raumordnung an die zwingenden Vorgaben dieser Richtlinien dient, wurde bereits im Deutschen Bundestag beschlossen.

Vor dem Hintergrund der ständig steigenden Verfügbarkeit von PCs und Internet liegt es nahe, das Internet als schnelles und Kosten sparendes Kommunikationsmedium für Beteiligungsverfahren einzusetzen. Bei den bisher durchgeführten Internet-Beteiligungsverfahren wurden als Kommunikationsmedien überwiegend E-Mail und Diskussionsforen eingesetzt. Die Nachteile der Kommunikationsform E-Mail liegen auf der Hand: Eine E-Mail muss ebenso wie ein Brief in das Auswertungssystem (Tabelle oder Datenbank) des Vorhabenträgers übertra-

gen werden. Außerdem wird der E-Mail-Verkehr zunehmend durch Viren, Würmer und Spam-Mails beeinträchtigt, so dass unter Umständen erwünschte Mails durch restriktive Filter der Mailserver aussortiert werden. Und schließlich stellt der (unverschlüsselte) E-Mail-Verkehr eine Sicherheitslücke dar, die vergleichsweise aufwändig abgesichert werden muss. Darüber hinaus gab es bei den bisher eingesetzten internetbasierten Beteiligungsverfahren kaum Möglichkeiten, Stellungnahmen in kartographischer Form digital zu übermitteln.

Im Rahmen eines Forschungsvorhabens wurde 2003 erstmalig ein internetbasiertes Beteiligungsverfahren entwickelt und erprobt, das die beschriebenen Nachteile der bekannten Verfahren nicht aufweist. Diese Plattform wurde ausschließlich auf der Basis von Open-Source-Grundmodulen (z.B. UMN-Mapserver, MySQL-Datenbank, Apache Web-Server etc.) entwickelt. Dadurch konnten die Softwarelizenzkosten auf ein Minimum reduziert werden. Das Verfahren wurde erheblich weiterentwickelt und für den Einsatz in beliebigen Beteiligungsverfahren optimiert. Bei zwei Gebietskörperschaften in Niedersachsen stehen Beteiligungsverfahren kurz vor der Freischaltung für die Öffentlichkeit: der Landschaftsrahmenplan Landkreis Diepholz (www.diepholz.de) und das Freiraumkonzept des Zweckverbandes Großraum Braunschweig (www.zgb.de). Beide Online-Beteiligungsverfahren werden voraussichtlich noch im Mai 2004 offiziell gestartet.

Weitere Informationen bei: Anja Niezel, entera – Ingenieurgesellschaft für Planung und Informationstechnologie, Tel.: 0511/1678918, e-mail: niezel@entera.de

Fernstudien-Angebote der Universität Koblenz-Landau

Das Zentrum für Fernstudien und Universitäre Weiterbildung der Universität Koblenz-Landau führt seit Jahren Fernstudien- und Weiterbildungsmaßnahmen aus dem Umweltbereich durch. Dabei werden klassische Fernstudien- und Präsenzelemente um moderne Möglichkeiten des Online-Studiums ergänzt.

Auch für das Wintersemester 2004/2005 können sich Interessierte beim Fernstudienzentrum für unterschiedliche Programme bewerben. Ein einsemestriger Fernstudien-Kurs zur Europäischen Wasserrahmenrichtlinie wird ebenso im Angebot stehen wie der abschlussorientierte, viersemestrige Diplom-Fernstudiengang „Angewandte Umweltwissenschaften“. Daneben bietet die Universität anerkannte Lehrgänge für Abfall- und Gewässerschutzbeauftragte per Fernstudium an.

Zugangsvoraussetzung für die Angebote ist in der Regel ein Hochschulabschluss einer ingenieur- oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung. Im Einzelfall können auch Absolventen anderer Fakultäten oder Berufstätige ohne akademischen Grad zugelassen werden. Anmeldeschluss für das kommende Wintersemester ist der 15. August 2004.

Weitere Informationen erteilt: Universität Koblenz-Landau, Zentrum für Fernstudien und Universitäre Weiterbildung (ZFUW), Postfach 201602, 56016 Koblenz, Tel.: 0261/2871520, e-mail: info@umwelt-studium.de oder zfuww@uni-koblenz.de, Internet: www.zfuw.uni-koblenz.de.

Masterstudiengang „Nachhaltige Stadtregionen“

an der Dresden International
University

Ziel des neu eingerichteten Studiengangs ist es, Einsichten in die neuartigen Aspekte der Stadt-Umland-Entwicklung und die Herausbildung funktionaler Vernetzungen in Agglomerationsräumen zu vermitteln und die Bedingungen einer nachhaltigen Entwicklung aufzuzeigen. Im Mittelpunkt stehen also die Stadtregionen als Zentren der Wertschöpfung, Wissenschaft und hochwertiger Versorgung im deutschen und europäischen Raum. Die Auseinandersetzung mit stadtregionalen Entwicklungsperspektiven bezieht auch funktionale, raumstrukturelle und gestalterische Besonderheiten ein. Es geht um eine ganzheitliche Sicht solcher stadtregionalen Raumstrukturen, deren sinnvolle Einordnung in die deutsche Planungssystematik seit langem erörtert wird, aber vorerst nur in wenigen Ansätzen konkretisiert ist.

Der Studiengang baut auf theoretischem und praktischem Grundlagenwissen aus den Fachrichtungen Städtebau, Raumordnung, Verkehrswesen, Wohnungswesen, Management und Wirtschaftsförderung auf. Er richtet sich an Mitarbeiter der raumordnerischen und städtebaulichen Planungsebenen, an Planungsverbände, Politiker, Manager und Moderatoren der Stadt- und Regionalentwicklung sowie an Personen, die mit Aufgaben, Entscheidungen und Investitionen in Stadtregionen betraut sind. Gleichzeitig werden Absolventen der o. g. Fachrichtungen angesprochen, um ihren Blick für die Herausbildung und Stabilisierung funktionsfähiger Verflechtungsräume zu schärfen und um Kenntnisse und Fähigkeiten für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsperspektiven zu vermitteln.

Das Studium beginnt im Oktober 2004, Anmeldeschluss ist der 31.08.2004. Informationen über das Studium, über Zulassungsvoraussetzungen, Gebühren und das Bewerbungsverfahren sind erhältlich bei Jürgen Czytrich, Dresden International University, Tel.: 0351/46335672, Fax: 0351/46333956, e-mail: juergen.czytrich@di-uni.de.

Neue Veröffentlichungen aus anderen Verlagen

Raumordnung und Öffentlichkeitsbeteiligung

Aufgrund neuer rechtlicher Vorgaben gewinnt die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen seit Ende der 1990er Jahre an Bedeutung. Während in einigen europäischen Staaten bereits Erfahrungen mit der Öffentlichkeitsbeteiligung vorliegen, befindet sie sich in Deutschland bis auf wenige Ausnahmen in den Anfängen. In Bezug auf die Vorgaben erfüllt eine öffentliche Auslegung des Planentwurfs die rechtsstaatlichen Mindestanforderungen. Um aber die Potenziale einer Qualitäts- und Akzeptanzsteigerung der Raumordnung zu nutzen, ist ein strategisches Kommunikationsmanagement mit zusätzlichen Beteiligungsformen zu empfehlen. Dieses bietet zugleich die Chance, zur Modernisierung der Raumordnung im Sinne einer „Good Governance“ beizutragen.

In einem Ressortforschungsvorhaben des BMVBW haben sich R. Danielzyk, K. Hanebeck, J. Knieling und F. Reitzig mit der Praxis der Öffentlichkeitsbeteiligung beschäftigt sowie Anforderungen und Empfehlungen bezüglich der Aufstellung von Raumordnungsplänen herausgearbeitet. Die Ergebnisse sind Ende 2003 als Heft 113 der BBR-Reihe „Forschungen“ veröffentlicht worden.

Regionale Bedeutung von Eisenbahnstrecken

Entwicklung und Erprobung eines Bewertungsverfahrens am Beispiel Thüringen

Seit Jahren erfolgt mit der Stilllegung von Bahnstrecken ein nennenswerter Rückbau ehemals bedeutsamer Verkehrsinfra-

strukturen, dessen Effekte für die Region von der Wissenschaft weitgehend unbeachtet bleiben. Eine systematische und nachvollziehbare Bewertung der regionalen Effekte von Eisenbahninfrastrukturen gelangt dabei kaum zur Anwendung.

Mit der Arbeit von M. Gather, M. Rebstock und S. Sommer werden die vorliegenden Erkenntnisse zur Thematik zusammengetragen und eine darauf aufbauende Methodik vorgestellt, die an ausgewählten Beispielen getestet wurde. Die Arbeit ist 2003 als Band 8 der Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung an der TU Kaiserslautern erschienen (ISBN 3-933103-18-5).

„Wenn einer eine Reise macht...“ Neue Tourismustrends in Deutschland

Heft 3 der Arbeitspapiere zur Regionalentwicklung, erschienen 2003 an der TU Kaiserslautern, besteht aus zwei Einzelbeiträgen und befasst sich mit neuen Tourismustrends in Deutschland sowie dem Reiseverhalten der Deutschen. Die Untersuchung mit dem Titel „Das Reiseverhalten der Deutschen unter Berücksichtigung neuer Tourismustrends – Dargestellt am Beispiel des Klettertourismus“ weist das Klettern als eine spezifische Nische des touristischen Großtrends Sporttourismus aus. Zielsetzung der Untersuchung „Neue Tourismustrends in Deutschland als Potenziale des Städtetourismus – Betrachtet am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main“ ist es, Handlungsempfehlungen zur Optimierung der Fremdenverkehrsentwicklung für die Stadt Frankfurt am Main abzuleiten.

Die Zukunft der Region Hannover gestalten

Der Band dokumentiert als Heft Nr. 101 der Beiträge zur Regionalen Entwicklung der Region Hannover zwei Fachforen zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2005, die im letzten Jahr durchgeführt wurden, eines vom Kompetenzzentrum für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover über Erwartungen und Anforderungen an das RROP. Der inhaltliche Bogen wird auf rund 170 Seiten von Fragen der Nachhaltigkeit über Notwendigkeiten der Reduzierung der Planinhalte bis hin zur Entwicklung der Wohnungsmärkte gespannt (ISSN 0175-5951).

Fiskalföderalismus und gesamtwirtschaftliches Wachstum

An der Abteilung Finanzwissenschaft der Philipps-Universität Marburg sind eine Reihe von Diskussionspapieren (discussion papers) zum Thema „Fiscal Federalism and Economic Growth“ veröffentlicht worden. Sie gehen aus einem von der DFG geförderten Projekt über „Elements of Fiscal Federalism in their Effect on National Development“ hervor. Folgende Bände sind bislang online unter <http://www.wiwi.uni-marburg.de/Lehrstuehle/vwl/fiwi/f2/forschung/arbeitspapiereE.htm> erhältlich:

- No. 1: Federalism, Decentralization, and Economic Growth, by Lars P. Feld, Horst Zimmermann and Thomas Doering. Marburg 2004.
- No. 2: What do we know about Geographical Knowledge Spillovers and regional Growth? Theorie and Evidence, by Thomas Doering and Jan Schnellenbach. Marburg 2004.
- No. 3: Learning from Decentralized Policy: The Demand Side, by Jan Schnellenbach. Marburg 2004.
- No. 4: Agglomeration Tendencies and National Growth. A Primer on Recent Developments, by Horst Zimmermann. Marburg 2004.
- No. 5: Decentralized Taxation and the Size of Government: Evidence from Swiss State and Local Governments, by Lars P. Feld, Gebhard Kirchgaessner and Christoph A. Schaltegger. Marburg 2004.

Festschrift

25 Jahre Diplom-Ausbildung an der Universität Bayreuth

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Studiengangs Diplom-Geographie mit dem Schwerpunkt Raumplanung an der Universität Bayreuth erschien eine Dokumentation eines Symposiums am 25./26. Oktober 2002 als Heft 218 in der Reihe der Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, Bayreuth 2003.

Der Band enthält neben einer Einführung 14 Fachbeiträge von 16 Autoren, die sich mit Erfahrungen und Anforderungen nach 25 Jahren Diplom-Ausbildung an der Universität Bayreuth befassen. Die Herkunft der Autoren zeigt eine bundesweite Streuung. Eine Befragung und deren Auswertung am Ende des Bandes weist auf eine relativ breite gesellschaftliche Verwen-

dung hin. Weitere Themen geben Einblicke in Fragestellungen des Lehrstuhls Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung, Abteilung Angewandte Stadtgeographie, in die Ausbildung im Bereich der schweizerischen Raumplanung sowie in die Bereiche Nachhaltigkeit, Thüringen, IHK-Arbeit, Kommunale Wirtschaftsförderung, Supermärkte, Einzelhandel, Unternehmertum und Verkehr.

Interessenten wenden sich an den Lehrstuhl Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung, Universität Bayreuth.

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

6/2003

Wissenschaftliche Beiträge

- Arno Bunzel und Dietrich Henckel
.....
Verkürzung von Nutzungszyklen bei Gewerbeimmobilien – ein Problem für die Stadtplanung?
- Ulf Rosner und Joachim Weimann
.....
Die regionalen Rates of Return der öffentlichen Hochschulfinanzierung
- Albrecht Reuß
.....
Mit Nachhaltigkeitsindikatoren die Flächennutzungsplanung steuern. Eine indikatorenbasierte Nachhaltigkeitsprüfung könnte ein Instrument zur Umsetzung der Leitvorstellung „nachhaltige Raumentwicklung“ sein
- Matthias Schönert
.....
20 Jahre Suburbanisierung der Bevölkerung. Zur Stadt-Umland-Wanderung in westdeutschen Großstadtreionen
- Thomas Weith
.....
Regionale Strategien für eine dauerhaft-umweltgerechte Siedlungsflächenentwicklung

Berichte aus Forschung und Praxis

- Hans Schirmer
.....
Die Einbeziehung der lokalen Kaltluft in Planungsentscheidungen

ISSN 0034-0111

Veranstaltungshinweise

24. Juni 2004 in Aachen

Wie kommt das Neue in die Welt? Innovationen für Stadt und Region

Veranstalter/Information:
RWTH Aachen, Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtplanung, Wüllnerstraße 5-7, 52062 Aachen
Tel.: 0241/8098300, Fax: 0241/8092137
Internet: www.pt.rwth-aachen.de



24. Juni 2004 in Gossau/Schweiz

VLP-ASPAN-Tagung: Natur im Siedlungsraum – die Potenziale besser nutzen

Veranstalter/Information:
Schweizerische Vereinigung für Landesplanung, Seilerstraße 22, CH-3011 Bern
Tel.: 0041/31/3807676, Fax: 0041/31/3807677
Internet: www.vlp-aspan.ch/d/documents.php



24. – 25. Juni 2004 in London

The 2004 Planning Convention: Planning ... a revolution? Delivering the new planning agenda

Veranstalter/Information:
RTPI Conferences/Hawksmere
12-18 Grosvenor Gardens, Belgravia, London SW1W 0DH
Internet: www.theplanningconvention.co.uk



27. Juni – 3. Juli 2004 in Germerode

Europäische Sommerschule für Nachhaltige Regionalentwicklung: Region und Demographie? Depressive Peripherien oder neue Chancen?

Veranstalter/Information:
Europäische Sommerschule für Nachhaltige Regionalentwicklung, Universität Kassel, Fachbereich Architektur/Stadtplanung/Landschaftsplanung
Mönchebergstraße 17, 34109 Kassel
Tel.: 0561/8043505, Fax: 0561/8042485
Internet: www.uni-kassel.de/fb6/summerschool/welcome.html



1. – 2. Juli 2004 in Chemnitz

Interdisziplinäre Fachtagung: Zentralität in Raumforschung und Planungspraxis

Veranstalter/Information:
Technische Universität Chemnitz, Fachgebiete Sozial- und Wirtschaftsgeographie sowie Regionalforschung und Sozialplanung
09107 Chemnitz
Internet: www.tu-chemnitz.de/phil/geographie

29. – 30. Juli 2004 in Aachen

AMUS 2004

5. Aachener Kolloquium „Mobilität und Stadt“ zum Thema „Integrierte Stadt- und Verkehrsplanung – Chancen von ÖV-Achsen und Verkehrsknoten“

Veranstalter:
Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr der RWTH Aachen (ISB), Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes NRW (ILS)
Internet: www.isb.rwth-aachen.de/amus



30. September – 1. Oktober 2004 in Freiburg im Breisgau

37. Verkehrswissenschaftliches Seminar: Versorgungssicherheit und Grundversorgung in offenen Netzen

Veranstalter:
Gesellschaft für Verkehrswissenschaft und Regionalpolitik an der Universität Freiburg in Verbindung mit der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft
Anmeldung:
Institut für Verkehrswissenschaft und Regionalpolitik an der Universität Freiburg
Platz der Alten Synagoge, 79085 Freiburg
Tel.: 0761/2032370, Fax: 0761/2032372



13. – 14. Oktober 2004 in Mainz

5. Forum und Gefahrentag beim ZDF in Mainz: Auf der Suche nach dem Risiko – ein aktuelles Symposium zu Fragen der Risikowahrnehmung und Katastrophenvorsorge in Deutschland

Veranstalter:
Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV)
Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF), Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
Information:
Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV)
Tulpenfeld 4, 53113 Bonn
Tel.: 0228/2434827, Fax: 0228/2434836
Internet: www.dkkv.org



27. – 30. Oktober 2004 in Leipzig

euregia – Standort- und Regionalentwicklung in Europa – Fachmesse und Kongress

Veranstalter:
Leipziger Messe GmbH, Messe-Allee 1, 04356 Leipzig
Koordination Fachprogramm:
neuLand – Werkstatt für Tourismus und Regionalentwicklung GbR
Esbach 6, 88326 Aulendorf
Tel.: 07525/91044, Fax: 07525/91045

Tatort Region

Weiterbildung für Führungs- und
Fachkräfte in der Sommerakademie
für Regionalmanagement, Wirtschafts-
förderung und Standortmarketing

im August 2004 in Weingarten

In diesem Jahr findet die Veranstaltung „Tatort Region“ zum zweiten Mal in der Katholischen Akademie Weingarten, Region Bodensee, vom 23.–27. August 2004 statt und wird vom Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus IDT-HSG der Universität St. Gallen in Zusammenarbeit mit dem Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, dem Österreichischen Ökologieinstitut für angewandte Umweltforschung Bregenz und dem Trans-European-Netzwerk (TENVORS) durchgeführt.

Die Veranstaltung, bei der die ARL ein Partner ist, umfasst sieben Module:

1. Herausforderungen der Zukunft. Es referieren Prof. Dr. Heinrich Mäding, Berlin, Dr. Christoph Dickmanns, Friedrichshafen.
2. Das Konzept des integrativen Standortmanagements. Es referieren Prof. Dr. Thomas Bieger, St. Gallen, Roland Scherer, St. Gallen, Hermann Vogler, Ravensburg.
3. Die nachhaltige Region. Es referieren Prof. Dr. Karl Ganser, Berlin, Dr. Manfred Hellrigl, Bregenz.
4. Innovations- und Clusterförderung. Es referieren Prof. Dr. Michael Steiner, Graz, Domenico Alexakis, Zürich.
5. Controlling und Evaluation als Führungsinstrumente. Es referieren Prof. Dr. Kuno Schedler, St. Gallen, Elfriede Kober, Friedrichshafen.
6. Organisation und Prozesse. Es referieren Prof. Dr. Dietrich Fürst, Hannover, Dr. Stefan Köhler, Ravensburg.
7. Exkursion.

Information: www.akademie-rs.de/23htm
Suche: Tatort Region

oder Dr. Stefan Köhler, Tel.: 0751-363540,
e-mail: Koehler@rvbo.de

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

1/2004

Wissenschaftliche Beiträge

■ Lorenz Blume

Erfolgsfaktoren kommunaler Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland

■ Ulrich Graute

Politikverflechtung in der Entflechtungsfalle. Kooperation im Mehrebenensystem der Europäischen Raumentwicklung

■ Stefan Heiland und Martin Tischer

Modularer Aufbau von Nachhaltigkeitsindikatorensystemen. Ein Ansatz zur Verbesserung der Wirksamkeit von Indikatorensystemen in der kommunalen Praxis

Berichte aus Forschung und Praxis

■ Stefan Siedentop und Steffen Kausch

Die räumliche Struktur des Flächenverbrauchs in Deutschland. Eine auf Gemeindedaten basierende Analyse für den Zeitraum 1997 bis 2001

■ Jens Windelberg, Stefanie Brunner und Kristin Ilse

Stadtplanung im Online-Dialog Nord-Süd. Übereinstimmungen und Unterschiede nach einem Online-Kurs „Basics of Urban Development and Town Planning (BUTTOP)“

■ Christian Langhagen-Rohrbach

Aktuelle Regionalisierungsprozesse in der Region Rhein-Main

ISSN 0034-0111

Arbeitskreis „Europa“ der Leibniz-Gemeinschaft

Am 31. März d.J. war ein großer Teil der Einrichtungen in der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) einer Einladung der ARL gefolgt, um die Einrichtung eines AK „Europa“ zu diskutieren und voranzubringen. Dieses erste Treffen diente vornehmlich der Klärung von damit verknüpften Erwartungshaltungen. Sie umfassten, wie nicht anders zu erwarten, ein breites Spektrum an Themen, die von der Lobbyarbeit gegenüber Förderinstitutionen, dem bloßen Erfahrungsaustausch bis hin zur Entwicklung gemeinsamer Positionen bezüglich forschungspolitischer Themen reichten.

Einkleinerer Kreis kam nun erneut am 12. Mai in Frankfurt/Main zusammen, wo das Forschungsinstitut Senckenberg Organisation und Räumlichkeiten für das Treffen zur Verfügung stellte. Im Anschluss an die vorausgehende Sitzung hatte sich ein Kern von 17 Institutsvertreterinnen und -vertretern herauskristallisiert, die sich nun zunächst der Aufgabe widmen werden, eine Stellungnahme zum 7. Forschungsrahmenprogramm der EU vorzubereiten. Diese wird im Verlauf der nächsten zwei Monate erarbeitet, um sie möglichst direkt nach der Sommerpause dem Präsidium der WGL mit der Bitte um Weiterleitung an die EU-Kommission und das BMBF vorzulegen.

Unzufriedenheiten der Institutionen insbesondere mit dem 6. Forschungsprogramm der EU, die sich auf den Wegfall von Themenfeldern (z.B. Umwelt/Global Change), das Evaluierungsprozedere oder auch auf unzureichenden Mittelabfluss beziehen, begründen die Notwendigkeit einer solchen Stellungnahme.

In diesem Zusammenhang wiesen verschiedene Teilnehmende darauf hin, dass sich Vertreter aus WGL-Institutionen stärker in die Evaluierungsprozesse einbringen müssten. Von daher plädierte der Arbeitskreis dafür, aus den einzelnen Institutionen heraus offensiv potenzielle Evaluatoren bei der EU zu benennen.

In der Diskussion zeigte sich rasch, dass in den Institutionen ein enormes Wissen über Detailfragen der Forschungsförderung insbesondere durch die EU und die damit zusammenhängenden Probleme vorhanden ist. Ein regelmäßiger Austausch darüber ist vor dem Hintergrund allgegenwärtiger Kürzungen nach Ansicht der Teilnehmenden künftig umso sinnvoller. Um dieses Wissen noch zu mehren, wird der Arbeitskreis Kontakt zum Bundesarbeitskreis der EU-Referenten der Universitäten aufnehmen, um ebenso wie die Max-Planck-Institute einen Vertreter dorthin entsenden zu können.

Wir werden weiter über die Aktivitäten des AK „Europa“ in der WGL berichten.

*Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 29
e-mail: Gustedt@ARL-net.de*



Zusammenarbeit der vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft

**ARL - IfL - IÖR -
IRS**

Gemeinsame Vorhaben auf den Weg gebracht

Zu einem Informationsaustausch kamen am 26. April 2004 in Berlin die Leiter der vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen in der Leibniz-Gemeinschaft zusammen, begleitet von den Mitarbeitern für Öffentlichkeitsarbeit. Seit Beginn dieses Jahres hat der Direktor des Leibniz-Instituts für Länderkunde in Leipzig, Professor Dr. Sebastian Lentz, die Funktion des Sprechers übernommen. Er moderierte die Sitzung. Die so genannten 4R-Treffen sind eine wichtige Plattform für die Einrichtungen geworden, um sich über aktuelle Entwicklungen zu informieren und gemeinsame Vorhaben zu besprechen. Hauptberatungsgegenstände waren dann auch die Konzeption von Bausteinen einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit, die Organisation eines raumwissenschaftlichen Kolloquiums sowie Fragen der Einführung von Programmbudgets.

Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit

Vordringliche Maßnahmen für die vier Einrichtungen liegen derzeit im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Effektive Kommunikationsformen und Werbemaßnahmen werden von allen Beteiligten als dringend notwendig erachtet, um die Fachöffentlichkeit, interessierte Bürgerinnen und Bürger und vor allem auch Multiplikatorgruppen, wie beispielsweise Journalisten und Politiker, über die Aufgaben und Arbeitsergebnisse der Einrichtungen zu informieren. Bereits beim vorherigen Treffen im November 2003 wurde eine PowerPoint-Präsentation über die vier Einrichtungen vorgeführt und diskutiert. Zwischenzeitlich ist der Entwurf überarbeitet worden. Dabei wurde vor allem darauf geachtet, dass eine auch für den Laien verständliche Sprache gewählt und Text und Botschaft der Präsentation an konkreten raumbezogenen Problemen ansetzen. Nunmehr steht den Einrichtungen eine Präsentation zur Verfügung, die bei Messen, Ausstellungen und fachwissenschaftlichen Veranstaltungen eingesetzt werden kann und die die spezifische Arbeitsweise sowie die Forschungs- und Serviceaufgaben deutlich herausstellt.

Auch die bei früheren Sitzungen angedachte Mitwirkung der 4 R-Einrichtungen bei einem so genannten Leibniz-Tischgespräch konnte konkretisiert und umgesetzt werden. Bei den Leibniz-Tischgesprächen diskutieren Medienvertreter und Wissenschaftler aus Leibniz-Einrichtungen über aktuelle Themen aus ihrem Forschungsrepertoire. In diesem Rahmen fand im Mai dieses Jahres ein WGL-Tischgespräch zum demographischen Wandel und zu den Konsequenzen für die Raument-



In dieser Rubrik wird über Kooperationsvorhaben der 4R und über Arbeitsergebnisse der drei Institute IfL, IÖR und IRS informiert.

wicklung in Berlin statt, an dem seitens der ARL KM Prof. Dr. Schmidt-Eichstaedt teilnahm. Dieses Gespräch trägt in bedeutender Weise dazu bei, derzeit wichtige Themen der Raumwissenschaften in die Diskussion in den Medien zu bringen und Journalisten über fachliche Probleme und Lösungsmöglichkeiten zu informieren.

Raumwissenschaftliches Kolloquium

Das für Ende Januar 2005 vorgesehene 4R-Kolloquium zum Aufbau Ostdeutschlands aus raumwissenschaftlicher Sicht nimmt konkrete Formen an. So wurde beim 4R-Treffen in Berlin ein erster Programmentwurf diskutiert. Die Koordination liegt beim Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner. In Form von Vorträgen und Diskussionen sollen die bisherige Aufbauleistung in Ostdeutschland reflektiert und künftige Erfordernisse und Maßnahmen diskutiert werden. Derzeit bemüht sich eine Vorbereitungsgruppe um einen hochrangigen Vertreter aus der Politik, dem ein Festvortrag zugedacht ist. Die Leiter der vier Einrichtungen messen dem Kolloquium eine hohe Bedeutung bei, da damit die Leistungsfähigkeit und die unterschiedlichen Forschungsschwerpunkte dokumentiert werden können und auf die gesellschaftspolitische Relevanz der raumwissenschaftlichen Forschungsergebnisse hingewiesen werden kann. Im Rahmen des Kolloquiums wird der Werner-Ernst-Preis 2004 des Förderkreises für Raum- und Umweltforschung e.V. (FRU) vergeben.

Programmbudgets

Die 4R-Einrichtungen müssen bis zum Jahr 2006 ein Programmbudget als Grundlage der Bewirtschaftung und der Zuwendungen von Bund und Ländern einführen. Insbesondere wird derzeit über die inhaltliche Ausgestaltung der einzelnen Programmbereiche, über die Definition von Kriterien und Indikatoren zur Leistungsmessung sowie über die Art und Weise der Zuordnung von Kosten und Leistungen nachgedacht. Dabei sehen sich alle vier Einrichtungen in der gleichen Ausgangssituation, da sie sich mit ähnlichen Grundsatz- und Detailfragen beschäftigen. Zudem wird großer Bedarf an einem koordinierten Vorgehen bei der Definition der Programmbereiche und Leistungsziele gesehen. Daher wurde vereinbart, eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, der die für die Programmbudgets in den Einrichtungen Verantwortlichen angehören sollen, um Erfahrungen auszutauschen und Synergien zu nutzen.

Englischsprachiges Jahrbuch

Über die Bestrebungen der vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen, gemeinsam ein englischsprachiges Jahrbuch über ausgewählte raumbezogene Themen herauszugeben, wurde in den ARL-Nachrichten schon mehrfach berichtet. Die Vorbereitungen hierzu sind mittlerweile in ein konkretes Stadium eingetreten. Unter Federführung der ARL sind in den vergangenen Monaten Angebote von Verlagen und Redaktionsbüros eingeholt worden, die derzeit ausgewertet werden. Anfang Juli soll über die Angebote diskutiert und entschieden werden, welcher Verlag das Jahrbuch erstellen soll. Die Veröffentlichung des ersten Jahrbuches ist für 2005 geplant.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
e-mail: Klee@ARL-net.de

Treffen der neun raumwissenschaftlichen Einrichtungen

Einmal im Jahr treffen sich die vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL, IfL, IÖR und IRS) mit den Leitern des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR), des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS), des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle (UFZ), des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) und des Instituts für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO). Diese seit einigen Jahren bestehende Informationsrunde dient vor allem dem Erfahrungsaustausch über Forschungsthemen. Es werden aber auch Fragen diskutiert, die in gemeinsamem wissenschaftspolitischen Interesse liegen oder Probleme im alltäglichen Verwaltungsablauf hervorrufen können.

Am 26. April kamen die Leiter der neun Einrichtungen zu ihrem diesjährigen Informationsaustausch in Berlin zusammen. Im Mittelpunkt der Sitzung standen Berichte über durchgeführte und laufende Forschungsprojekte, über erzielte Arbeitsergebnisse sowie über anstehende Evaluierungen. Darüber hinaus wurde deutlich, dass die meisten Einrichtungen derzeit Programmbudgets als neues Steuerungs- und Controllinginstrument vorbereiten. Patentrezepte liegen hierzu nicht vor, daher ist der Blick „über den Tellerrand“ zu anderen Einrichtungen sehr wichtig. So konnten eine Reihe von Strategien bei der Erarbeitung von Programmbudgets, Problemlösungsansätze und Implementierungsmöglichkeiten weitergegeben werden. Zudem macht die Situation der öffentlichen Haushalte ein sehr sorgfältiges Vorgehen bei der Aufstellung von Programmbudgets notwendig.

Im Verlauf der Diskussionen wurde deutlich, dass sich derzeit alle neun Einrichtungen mit dem Thema „Demographie und Raumentwicklung“ befassen. Obwohl jeweils unterschiedliche Teilaspekte des Themas und andere Referenzregionen betrachtet werden, wurde ein koordiniertes Vorgehen bei diesem prominenten Thema für wichtig erachtet. So soll im kommenden Jahr ein 9R-Workshop stattfinden, um das Themengebiet in seiner Bandbreite zu erfassen, einzelne Teilprojekte untereinander besser aufeinander abzustimmen und gemeinsame Forschungsprojekte auszuloten. Das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig wird den Workshop im kommenden Frühjahr federführend vorbereiten.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
e-mail: Klee@ARL-net.de

4 R-Kooperationsprojekt „Kulturlandschaften – Konkretisierung für die Raumordnung“

Am 11. März 2004 traf sich unter Leitung von Prof. Dr. Ulf Matthiesen, IRS Erkner, die Arbeitsgruppe zum Kooperationsprojekt „Kulturlandschaften – Konkretisierung für die Raumordnung“ zu ihrer 7. Sitzung. Auf der Agenda stand die Diskussion der vorliegenden Papiere und die Abrundung des Arbeitskonzeptes, das folgende Teilaspekte vorsieht:

1. Problemaufriss
2. Rechtsfragen zur Einbeziehung der Kulturlandschaft in die Raumordnung
3. Kulturlandschaftsanalytik für die Praxis
4. Aufgabe und Rolle der Regionalplanung bei der Umsetzung des kulturlandschaftlichen Gesetzauftrages
5. Praktische Beispiele für Planungsansätze
6. Freizeit und Thesen



v.l.: Karl-Dieter Keim, Ulf Matthiesen, Manfred Kühn

Im Rahmen der Diskussion der Beiträge fanden inhaltliche Angleichungen statt und wurden Ergänzungsvorschläge gemacht. Deutlich wurde dabei z.B., dass zwischen der rein juristischen Sichtweise (Gesetzesauslegung) und der Umsetzung in Plänen (Kommunikationsprozess) deutlich getrennt werden muss, da jeweils ganz unterschiedliche Vorgehens- und Deutungsmechanismen vorliegen. Es gelte derzeit in erster Linie, auf die Problematik der (gewachsenen) Kulturlandschaft als Element des Regionalplans hinzuweisen und Umsetzungswege im Rahmen des gesetzlichen Auftrages zu finden, also die Vorgehens- und Entscheidungsmechanismen zu erarbeiten.

Weiter wurde darauf verwiesen, dass der Ausgangspunkt der Historie von Landschaften in den neuen Ländern eine eigene Bedeutung habe. Aufgrund der alten Gutsherrenstruktur von Kulturlandschaften, die später in der Enteignungsphase vom Staat übernommen wurden und sich heute oft im Bundesbesitz befinden, sind für die Entwicklung und Verantwortung für die Kulturlandschaft besondere Voraussetzungen zu beachten. Ein

Strukturmerkmal, das sich von den westdeutschen Ländern deutlich unterscheidet.

Herausgestellt wurde, dass in Deutschland eine eigene Begriffskultur in Bezug auf die Landschafts-/Kulturlandschaftsdiskussion besteht, die sich von anderen Staaten deutlich unterscheidet. Daher ist es unabdingbar, auch eine Außensicht der Problematik zu erarbeiten und Aussagen zu anderen europäischen Ländern wie England, den Niederlanden oder der Schweiz zu machen.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22
e-mail: Wille@ARL-net.de

4 R-Kooperationsprojekt „Territorialplanung in der DDR“

Am 27. April 2004 trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Territorialplanung in der DDR“ unter Leitung von Dr. Ute Wardenga, IfL, zu ihrer 6. Sitzung in Leipzig. Ziel war es, den Stand der Interviewaktion zu prüfen und noch ungeklärte Punkte dazu zu besprechen. Von rund 50 geplanten Interviews sind bereits 30 durchgeführt worden und von gut 20 ist eine Abschrift erfolgt. Die noch ausstehenden Interviews werden bis Ende Juni geführt. Parallel dazu läuft die Autorisierung der transkribierten Interviews bis Ende August.

Die Auswertung der Ergebnisse umfasst derzeit folgende Teilschritte:

1. Zwischenbericht der Arbeitsschritte und erste Ergebnisse (Ziel: ARL-Nachrichten Heft 4/04)
2. Synopse der Aussagen in den Interviews, Ergebnisse und offene Fragen als wissenschaftlicher Aufsatz (Ziel: Oktober 2004)
3. Analyse und Sondierung der Materiallage für weitere und vertiefende Fragen, die in einen Forschungsprojektantrag einmünden.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22
e-mail: Wille@ARL-net.de

Demographischer Wandel

Chance oder Gefahr für den ökologischen Umbau von Städten und Regionen?

Sinkende Bevölkerungszahlen, Alterung der Bevölkerung sowie internationale, nationale und regionale Wanderungsbewegungen führen zu gravierenden Veränderungen sozialer, ökonomischer und räumlicher Strukturen und Funktionen. Besonders betroffen ist bereits heute Ostdeutschland, zunehmend wird dies aber auch in Westdeutschland zur politischen Herausforderung werden. Bisher wurde die Problematik kaum in Zusammenhang mit Anforderungen, Konzepten und Projekten der ökologischen Siedlungsentwicklung diskutiert. Rund 40 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis

befassten sich daher im Rahmen einer dreitägigen Veranstaltung im Internationalen Begegnungszentrum St. Marienthal mit der Frage „Demographischer Wandel: Chance oder Gefahr für den ökologischen Umbau von Städten und Regionen?“

Die Tagung wurde mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gemeinsam vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden und vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (ies) an der Universität Hannover veranstaltet.

Die Ergebnisse sind in der „Marienthaler Erklärung – ein Aufruf zur Diskussion“ mit dem Titel „Demographischer Wandel – Herausforderung für eine ökologische Siedlungsentwicklung“ thesenartig zusammengefasst. Auch wenn keinesfalls von völlig gesicherten Erkenntnissen über zukünftige Entwicklungen bzw. deren sich verstärkende oder auch gegenseitig neutralisierende Wirkungen ausgegangen werden kann, so lässt sich doch Folgendes festhalten:

1. Von den Auswirkungen des demographischen Wandels sind alle Aspekte der ökologischen Siedlungsentwicklung betroffen: Flächenverbrauch, Freiflächenentwicklung, Entwicklungen des Wohnungsbestandes, Bestandsnutzung, Öffentlicher Nahverkehr, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Abfallkonzepte, Nutzung erneuerbarer Energien, Energie und Ressourcen schonendes Bauen und Wohnen.
2. Zu einer an ökologischen Prinzipien ausgerichteten Siedlungsentwicklung gibt es keine Alternative. Im Gegenteil – ökologische Siedlungsentwicklung muss aus dem Experimentierstadium heraustreten und zur selbstverständlichen Regel des Planens und Handelns werden. Hier sind die Kommunen in ihrer Planungshoheit ebenso gefordert wie Bund und Länder, die ihre Förderprogramme und -mechanismen entsprechend überprüfen sollten.
3. Konzepte der ökologischen Siedlungsentwicklung müssen sich auf den groß- und kleinräumig sehr unterschiedlich ablaufenden demographischen Wandel einstellen und Lösungen für dadurch neu entstehende oder bereits heute vorhandene Probleme finden. Dabei sind stärker als bisher die Nutzung bzw. der ökologische Umbau des Bestands sowie die Bedürfnisse älterer Menschen und Singles, insbesondere aber auch von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen. Politik, Verwaltung und Wissenschaft sind gefordert, zukunftsweisende Konzepte zu entwickeln.

Weitere Informationen bei: Dr. Carsten Kolbe-Weber, IÖR, Tel.: 0351/4679241, e-mail: c.kolbe@ioer.de

Ausstellung

Brücken, Barrieren und Bilder – Regionen im östlichen Europa

Am 16. März 2004 fand in Wien im Foyer des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen die Eröffnung der Ausstellung „Brücken, Barrieren und Bilder – Regionen im östlichen Europa“ statt. Die Ausstellung wurde von der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, dem Bundesamt für Eich- und Vermes-

sungswesen, dem Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut und dem Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) erarbeitet. Der zugehörige Ausstellungskatalog erschien zeitgleich im Selbstverlag des IfL und ist gegen eine Schutzgebühr dort erhältlich.

Die Ausstellungseröffnung war Bestandteil eines Symposiums zur Erweiterung der Europäischen Union. Hier diskutierten zahlreiche Vertreter aus Wissenschaft und Praxis über die Chancen und Grenzen der EU-Osterweiterung, über verkehrspolitische Aspekte und über Fragen der europäischen Identität. Darüber hinaus wurde auf die Entwicklungspotenziale und -perspektiven einzelner Städte und Regionen im erweiterten Europa eingegangen.

Weitere Informationen bei: Karin Keil, Leibniz-Institut für Länderkunde Leipzig, e-mail: k_keil@ifl-leipzig.de

Treffen europäischer Naturschutzexperten in Dresden

Rund 70 Experten aus sieben europäischen Ländern trafen sich am 7. Mai 2004 im Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden, um sich über das zurzeit anspruchvollste Naturschutzvorhaben der EU mit dem Namen „Natura 2000“ auszutauschen. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine ehemalige Außengrenze der EU, die Grenze Deutschlands mit Polen und der Tschechischen Republik.

Das Ziel von Natura 2000 ist der Aufbau eines europaweiten repräsentativen Schutzgebietssystems, um die biologische Vielfalt in Europa zu erhalten und für zukünftige Generationen zu sichern. Das europäische Schutzgebietssystem hat Lücken. Es gibt keine gemeinsamen grenzüberschreitenden Datengrundlagen. Dadurch gehen erhebliche Chancen für die Sicherung der biologischen Vielfalt verloren. Nur eine transnationale Ausweisung sichert den langfristigen Fortbestand der Gebiete, die auch eine ökologische Einheit bilden. Deshalb sprachen sich die Experten für einen verstärkten Austausch – insbesondere auf der regionalen Ebene – über geplante Natura-2000-Gebiete aus.

Weitere Informationen bei: Dr. Carsten Kolbe-Weber, IÖR, Tel.: 0351/4679241, e-mail: c.kolbe@ioer.de

Enlarge-Net

Grenzüberschreitende Netzwerke zwischen Städten und Regionen in Sachsen, Niederschlesien und Nordböhmen zur Vorbereitung der EU-Erweiterung

Die EU-Osterweiterung ist vor allem für die Bevölkerung an der jetzigen EU-Außengrenze mit Ängsten verbunden. Die administrativen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Erweiterung beinhalten jedoch auch Chancen für grenznahe Regionen. Um diese zu nutzen und im Wettbewerb mit anderen Regionen besser bestehen zu können, ist es nötig, der

Erweiterung offensiv zu begegnen und die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen beiderseits der heutigen EU-Außengrenze zu intensivieren. Das trinationale Projekt Enlarge-Net hat die Aufgabe, die Chancen der EU-Osterweiterung für eine Kooperation von Behörden und anderen regionalen Akteuren zu fördern. Weiterhin zielt das Projekt darauf, Strategien im Hinblick auf die EU-Osterweiterung zu erarbeiten und der Bevölkerung die vorhandenen Möglichkeiten aufzuzeigen.

Das Europareferat der Landeshauptstadt Dresden koordiniert dieses EU-Projekt, das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung begleitet es wissenschaftlich. Enlarge-Net soll in konkrete Folgeprojekte münden, die über das Jahr 2005 hinaus die regionale Entwicklung aktiv unterstützen.

Weitere Informationen bei: Dr. Markus Leibenath, IÖR, Tel.: 0351/4679272, e-mail: m.leibenath@ioer.de

INTELCITIES

Zukunft der Stadtplanung

Die Stadtplanung der Zukunft wird verstärkt Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Geoinformationssysteme (GIS) nutzen. Damit wird sie den gestiegenen Ansprüchen des Umwelt-, Verwaltungs- und Informationsmanagements gegenüber den Bürgern und Unternehmen gerecht werden. Anwender, Entwickler und Forscher untersuchen in dem Projekt „INTELCITIES“ zukünftige Anwendungsfelder dieser neuen Technologien sowie die Möglichkeiten der Entwicklung und Verbreitung auf kommunaler Ebene in Europa. Das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung ist daran beteiligt.

Weitere Informationen bei: Clemens Deilmann, IÖR, Tel.: 0351/4679251, e-mail: c.deilmann@ioer.de



Linksammlung

Mit ihrer Linksammlung (www.ARL-net.de → Rubrik „Links“) bietet die ARL vor allem Personen, die sich mit raumwissenschaftlichen Fragen und mit der Praxis räumlicher Planung befassen, eine umfangreiche Auswahl verschiedener Arbeitshilfen an. Die Linksammlung ist neu strukturiert und erweitert worden.

Künftig finden Sie in der Rubrik „Links“ folgende Kategorien:

- **Raumwissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland und Europa**
Institutionen mit Arbeitsschwerpunkten im raumwissenschaftlichen Bereich bzw. in weiteren Forschungsgebieten des ARL-Netzwerks
- **Hochschulinstitute in Deutschland und Europa**
Institute, Fakultäten und Fachbereiche mit raumwissenschaftlicher Orientierung an Universitäten und anderen Hochschulen
- **Behörden in Deutschland und Europa**
Behörden mit Zuständigkeit für Raumordnung und Landesplanung bzw. für weitere Interessengebiete des ARL-Netzwerks (z.B. Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Verkehr)
- **Regionalplanungsstellen in Deutschland und Europa**
Angebot des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien in Zusammenarbeit mit der ARL
- **Bibliotheken, Kataloge, Datenbanken**
Ausgewählte Links zur Unterstützung bei der Literaturrecherche im raumwissenschaftlichen Bereich und in verwandten Fachgebieten
- **Raumwissenschaftliche Foren und Portale**
Informationssysteme und Diskussionsplattformen im Bereich Planung, Umwelt und Nachhaltigkeit

Fragen und Anregungen zur Linksammlung der ARL richten Sie bitte an:

Manja Hangebruch

Tel. (+49-511) 3 48 42 - 12

e-mail: Hangebruch@ARL-net.de

ARL Zeitschriftenschau

Als Informationsservice für die Forschung und zur Förderung des Transfers raumwissenschaftlicher Forschungsergebnisse in die Praxis wird in den ARL-Nachrichten in jedem Heft auf raumrelevante Beiträge aus national und international bedeutsamen Zeitschriften hingewiesen. Vollständigkeit wird nicht angestrebt. Autoren und Leser werden gebeten, die Redaktion auf erwähnenswerte Arbeiten aufmerksam zu machen.

Die Zeitschriftenschau ist wie folgt gegliedert:

- 1. Theoretische und methodische Grundlagen**
(Theorie der Raumentwicklung, Konzeptionen der Raumpolitik, Methodenfragen)
- 2. Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland**
(alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)
- 3. Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland**
(alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)
- 4. Nachhaltige Raumentwicklung**
- 5. Umwelt**
- 6. Wirtschaft**
(Öffentliche Finanzen, Arbeitsmarkt, regionale Wirtschaftspolitik, Agrarpolitik, Tourismus)
- 7. Soziales**
(Bevölkerung, Bildungspolitik, Sozialpolitik, Lebensstile etc.)
- 8. Infrastruktur**
(Verkehr, Kommunikation, Ver- und Entsorgung, Bildung etc.)
- 9. Raumbezogene Planung**
(Planung auf allen Ebenen: Raumordnung, Landes- und Regionalplanung, Stadt- und Regionalplanung, Kommunalplanung; Planungsrecht; neue Planungsformen; Arbeitsmittel der räumlichen Planung)
- 10. Grenzüberschreitende Kooperation und Planung**

Die Aufsätze werden nur einmal - nach ihrem inhaltlichen Schwerpunkt - einer dieser Rubriken zugeordnet.

1. Theoretische und methodische Grundlagen

- Baldwin, R.E. / Krugman, P.: Agglomeration, integration and tax harmonisation. *European Economic Review*, vol. 48 (2004), no. 1, pp. 1-23.
- Boschma, R.A. / Frenken, K.: Evolutionary economics and industry location. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Bd. 23 (2003), H. 2, S. 183-200.
- Buch, C.M. / Toubal, F.: Economic Integration and FDI in Transition Economies: What Can We Learn from German Data? *DIW Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, Bd. 72 (2003), H. 4, S. 594-610.
- Cardak, B.A.: Education Choice, Endogenous Growth and Income Distribution. *Economica*, vol. 71 (2004), no. 1, pp. 57-81.
- Cuadrado-Roura, J.R. / Garcia-Tabuenca, A.: ICT policies for SMEs and regional disparities. The Spanish case. *Entrepreneurship & Regional Development*, vol. 16 (2004), no. 1, pp. 55-75.
- Dakhli, M. / Clercq, D. De: Human capital, social capital, and innovation: a multi-country study. *Entrepreneurship & Regional Development*, vol. 16 (2004), no. 2, pp. 107-128.
- David, C.-H.: Territorialer Zusammenhalt: Kompetenzzuwachs für die Raumordnung auf europäischer Ebene oder neues Kompetenzfeld? Rechtliche und politische Implikationen des Vertragsentwurfs einer Europäischen Verfassung. *Die Öffentliche Verwaltung*, Bd. 57 (2004), H. 4, S. 146-155.
- Diller, Ch.: Bewertung als Prozess. Funktionen von Projektvaluierungen für Regional Governances. *RaumPlanung*, H. 112 (2004), S. 5-10.
- Driffield, N.: Multinational Firms and the Theory of International Trade. *The Economic Journal*, vol. 114 (2004), no. 493, pp. 163-164.
- Dürr, H.: Klimaforschung als Wissenschaft und Aufklärung. Zu Joseph Reichholfs Pamphlet über „Falsche Prophezen“. *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 2, S. 63-65.
- Fehl, U.: Theorie und Empirie aus evolutionsökonomischer Sicht. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 224 (2004), H. 1-2, S. 1-16.
- Fischer, I.: Online-Erhebungen im Binnenhandel und Gastgewerbe. *Wirtschaft und Statistik*, H. 1 (2004), S. 53-56.
- Fritsch, S. / Lüken, St.: Erwerbstätigkeit in Deutschland. *Wirtschaft und Statistik*, H. 2 (2004), S. 139-147.
- Funnell, D.C. / Price, M.F.: Mountain geography: a review. *The Geographical Journal*, vol. 169 (2003), no. 3, pp. 183-190.

- Gabe, T.M. / Bell, K.P.: Tradeoffs between Local Taxes and Government Spending as Determinants of Business Location. *Journal of Regional Science*, vol. 44 (2004), no. 1, pp. 21-41.
- Geenhuizen, M. van: Cities and cyberspace: new entrepreneurial strategies. *Entrepreneurship & Regional Development*, vol. 16 (2004), no. 1, pp. 5-19.
- Gerhard, U.: Global Cities – Anmerkungen zu einem aktuellen Forschungsfeld. *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 4, S. 4-10.
- Ghigino, C.: A Theory of Economic Growth: Dynamics and Policy in Overlapping Generations. *The Economic Journal*, vol. 114 (2004), no. 493, pp. 144-145.
- Guimarães, P. / Figueiredo, O. / Woodward, D.: Industrial Location Modeling: Extending the Random Utility Framework. *Journal of Regional Science*, vol. 44 (2004), no. 1, pp. 1-20.
- Hartel, H. G.: Lernendes Planen – Anmerkungen zur Praxis von Stadt- und Landesplanung. *PLANERIN*, H. 1 (2004), S. 52-53.
- Hasse, R. / Mora, M.: Innovationen und Dienstleistungen: Dimensionen der Außenwirtschaftstheorie und -politik. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 224 (2004), H. 1-2, S. 17-36.
- Haug, V.: Die Föderalismusreform – Zum Ringen von Bund und Ländern um die Macht im Staat. *Die Öffentliche Verwaltung*, Bd. 57 (2004), H. 5, S. 190-197.
- Helpman, E. / Melitz, M.J. / Yeaple, S.R.: Export Versus FDI with Heterogeneous Firms. *The American Economic Review*, vol. 94 (2004), no. 1, pp. 300-316.
- Hillgardt, J.: Kosten und Nutzen regionaler Kooperation – Erfahrungen des Landkreises Darmstadt-Dieburg. *PLANERIN*, H. 1 (2004), S. 36-37.
- Hutchens, R.: One Measure of Segregation. *International Economic Review*, vol. 45 (2004), no. 2, pp. 555-578.
- Hyok-Joo, R.: Environmental Externalities, Median Voters, and the Multicentric City. *Journal of Regional Science*, vol. 44 (2004), no. 1, pp. 75-94.
- Jacoby, Ch. / Kraetzschmer, D. / Kreja, R.: Umweltprüfung für Regionalpläne – Zwischenergebnisse eines Praxistests. *UVP-report*, Bd. 17 (2003), H. 2, S. 68-73.
- Keen, M. / Wildasin, D.: Pareto-Efficient International Taxation. *The American Economic Review*, vol. 94 (2004), no. 1, pp. 259-275.
- Kleinhenz, G.D.: Bevölkerung und Wachstum. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 224 (2004), H. 1-2, S. 74-90.
- Kovalev, N. / Dittrich, E. / Drozdov, A. / Köppel, J. / Vorobyev, D.: Umweltrelevante Entscheidungsverfahren in einem erweiterten Europa – Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Umweltfolgenabschätzung in der Russischen Föderation. *UVP-report*, Bd. 17 (2003), H. 3-4, S. 175-179.
- Krupp, H.-J.: Was kann die (National-)Ökonomie zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik beitragen? *Wirtschaftsdienst*, Bd. 84 (2004), H. 2, S. 84-90.
- Lange, E. / Schroth, O. / Wissen, U.: Interaktive Landschaftsentwicklung. Potenziale von Computervisualisierungen in partizipativen Planungsprozessen zur Lenkung der Landschaftsentwicklung am Beispiel der UNESCO Biosphäre Entlebuch (Schweiz). *DISP*, Bd. 39 (2003), H. 155, S. 29-37.
- Lange, K. / Zischeck, Ch.: Zur Messung und Aussagekraft regionalstatistischer Daten. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 224 (2004), H. 1-2, S. 103-114.
- Masurel, E. / Nijkamp, P. / Vindigni, G.: Breeding places for ethnic entrepreneurs: a comparative marketing approach. *Entrepreneurship & Regional Development*, vol. 16 (2004), no. 1, pp. 77-86.
- Mei, C.-L. / He, S.-Y. / Fang, K.-T.: A Note on the Mixed Geographically Weighted Regression Model. *Journal of Regional Science*, vol. 44 (2004), no. 1, pp. 143-157.
- Meier, A. / Erdmann, K.-H.: Naturbilder in der Gesellschaft: Analyse sozialwissenschaftlicher Studien zur Konstruktion von Natur. *Natur und Landschaft*, Bd. 79 (2004), H. 1, S. 18-25.
- Michel-Fabian, P.: Der Eigenwert der Biodiversität. Ethische Aufforderung zum Umdenken. *UVP-report*, Bd. 17 (2003), H. 3-4, S. 151-154.
- Niebuhr, A. / Stiller, S.: Integration effects in border regions – a survey of economic theory and empirical studies. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Bd. 24 (2004), H. 1, S. 3-21.
- Reinke, M.: Regionale Kompensationsflächenpools. Methodische Ansätze zur Einhaltung funktionaler und räumlicher Bezüge zwischen Eingriff und Kompensation. *Naturschutz und Landschaftsplanung*, Bd. 36 (2004), H. 2, S. 37-43.
- Riede, Th. / Sacher, M.: Arbeitsmarkt in Deutschland – erster Baustein der neuen ILO-Statistik. *Wirtschaft und Statistik*, H. 2 (2004), S. 148-154.
- Robert-Nicoud, F. / Sbergami, F.: Home-market vs. vote-market effect: Location equilibrium in a probabilistic voting model. *European Economic Review*, vol. 48 (2004), no. 1, pp. 155-179.
- Schamp, E.W.: Raum, Interaktion und Institution: Anmerkungen zu drei Grundperspektiven der deutschen Wirtschaftsgeographie. *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, Bd. 47 (2003), H. 3-4, S. 145-158.
- Schätzl, L.: Zur Zukunft der Wirtschaftsgeographie in Deutschland. *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, Bd. 47 (2003), H. 3-4, S. 139-144.
- Schmidt, C. / Gather, M. / Knoll, C. / Müntz, St.: SUP-Methodik für die Regionalplanung im Test. Methodentwicklung und exemplarische Durchführung der strategischen Umweltprüfung (SUP) am Beispiel des Regionalplans Nordthüringen. *UVP-report*, Bd. 17 (2003), H. 2, S. 74-75.
- Scholles, F. / Haaren, Ch. von / Myrzik, A. / Ott, St. / Wilke, T. / Winkelbrandt, A. / Wulfert, K.: Strategische Umwelt-

prüfung und Landschaftsplanung. UVP-report, Bd. 17 (2003), H. 2, S. 76-82.

Sommermann, K.-P.: Verfassungsperspektiven für die Demokratie in der erweiterten Europäischen Union: Gefahr der Entdemokratisierung oder Fortentwicklung im Rahmen europäischer Supranationalität? Die Öffentliche Verwaltung, Bd. 56 (2003), H. 24, S. 1009-1017.

Tohmo, T.: New Developments in the Use of Location Quotients to Estimate Regional Input-Output Coefficients and Multipliers. *Regional Studies*, vol. 38 (2004), no. 1, pp. 43-54.

Wolf, R.: Entwicklungslinien der Eingriffsregelung. *Natur und Recht*, Bd. 26 (2004), H. 1, S. 6-11.

2. Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland

Adam, B. / Göddecke-Stellmann, J.: Metropolregionen – Funktionen und Hierarchien. *RaumPlanung*, H. 111 (2003), S. 230-234.

Bergmann, E. / Dosch, F.: Von Siedlungsexpansion zum Flächenkreislauf. *PLANERIN*, H. 1 (2004), S. 5-8.

Gefken, A. / Brenner, J.: Stadtumbau Ost – Bilanz und Perspektiven des Bund-Länder-Programms. *BundesBauBlatt*, Bd. 53 (2004), H. 3, S. 16-18.

Heeg, S.: Städtische Flächenentwicklung vor dem Hintergrund von Veränderungen in der Immobilienwirtschaft. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 61 (2003), H. 5, S. 334-344.

Herfert, G.: Die ostdeutsche Schrumpflandschaft. *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 2, S. 57-62.

Herz, S. / Jakubowski, P.: Neue Kooperationen und effiziente Verfahren für lebendige Städte. *BundesBauBlatt*, Bd. 53 (2004), H. 3, S. 12-15.

Hoyler, M.: London und Frankfurt als Weltstädte. Globale Dienstleistungszentren zwischen Kooperation und Wettbewerb. *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 4, S. 26-31.

Kaltenbrunner, R.: Scholle und Rand. Wohnen und Suburbanisierung – ein kaum steuerbarer Zusammenhang? *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 61 (2003), H. 5, S. 319-333.

Kocks, M.: Der demographische Wandel in Deutschland und Europa. Einführung. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 12 (2003), S. I-V.

Krätke, St.: Berlin – Stadt im Globalisierungsprozess. *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 4, S. 20-25.

Nitsch, V.: Border Effects and Border Regions: Lessons from the German Unification. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Bd. 24 (2004), H. 1, S. 23-28.

Rievers, J.: Zwei Jahre Stadtumbau Ost. *BundesBauBlatt*, Bd. 53 (2004), H. 1, S. 12-13.

Schönert, M.: 20 Jahre Suburbanisierung der Bevölkerung. Zur Stadt-Umland-Wanderung in westdeutschen Großstadtreionen. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 61 (2003), H. 6, S. 457-471.

Thrun, Th.: Handlungsansätze für ländliche Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 12 (2003), S. 709-717.

3. Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland

Aiginger, K. / Pfaffermayr, M.: The Single Market and Geographic Concentration in Europe. *Review of International Economics*, vol. 12 (2004), no. 1, pp. 1-11.

Burdack, J.: Die Ville de Lumières und ihre Schatten. Wirtschafts- und sozialräumliche Differenzierungen in der Pariser Metropolregion. *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 4, S. 32-39.

Friedrich, S.: Umbau des Wohnens am Stadtrand. *DISP*, Bd. 39 (2003), H. 155, S. 38-48.

Galonska, J.: Wo Brüssel die Wohnungswirtschaft in Deutschland tangiert. *BundesBauBlatt*, Bd. 53 (2004), H. 3, S. 22-25.

Haaren, Ch. von / Nadin, V.: Die Flächeninanspruchnahme in Deutschland im Vergleich mit der Situation in England. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 61 (2003), H. 5, S. 345-356.

Hadar, Y. / Pines, D.: Population growth and its distribution between cities: positive and normative aspects. *Regional Science and Urban Economics*, vol. 34 (2004), no. 2, pp. 125-154.

Hahn, B.: New York, Chicago, Los Angeles. Global Cities im Wettbewerb. *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 4, S. 12-18.

Heine, K. / Niller, H.-P.: Die Anden Südamerikas. Geoarchive für Umweltveränderungen und Klimawandel. *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 3, S. 4-12.

Jie, F. / Taubmann, W.: Beijing – Chinas Regierungssitz auf dem Weg zur Weltstadt. *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 4, S. 47-54.

Jim, C.Y. / Xu, S.S.W.: Recent protected-area designation in China: an evaluation of administrative and statutory procedures. *The Geographical Journal*, vol. 170 (2003), no. 1, pp. 39-50.

Kovac, M.S.: Flächenmanagement und Bodenordnung in Slowenien. *Flächenmanagement und Bodenordnung*, Bd. 66 (2003), H. 1, S. 43-49.

Lindemann, R.: Dünnbesiedelte Gebiete in Skandinavien. *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 2, S. 10-17.

López-Bazo, E. / Vayá, E. / Artís, M.: Regional Externalities and Growth: Evidence from European Regions. *Journal of Regional Science*, vol. 44 (2004), no. 1, pp. 43-73.

Nissel, H.: Mumbai: Megacity im Spannungsfeld globaler, nationaler und lokaler Interessen. *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 4, S. 55-60.

Nutzenberger, K.M.: Eine Wurzel des heutigen Europas. Ursprung und Bedeutung der europäischen Stadt. *Stadt und Gemeinde*, Bd. 59 (2004), H. 1-2, S. 15-17.

- Pachner, H. / Schmid, A.: Bolivien. Potenziale und Probleme eines südamerikanischen Entwicklungslandes. *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 3, S. 59-64.
- Pehle, H.: Skandinavien, der „Kontinent“ und die europäische Integration. *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 2, S. 4-8.
- Perović, J.: Zwischen Sowjeterbe und Globalisierung: Grundlegende Merkmale regionaler Entwicklungen in Russland. *EUROPA REGIONAL*, Bd. 11 (2003), H. 2, S. 81-92.
- Persson, L.O.: Anpassungsstrategien für Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang – Gibt es solche Strategien in Schweden? *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 12 (2003), S. 719-723.
- Sadler, D.: Cluster Evolution, the Transformation of Old Industrial Regions and the Steel Industry Supply Chain in North East England. *Regional Studies*, vol. 38 (2004), no. 1, pp. 55-66.
- Schrooten, M.: EU-Osterweiterung. *DIW Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, Bd. 72 (2003), H. 4, S. 489-491.
- Walkenhorst, P.: Regional diversity, policy targeting and agricultural producer support in Switzerland. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Bd. 23 (2003), H. 2, S. 141-153.
- Wehrhahn, R.: Global Cities in Lateinamerika? *Geographische Rundschau*, Bd. 56 (2004), H. 4, S. 40-46.
- While, A. / Jonas, A.E.G. / Gibbs, D.C.: Unblocking the city? Growth pressures, collective provision, and the search for new spaces of governance in Greater Cambridge, England. *Environment and Planning A*, vol. 36 (2004), no. 2, pp. 279-304.

4. Nachhaltige Raumentwicklung

- Birkmann, J.: Vom Monitoring zum Controlling. Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren für die Regionalplanung am Beispiel eines Monitoring- und Controlling-systems „Gewerbeflächen“ – Fallbeispiel Ostthüringen. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 61 (2003), H. 5, S. 357-370.
- Bongartz, M.: Überschwemmungsbereiche – Vorbeugender Hochwasserschutz im Rahmen der Regionalplanung. *PLANERIN*, H. 1 (2004), S. 46-48.
- Kanning, H. / Wulfert, K.: Landschaftsplanerische Umweltqualitätsziele und betriebliche Umwelt(handlungs)ziele zur Gestaltung nachhaltiger Entwicklungen. *UVP-report*, Bd. 17 (2003), H. 2, S. 85-89.
- Keiner, M. / Schmid, W.A.: Urbanisierungstendenzen in Entwicklungsländern – Probleme und Potenziale für nachhaltige Stadtentwicklung. *DISP*, Bd. 39 (2003), H. 155, S. 49-56.
- Reuß, A.: Mit Nachhaltigkeitsindikatoren die Flächennutzungsplanung steuern. Eine indikatorenbasierte Nachhaltigkeitsprüfung könnte ein Instrument zur Umsetzung der Leitvorstellung „nachhaltige Raumentwicklung“ sein. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 61 (2003), H. 6, S. 447-456.
- Weith, Th.: Regionale Strategien für eine dauerhaft-umweltgerechte Siedlungsflächenentwicklung. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 61 (2003), H. 6, S. 472-479.

5. Umwelt

- Barr, St.: Are we all environmentalists now? Rhetoric and reality in environmental action. *Geoforum*, vol. 35 (2004), no. 2, pp. 231-249.
- Brouns, E.: Ist Wildnis planbar? *Natur und Landschaft*, Bd. 79 (2004), H. 2, S. 57-63.
- Endfield, G.: History and Climate Change: A Eurocentric Perspective. *The Geographical Journal*, vol. 169 (2003), no. 2, pp. 178-179.
- Haase, D.: Flussauen in urbanen Räumen – Indikatoren zu ihrer Verbreitung und Funktionsfähigkeit. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Bd. 77 (2003), H. 4, S. 379-400.
- Horbach, J.: Beschäftigungserwartungen und Innovationen im Umweltbereich – eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Bd. 36 (2003), H. 3, S. 291-299.
- Jentsch, A. / Beierkuhnlein, C.: Global climate change and local disturbance regimes as interacting drivers for shifting altitudinal vegetation patterns. *ERDKUNDE*, Bd. 57 (2003), H. 3, S. 216-231.
- Körner, St.: Das Heimische, das Fremde, das Triviale und das Exotische: Stadtnaturbilder als Bewertungsgrundlagen im Naturschutz und in der Planung. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Bd. 77 (2003), H. 4, S. 349-362.
- Lorz, C.: Zur Regenerierung von versauerten Fließgewässern – Eine Fallstudie aus dem Oberen Westerzgebirge. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Bd. 77 (2003), H. 4, S. 363-378.
- Maddock, T.A.: Fragmenting regimes: how water quality regulation is changing political-economic landscape. *Geoforum*, vol. 35 (2004), no. 2, pp. 217-230.
- Meadows, M.E. / Hoffman, T.M.: Land degradation and climate change in South Africa. *The Geographical Journal*, vol. 169 (2003), no. 2, pp. 168-177.
- Rübbelke, D.T.G.: Europäische Klimapolitik – Zentral oder dezentral? *Wirtschaftsdienst*, Bd. 84 (2004), H. 2, S. 128-132.
- Schirmer, H.: Die Einbeziehung der lokalen Kaltluft in Planungsentscheidungen. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 61 (2003), H. 6, S. 480-484.
- Turner, R.K. / Georgiou, S. / Brouwer, R. / Bateman, I.J. / Langford, I.J.: Towards an integrated environmental assessment for wetland and catchment management. *The Geographical Journal*, vol. 169 (2003), no. 2, pp. 99-116.
- Walz, U. / Neubert, M. / Haase, D. / Rosenberg, M.: Sächsische Landschaften im Wandel – Auswertung historischer Kartenwerke für umweltwissenschaftliche Fragestellungen. *EUROPA REGIONAL*, Bd. 11 (2003), H. 3, S. 126-136.

6. Wirtschaft

- Ahlers, E.: Beschäftigungskrise im öffentlichen Dienst? *WSI Mitteilungen*, Bd. 57 (2004), H. 2, S. 78-83.
- Alecke, B. / Mitze, T. / Untiedt, G.: Das Handelsvolumen der ostdeutschen Bundesländer mit Polen und Tschechien im Zuge der EU-Erweiterung: Ergebnisse auf Basis eines

- Gravitationsmodells. DIW Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Bd. 72 (2003), H. 4, S. 565-578.
- Apel, D.: Reformbedarf und Reformansätze – Raum- und verkehrswirksame fiskalische Rahmensetzungen. PLANERIN, H. 1 (2004), S. 17-18.
- Blumöhr, T. / Walsemann, U.: Landwirtschaft in Deutschland 2003. Wirtschaft und Statistik, H. 2 (2004), S. 173-183.
- Bönker, F.: Steuerpolitische Aspekte der EU-Osterweiterung. DIW Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Bd. 72 (2003), H. 4, S. 522-534.
- Borsig, A. / Kriszan, M.: Die Landwirtschaft Polens zwischen Transformation und Strukturwandel. EUROPA REGIONAL, Bd. 11 (2003), H. 2, S. 46-56.
- Canaleta, C.G. / Arzo, P.P. / Rapún Gárate, M.: Regional economic disparities and decentralisation. Urban Studies, vol. 41 (2004), no. 1, pp. 71-95.
- Couclelis, H.: Pizza over the Internet: e-commerce, the fragmentation of activity and the tyranny of the region. Entrepreneurship & Regional Development, vol. 16 (2004), no. 1, pp. 41-54.
- Dietz, O.: Finanzielle Leistungen der Länder an ihre Gemeinden. Wirtschaft und Statistik, H. 7 (2003), S. 648-654.
- Engel, D.: Determinanten der regionalen Verteilung von Venture Capitalfinanzierten Unternehmen. Jahrbuch für Regionalwissenschaft, Bd. 23 (2003), H. 2, S. 155-181.
- Groot, H.L.F. de / Linders, G.-J. / Rietveld, P. / Subramanian, U.: The Institutional Determinants of Bilateral Trade Patterns. KYKLOS, vol. 57 (2004), no. 1, pp. 103-123.
- Heimpold, G.: The economic situation and development in the German regions along the border with Poland. Jahrbuch für Regionalwissenschaft, Bd. 24 (2004), H. 1, S. 51-72.
- Hercowitz, Z. / Strawczynski, M.: Cyclical Ratcheting in Government Spending: Evidence from the OECD. The Review of Economics and Statistics, vol. 86 (2004), no. 1, pp. 353-361.
- Keller, D. / Niebuhr, A. / Stiller, S.: Die deutsche Forschungslandschaft – starke regionale Disparitäten. Wirtschaftsdienst, Bd. 84 (2004), H. 2, S. 121-125.
- Kistler, E.: Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt – Die Debatte muss ehrlicher werden. WSI Mitteilungen, Bd. 57 (2004), H. 2, S. 71-77.
- Kvist, J.: Strategien zur Belebung der skandinavischen Arbeitsmärkte. Geographische Rundschau, Bd. 56 (2004), H. 2, S. 38-42.
- Lanjouw, J.O. / Schankerman, M.: Patent Quality and Research Productivity: Measuring Innovation with Multiple Indicators. The Economic Journal, vol. 114 (2004), no. 495, pp. 441-465.
- Löffler, G.: Lebensmitteleinzelhandel in Schweden. Wandel der Betriebsformen und Auswirkung auf die Versorgung. Geographische Rundschau, Bd. 56 (2004), H. 2, S. 18-24.
- Löhr, D.: Reform der Grundsteuer als Instrument der Flächenhaushaltspolitik. Wirtschaftsdienst, Bd. 84 (2004), H. 2, S. 113-120.
- Maiterth, R.: Die Gewerbesteuer als ungerechtfertigte „Großbetriebssteuer“? Eine empirische Analyse. Schmollers Jahrbuch, Bd. 123 (2003), H. 4, S. 545-562.
- Michaelis, E.: Schulden der öffentlichen Haushalte 2002. Wirtschaft und Statistik, H. 7 (2003), S. 655-658.
- Morris, M. / Dunne, N.: Driving environmental certification: its impact on the furniture and timber products value chain in South Africa. Geoforum, vol. 35 (2004), no. 2, pp. 251-266.
- Neiberger, C.: Güterverkehrsmarkt Ungarn: Transformation und Internationalisierung. EUROPA REGIONAL, Bd. 11 (2003), H. 2, S. 70-80.
- Papamichael, Y.: Agrotourism Development in Cyprus – Dedicated to a World of Heritage. Tourism Review, vol. 58 (2003), no. 3, pp. 36-42.
- Pohl, W.: Zersiedlung und Gemeindefinanzen. PLANERIN, H. 1 (2004), S. 14-16.
- Rescher, H.: Baukultur als touristische Destination. Bundes-BauBlatt, Bd. 53 (2004), H. 1, S. 16-17.
- Ribbe, L.: Wie zumutbar ist die Agrarpolitik zukünftig für den steuerzahlenden Bürger? Natur und Landschaft, Bd. 79 (2004), H. 1, S. 32-33.
- Rodríguez-Pose, A. / Fratesi, U.: Between Development and Social Policies: The Impact of European Structural Funds in Objective 1 Regions. Regional Studies, vol. 38 (2004), no. 1, pp. 97-113.
- Rogowski, R. / Wilthagen, T.: Deregulierung und Reregulierung von Übergangsarbeitsmärkten. WSI Mitteilungen, Bd. 57 (2004), H. 3, S. 153-158.
- Rohde, G.: Grenzenlose Arbeit – Globale Mobilität: Eine Herausforderung für Gewerkschaften und Wissenschaft. WSI Mitteilungen, Bd. 56 (2003), H. 10, S. 610-616.
- Röhl, K.-H.: Der Aufbau Ostdeutschlands – struktureller Fortschritt bei wirtschaftlicher Stagnation. iw-trends, Bd. 30 (2003), H. 4, S. 47-55.
- Romalis, J.: Factor Proportions and the Structure of Commodity Trade. The American Economic Review, vol. 94 (2004), no. 1, pp. 67-97.
- Rose, A.K.: Do We Really Know That the WTO Increases Trade? The American Economic Review, vol. 94 (2004), no. 1, pp. 98-114.
- Rosner, U. / Weimann, J.: Die regionalen Rates of Return der öffentlichen Hochschulfinanzierung. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 61 (2003), H. 6, S. 436-446.
- Schnabel, C.: Letzte Chance für den Flächentarifvertrag. Wirtschaftsdienst, Bd. 84 (2004), H. 1, S. 32-39.
- Serrano, G. / Cabrer, B.: The effect of knowledge spillovers on productivity growth inequalities in Spanish regions. Environment and Planning A, vol. 36 (2004), no. 4, pp. 731-753.
- Sesselmeier, W.: Deregulierung und Reregulierung der Arbeitsmärkte im Lichte der Insider-Outsider-Theorie. WSI Mitteilungen, Bd. 57 (2004), H. 3, S. 125-131.
- Stevens, S.: Tourism and deforestation in the Mt Everest region of Nepal. The Geographical Journal, vol. 169 (2003), no. 3, pp. 255-277.

- Theurl, Th.: Institutionelle Hintergründe der Finanzmarktintegration: Handlungsbedarf im Zuge der EU-Osterweiterung. DIW Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Bd. 72 (2003), H. 4, S. 510-521.
- Thomas, C.J. / Bromley, R.D.F. / Tallon, A.R.: Retail parks revisited: a growing competitive threat to traditional shopping centres. *Environment and Planning A*, vol. 36 (2004), no. 4, pp. 647-666.
- Weber, S. / Wiesmeth, H.: From autarky to free trade: The impact on environment and welfare. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Bd. 23 (2003), H. 2, S. 91-115.
- Zachert, U.: Kündigungsschutz, Befristung und Leiharbeit in Europa. *WSI Mitteilungen*, Bd. 57 (2004), H. 3, S. 132-137.
- Zwick, M. / Buschle, N. / Habla, H. / Maiterth, R.: Reform der Gemeindefinanzen – die kommunale Einnahmeseite. *Wirtschaft und Statistik*, H. 7 (2003), S. 633-647.
- ## 7. Soziales
- Benjamin, S.: Urban land transformation for pro-poor economies. *Geoforum*, vol. 35 (2004), no. 2, pp. 177-187.
- Brücker, H.: Die Arbeitsmarkteffekte der Ost-West-Migration: Theoretische Überlegungen, Simulationen und empirische Befunde. *DIW Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, Bd. 72 (2003), H. 4, S. 579-593.
- Dorbritz, J. / Philipov, D.: Der Wandel in den Mustern der Familienbildung und der Ehescheidungen in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas – Die Folgen des Austausches der Wirtschafts- und Sozialordnung. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Bd. 27 (2002), H. 4, S. 427-463.
- Dupont, V.: Socio-spatial differentiation and residential segregation in Delhi: a question of scale? *Geoforum*, vol. 35 (2004), no. 2, pp. 157-175.
- Feinberg, R.M. / Price, G.N.: The Funding of Economics Research: Does Social Capital Matter for Success at the National Science Foundation? *The Review of Economics and Statistics*, vol. 86 (2004), no. 1, pp. 245-252.
- Geißler, C.: Für einen Perspektivenwechsel: Die Potenziale des Alters als Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 61 (2003), H. 5, S. 395-403.
- Geyer, D.: Demographie und Stadtentwicklung. *PLANERIN*, H. 1 (2004), S. 9-10.
- Härle, J.: Personen mit „Migrationshintergrund“ – ein neuer Begriff und seine Operationalisierung. *Stadtforschung und Statistik*, H. 1 (2004), S. 16-18.
- Haustein, Th. / Krieger, S.: Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2002. *Wirtschaft und Statistik*, H. 2 (2004), S. 192-208.
- Hermann, D.: Bilanz der empirischen Lebensstilforschung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Bd. 56 (2004), H. 1, S. 153-179.
- Koufen, S.: Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2003. *Wirtschaft und Statistik*, H. 1 (2004), S. 74-83.
- Liebig, Th. / Sousa-Poza, A.: Migration, Self-Selection and Income Inequality: An International Analysis. *KYKLOS*, vol. 57 (2004), no. 1, pp. 125-145.
- Lynch, A.K. / Rasmussen, D.W.: Proximity, neighbourhood and the efficacy of exclusion. *Urban Studies*, vol. 41 (2004), no. 2, pp. 285-298.
- Madanipour, A.: Marginale öffentliche Räume in europäischen Städten. *DISP*, Bd. 39 (2003), H. 155, S. 4-17.
- Nelson, A.C. / Dawkins, C.J. / Sanchez, Th.W.: Urban containment and residential segregation: a preliminary investigation. *Urban Studies*, vol. 41 (2004), no. 2, pp. 423-439.
- Oldfield, S.: Urban networks, community organising and race: an analysis of racial integration in a desegregated South African neighbourhood. *Geoforum*, vol. 35 (2004), no. 2, pp. 189-201.
- Rohr-Zänker, R.: Nachbarschaftliches Zusammenleben – Befunde aus der Hermann-Tempel-Straße in Oldenburg. *Stadt und Raum*, Bd. 24 (2003), H. 2, S. 84-87.
- Rolfes, M.: Sicherheit und Kriminalität in deutschen Städten. Über die Schwierigkeiten, ein soziales Phänomen räumlich zu fixieren. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Bd. 77 (2003), H. 4, S. 329-348.
- Rother, K.: Italiens Bevölkerung im Wandel der Gegenwart. Eine geographisch-statistische Übersicht nach dem Zensus 2001. *EUROPA REGIONAL*, Bd. 11 (2003), H. 3, S. 137-145.
- Schultz, H.: Stadt als Sukzessionsform – Wenn im Prozess des Schrumpfens Stadt zum Teil der Landschaft wird. *PLANERIN*, H. 1 (2004), S. 58-60.
- Siebel, W. / Wehrheim, J.: Öffentlichkeit und Privatheit in der überwachten Stadt. *DISP*, Bd. 39 (2003), H. 153, S. 4-12.
- Sommer, B. / Voit, H.: Bevölkerungsentwicklung 2002. *Wirtschaft und Statistik*, H. 12 (2003), S. 1096-1104.
- Steinicke, E. / Piok, E.: Die deutschen Sprachinseln im Süden der Alpen. Problematik und Konsequenzen der besonderen ethnischen Identifikation am Beispiel von Gressoney und Tischelwang (Italien). *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Bd. 77 (2003), H. 4, S. 301-327.
- Tschopp, M. / Sieber, R. / Keller, P. / Axhausen, K.W.: Demografie und Raum in der Schweiz. Ein historischer Abriss. *DISP*, Bd. 39 (2003), H. 153, S. 25-32.
- Velde, M. van der / Houtum, H. van: The threshold of indifference; rethinking immobility in explaining cross-border labour mobility. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Bd. 24 (2004), H. 1, S. 39-49.
- Vorndran, I.: Wohnsituation in Deutschland im April 2002. *Wirtschaft und Statistik*, H. 12 (2003), S. 1121-1129.
- Yarwood, R.: Beyond Six Billion: Forecasting the World's Population. *The Geographical Journal*, vol. 169 (2003), no. 2, p. 291.

8. Infrastruktur

- Adams, D.: The changing regulatory environment for speculative housebuilding and the construction of core competencies for brownfield development. *Environment and Planning A*, vol. 36 (2004), no. 4, pp. 601-624.
- Arefäll, E.L.: Schulische Infrastruktur und Schülertransport in ländlichen Gemeinden Schwedens. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 12 (2003), S. 755-759.
- Batzill, R.: Eigenwirtschaftliche Verkehrsleistungen nach dem EuGH-Urteil. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 56 (2004), H. 3, S. 83-85.
- Baumgarten, H. / Kasiske, F.: Transportkostengerechte Gestaltung von Prozessen im Supply Chain Management. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 56 (2004), H. 1-2, S. 11-16.
- Binder, J. / Haag, G. / Rabino, G.: Analysis and modelling of commuter flows: Application to the regions of Stuttgart and Turin. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Bd. 23 (2003), H. 2, S. 117-139.
- Böck-Friese, A.: Zukünftige ambulante medizinische Versorgung in der Region Mecklenburgische Seenplatte. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 12 (2003), S. 771-778.
- Borger, B. De / Courcelle, Ch. / Swysen, D.: Optimal pricing of transport externalities in an international environment: some empirical results based on a numerical optimization model. *Regional Science and Urban Economics*, vol. 34 (2004), no. 2, pp. 163-201.
- Briglaue, W.: Können Festnetzmärkte bestreitbar sein? *Wirtschaftsdienst*, Bd. 84 (2004), H. 3, S. 193-200.
- Buchhofer, E.: Die Rolle des Short-Sea-Shipping in den TINA-Verkehrsnetzen des Ostseeraumes. *EUROPA REGIONAL*, Bd. 11 (2003), H. 2, S. 57-69.
- Dudenhöffer, F.: Die Langfrist-Entwicklung des Automobilmarkts in Deutschland. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 56 (2004), H. 4, S. 134-138.
- Engelhardt, K. / Follmer, R. / Gilberg, R. / Hellenschmidt, J. / Kloas, J. / Kuhfeld, H. / Kunert, U. / Smid, M.: Mobilität in Deutschland 2002. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 56 (2004), H. 3, S. 67-71.
- Gehrmann, P.: Reaktivierung von Schienenstrecken im SPNV. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 56 (2004), H. 1-2, S. 17-19.
- Giesa, S.: Anforderungen an eine seniorengerechte Straßenausstattung. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 56 (2004), H. 1-2, S. 24-28.
- Hidber, C.F.: Einflüsse des Verkehrs auf den Städtebau. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 56 (2004), H. 3, S. 78-82.
- Jochumsen, O. / Pahl-Weber, E.: Infra-Strukturen in der Stadtentwicklung. *PLANERIN*, H. 1 (2004), S. 40-41.
- Jörger, N.: Strukturindikatoren – Messung der Fortschritte im Rahmen der Lissabonner Strategie. *Wirtschaft und Statistik*, H. 12 (2003), S. 1083-1090.
- Karl, A.: Öffentliche Leistungen in der Ära der Liberalisierung. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 56 (2004), H. 1-2, S. 20-24.
- Kaufmann, Ch. / Rautmann, D.: Region Mecklenburgische Seenplatte. Entwicklung der Berufsschulstandorte im Moderationsverfahren. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 12 (2003), S. 761-765.
- Knoflacher, H. / Daschütz, P.: Geschäftsumsatz und Verkehrssystem in Klein- und Mittelstädten. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 56 (2004), H. 1-2, S. 29-32.
- Kohlmorgen, L. / Schneider, K.: Deregulierung der Wasserversorgung und des Verkehrs im internationalen Vergleich. *WSI Mitteilungen*, Bd. 57 (2004), H. 2, S. 90-95.
- Meth, D.: Verkehrsversorgung dünn besiedelter Räume in Österreich – das Projekt Dorf mobil. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 12 (2003), S. 745-749.
- Pällmann, W.: Zehn Jahre Bahnreform: Bilanz und Ausblick. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 56 (2004), H. 4, S. 127-133.
- Reim, U.: Kombiniertes Verkehr 2002. *Wirtschaft und Statistik*, H. 1 (2004), S. 63-73.
- Rey, E. Del: Funding schools for greater equity. *Regional Science and Urban Economics*, vol. 34 (2004), no. 2, pp. 203-224.
- Thiel, H.-Ch. / Winkler-Kühlken, B.: Flexibler ÖPNV in der Region Lausitz-Spreewald. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 12 (2003), S. 751-753.
- Vieregg, M.: Schienenpersonenfernverkehr in Deutschland. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 56 (2004), H. 3, S. 72-77.
- Zhang, Y.: Entwicklung von Stadt und Verkehr in deutschen Großstädten und in Shanghai. *Internationales Verkehrswesen*, Bd. 56 (2004), H. 4, S. 143-146.

9. Raumbezogene Planung

- Altrock, U. / Bodenschatz, H. / Post, Ch.: Auf der Suche nach der sozialistischen Stadt 1929-1935. Eine Neubewertung von Städtebau und Stadtplanung in der stalinistischen Sowjetunion. *RaumPlanung*, H. 111 (2003), S. 251-256.
- Bongartz, M.: Vorbeugender Hochwasserschutz im Rahmen der Regionalplanung in Nordrhein-Westfalen. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 61 (2003), H. 5, S. 379-394.
- Bunzel, A. / Henckel, D.: Verkürzung von Nutzungszyklen bei Gewerbeimmobilien – ein Problem für die Stadtplanung? *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 61 (2003), H. 6, S. 423-435.
- Danielzyk, R. / Hanebeck, K. / Knieling, J. / Reitzig, F.: Raumordnung und Öffentlichkeitsbeteiligung – Praxis, Anforderungen und Empfehlungen bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen. *RaumPlanung*, H. 112 (2004), S. 31-36.
- Davoudi, S.: EUROPEAN BRIEFING: Polycentricity in European spatial planning: from an analytical tool to a norma-

- tive agenda. *European Planning Studies*, vol. 11 (2003), no. 8, pp. 979-999.
- Dühr, St.: Illustrating spatial policies in Europe. *European Planning Studies*, vol. 11 (2003), no. 8, pp. 929-948.
- Erbguth, W.: EAG BauE: Änderungen des Raumordnungsrechts. *Natur und Recht*, Bd. 26 (2004), H. 2, S. 91-97.
- Feiock, R.C.: Politics, institutions and local land-use regulation. *Urban Studies*, vol. 41 (2004), no. 2, pp. 363-375.
- Frey, O. / Keller, D.A. / Klotz, A. / Koch, M. / Selle, K.: Rückkehr der großen Pläne? Ergebnisse eines internationalen Workshops in Wien. *DISP*, Bd. 39 (2003), H. 153, S. 13-18.
- Gante, J.: Einzelwert oder Spanne – Analyse der Interpretation des Grundstücksverkehrswertes und der ortsüblichen Vergleichsmiete. *Flächenmanagement und Bodenordnung*, Bd. 66 (2004), H. 1, S. 14-21.
- Greiving, St.: Der Raumordnerische Vertrag als Instrument zur Absicherung von Kooperationen im zentralörtlichen System. *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 61 (2003), H. 5, S. 371-378.
- Heitsch, Ch.: Raumordnungsziele und Außenbereichsvorhaben: Steuerungswirkungen und Rechtsschutz. *Natur und Recht*, Bd. 26 (2004), H. 1, S. 20-27.
- Hubbard, Ph. / Lilley, K.: Pacemaking the modern city: the urban politics of speed and slowness. *Environment and Planning D: Society and Space*, vol. 22 (2004), no. 2, pp. 273-294.
- Ihlanfeldt, K.R.: Exclusionary land-use regulations within suburban communities: a review of the evidence and policy prescriptions. *Urban Studies*, vol. 41 (2004), no. 2, pp. 261-283.
- Jessel, B. / Müller-Pfannenstiel, K. / Rößling, H.: Die künftige Stellung der Landschaftsplanung zur Strategischen Umweltprüfung (SUP). *Naturschutz und Landschaftsplanung*, Bd. 35 (2003), H. 11, S. 332-338.
- Kegel, U.: Flexible Handhabung des Zentrale-Orte-Konzepts am Beispiel der Region Braunschweig. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 12 (2003), S. 737-743.
- Kintzel, A. von: Anwendung des Teilungsmodells in Bodenordnungsverfahren zur Zusammenführung des getrennten Boden- und Gebäudeeigentums? *Flächenmanagement und Bodenordnung*, Bd. 66 (2004), H. 1, S. 39-42.
- Kram, S.: Zum freiwilligen Nutzungstausch. *Flächenmanagement und Bodenordnung*, Bd. 66 (2004), H. 1, S. 32-38.
- Linke, H.-J.: Aspekte der Ermittlung des Verkehrswertes von Baudenkmalern. *Flächenmanagement und Bodenordnung*, Bd. 66 (2004), H. 1, S. 1-7.
- Menzel, F. / Wohltmann, H.: Stabilisierung von Quartieren durch den „Stadtumbau West“ – Impulse für das Wilhelmshavener Wohngebiet Siebethsburg. *RaumPlanung*, H. 112 (2004), S. 17-21.
- Reinhardt, W.: Erschließungseffizienz in Baugebieten in dörflichen und kleinstädtischen Gemeinden. *Flächenmanagement und Bodenordnung*, Bd. 66 (2004), H. 1, S. 8-13.
- Schink, A.: Umweltverträglichkeitsprüfung in der Bauleitplanung. *Umwelt- und Planungsrecht*, Bd. 24 (2004), H. 3, S. 81-94.
- Schreiber, R.: Die Umsetzung der Plan-UP-Richtlinie im Raumordnungsrecht – eine Zwischenbilanz. *Umwelt- und Planungsrecht*, Bd. 24 (2004), H. 2, S. 50-55.
- Schröter, F.: Partizipation ernst genommen. Das Internet als Baustein einer umfassenden Bürgerbeteiligung. *RaumPlanung*, H. 111 (2003), S. 225-229.
- Smeddinck, U.: Gesetzesfolgenabschätzung und Umweltverträglichkeitsprüfung – Zur Evaluierung des UVP-Gesetzes. *Die Öffentliche Verwaltung*, Bd. 57 (2004), H. 3, S. 103-109.
- Terlinden, U.: Migration und „Transnationale Soziale Räume“. Zur Achtung ethnisch determinierter Strukturen in der Stadt- und Stadtteilplanung. *RaumPlanung*, H. 111 (2003), S. 235-240.
- Winkler-Kühlken, B.: Voneinander lernen – Bevölkerungsrückgang und Strukturanpassung in ländlichen Regionen Europas. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 12 (2003), S. 779-787.
- Zeck, H.: Zentrale Orte als räumliches Konzept für Anpassungsstrategien. *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 12 (2003), S. 725-736.

10. Grenzüberschreitende Kooperation und Planung

- Borbély, D. / Meier, C.-P.: Zum Konjunkturverbund zwischen der EU und den Beitrittsländern. *DIW Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, Bd. 72 (2003), H. 4, S. 492-509.
- Poth-Mögele, A.: Im Dienste der Kommunen. Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas im Jahr 2004. *Stadt und Gemeinde*, Bd. 59 (2004), H. 1-2, S. 11-13.

Veröffentlichungen im Preis reduziert

Neue gesetzliche Regelungen eröffnen auch der ARL die Gelegenheit, unter bestimmten Voraussetzungen auf Bände aus den Veröffentlichungsreihen Preisnachlässe zu gewähren. Wir möchten damit nicht nur unsere Nachwuchskräfte, Studierende, Referendare und andere Auszubildende unterstützen, sondern auch allen anderen Mitwirkenden im Netzwerk der ARL für ihr Engagement danken.

Siehe Preisliste auf der Umschlagseite.

Umbau – Eine Chance für die Raumordnung?

Gemeinsame Sitzung der ostdeutschen Landesarbeitsgemeinschaften in Berlin

Unter dem Thema „Umbau – Eine Chance für die Raumordnung?“ veranstalteten die LAG Berlin / Brandenburg / Mecklenburg-Vorpommern und die LAG Sachsen / Sachsen-Anhalt / Thüringen eine gemeinsame Sitzung am 25. und 26. März 2004 in Berlin. Gegenstand der Veranstaltung war, angesichts veränderter wirtschaftlicher, demographischer und gesellschaftlicher Bedingungen neue Tendenzen der Raumentwicklung und daraus abgeleitet neue Erfordernisse für die raumbezogene Politik zu diskutieren. Die Leiter der beiden Landesarbeitsgemeinschaften, Prof. Dr. Georg Kluczka, FU Berlin, und Abteilungsdirektor Hans Joachim Schenkhoff, Landesverwaltungsamt Thüringen, Weimar, konnten über 80 Teilnehmer zu der Sitzung begrüßen.

Leeres Land – sterben die Deutschen aus?

Mit dem gleichnamigen Film von Günter Ederer (ARD 2001) wurden anschaulich und auch anhand von Beispielen aus anderen Staaten die Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges in verschiedenen Regionen und Städten deutlich gemacht. Der Film behandelt insbesondere die Probleme in Ostdeutschland, wo der Bevölkerungsrückgang, wie z.B. in Halle, bereits deutlich sichtbare Spuren hinterlassen hat, aber auch die eher schleichenden Tendenzen in Westdeutschland, wie z.B. in Triberg oder Wuppertal. Mit Beispielen aus Frankreich (Region Limousin) und Japan, wo der Bevölkerungsrückgang schon länger gravierende Auswirkungen hat, wurden unterschiedliche Strategien zur Bewältigung des Bevölkerungsverlustes erläutert: Während man in Frankreich auf Zuwanderung setzt, wird in Japan versucht, durch verstärkte Robotisierung und Automatisierung das Problem fehlender Arbeitskräfte infolge des Bevölkerungsrückganges zu beheben. Der Film endet mit einem Statement von Prof. Dr. Herwig Birg, Bielefeld, über die Schwierigkeiten der Vermittlung des Schrumpfungproblems in Politik und Öffentlichkeit: „Diese Probleme werden seit Jahren ignoriert, geleugnet und verdrängt.“

Wachstums- versus Ausgleichspolitik

Der Präsident der ARL, Prof. Dr. Dr. h. c. Horst Zimmermann, stellte im ersten Grundsatzreferat die Frage, inwieweit wegen der besonderen Lage Ostdeutschlands mit hohem Bevölkerungsverlust und gravierenden Strukturproblemen der Wirtschaft eine Abkehr von der bisherigen Ausgleichsorientierung der regionalen Entwicklungspolitik sinnvoll sei. Mit Bezug auf die neueren Erkenntnisse der regionalökonomischen Theorie sei eher davon auszugehen, dass insbesondere

den Agglomerationen als Innovations- und Wachstumskernen eine wichtige Rolle zukommt: „Die Wurzeln des Wachstums liegen in den Agglomerationen.“ Angesichts des Verlustes an Wachstumspotenzialen auch in der Zukunft müssten daher auch die modernen Agglomerationen „gepflegt“ werden. Für Ostdeutschland stellte Zimmermann insbesondere die Region Berlin als langfristigen Motor für eine zukünftige Entwicklung heraus. Mit dem Ansatz der dezentralen Konzentration für die übrigen Räume sei bereits der Weg hin zu einer Abkehr von der Flächenförderung vorgezeichnet, wobei für die „Zwischenräume“, die strukturschwachen ländlich-peripheren Räume, jedoch eine Mindestversorgung zu sichern sei.

Ausgleichsorientierte Raumordnung

Gestützt auf seine Erfahrungen als Landrat des Ilmkreises thematisierte Dr. Lutz-Rainer Senglaub, Arnstadt, die Entwicklungsprobleme seiner Region. Er forderte, für regionale Ent-



Plenum

wicklungspolitik einen Ausgleich zwischen Wachstumschancen und Ausgleichserfordernissen zu suchen, wobei er unter Wachstumskernen nicht nur die großen Agglomerationen verstanden wissen wollte, sondern auch die kleineren Zentren in den ländlichen Räumen. Darüber hinaus diskutierte er den Begriff der Mindestversorgung, der eher der Interpretation und der normativen Ausgestaltung zugänglich sei. Einen Rückzug der Förderung aus der Fläche auf die wesentlichen Zentralen Orte schloss er nicht aus.

Raumordnung zwischen Effizienzgebot und Ausgleichsanliegen

Der Leiter der Regionalplanungsstelle der Planungsregion Mittleres Mecklenburg/Rostock, Dipl.-Ing. Gerd Schäde, ging in seinem Vortrag von den sich verschlechternden Ausgangsbedingungen für die Regionalförderung Ostdeutschlands aus. Ab 2009 wird auch diese Planungsregion kein Ziel-1-Fördergebiet der EU mehr sein. Darauf müsse man sich bereits heute vorbereiten, denn es gelte, „intelligent“ zu schrumpfen. Für die Regionalplanung hieße das, das Netz der zu fördernden Zentralen Orte auf einige wenige Ober- und Mittelzentren zurückzuführen, also die „Maschen“ breiter zu knüpfen, um die verbleibenden Zentren als Eckpfeiler für Versorgung und Erwerbstätigkeit aufrecht erhalten zu können. Für die Regionalplanung ergebe dies die Notwendigkeit, sich verstärkt um Kooperationsansätze auf kommunaler Ebene zu kümmern, da bestimmte Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht mehr durch die einzelne Kommune oder den Landkreis wahrgenommen werden können. Ein zweiter Eckpfeiler aktiver Regionalentwicklung im Zeichen der Schrumpfung sei das Regionalmanagement, das die Wirtschaftsförderung, die räumliche Planung und die anderen Politikbereiche der Regionalentwicklung zusammenführe.

Spill-over-Effekte von Wachstumskernen

In der anschließenden Diskussion wurde vorrangig die Rolle der großen Agglomerationen für die großräumige Entwicklung der umgebenden ländlichen Räume hinterfragt. Insbesondere wurde bezweifelt, dass Berlin eine solche Rolle für den ganzen Nord-Osten Deutschlands erfüllen könne. Ähnliches gelte auch für die Rolle Hamburgs für Mecklenburg-Vorpommern. Die Diskussion thematisierte auch die künftige Rolle von Mittelzentren und die Rolle alter Industriekernen aus der DDR, die eine neue Perspektive finden müssten. Breiten Raum nahm dann die Diskussion zum Begriff des regionalen Ausgleichs ein, wobei die Meinung vorherrschte, dass das Gleichwertigkeitsgebot in der bisherigen Form nicht mehr zu halten sei, sondern vielmehr durch den Begriff einer „regional angemessenen Lebensqualität“ ersetzt werden müsse. Regionalspezifische Lösungen, die im Wesentlichen als regionale Prozesse des Lernens, der Wissensgenerierung und -vermittlung zu verstehen seien, könnten durch entsprechende planerische und entwicklungspolitische Vorgehensweisen gefunden werden.

Berichte aus den LAG-Arbeitsgruppen

Am zweiten Tag der Veranstaltung stellten die Leiter der Arbeitsgruppen der beiden Landesarbeitsgemeinschaften den Stand und die Perspektiven der Arbeiten in ihren Forschungsgremien vor:

- Gemeinsame Arbeitsgruppe „Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland“ (Prof. Dr. Stefan Krätke, Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)
- Arbeitsgruppe „Umbau von Städten und Regionen – Das Beispiel dünn besiedelte ländlich-periphere Räume und der Metropolenraum Berlin“ (Dr. Hans Joachim Kujath, IRS Erkner)
- Arbeitsgruppe „Umbau von Städten und Regionen – Das Beispiel Großstädte und klein- und mittelständisch gepräg-

te Regionen“ (Prof. Dr. Peter Sedlacek, Friedrich-Schiller-Universität, Jena)

Mit Dank an die Teilnehmer und an die Referenten schlossen die beiden LAG-Leiter die Sitzung.

Die vom Geschäftsführer der LAG Nordost, Dr. Christof Ellger, Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, organisierte Exkursion führte die Teilnehmer zu zwei interessanten Umbaustandorten in Berlin: an das Friedrichshainer Spreeufer zwischen Ostbahnhof und Ostkreuz-Eisenbahnbrücke sowie in die Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt Adlershof.

Hans Pohle, Tel.: (+49-511) 3 48 42 - 44
e-mail: Pohle@ARL-net.de

Raum- und Eisenbahnentwicklung in der Alpenregion

Gemeinsame Veranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaften Baden-Württemberg und Bayern und der ISOCaRP

Am 24. und 25. März 2004 fand die gemeinsame Veranstaltung der beiden süddeutschen Landesarbeitsgemeinschaften der ARL und der Nationalen Delegation der Internationalen Vereinigung für Stadt- und Regionalplaner (ISOCaRP) Deutschland und Schweiz in Lindau statt. Anderthalb Tage befassten sich rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Fragen des großräumigen Verkehrs in europäischer Dimension und dessen Auswirkungen auf regionaler Ebene. Die Tagung stand unter der Schirmherrschaft der Wirtschaftsminister Dr. Walter Döring, MdL (Baden-Württemberg), und Dr. Otto Wiesheu, MdL (Bayern).



v.l.: Christian Breu, Manfred Sinz, Bernd Scholl

Die Teilnehmer wurden durch den Präsidenten der ARL, Prof. Dr. Dr. h. c. Horst Zimmermann, Marburg, den Leiter der Landesarbeitsgemeinschaften, Prof. Dr. Bernd Scholl, Karlsruhe, den Verbandsdirektor Christian Breu, München, und den

Vorsitzenden der Landesdelegation Schweiz der ISO CaRP, Dr. Rolf Signer, Zürich, begrüßt.

Mit der Eröffnung der Alpenbasistunnel in der Schweiz – 2007 am Lötschberg und 2014 am Gotthard – erfolgt eine Neugewichtung der Eisenbahnentwicklung im Alpenraum, ähnlich den ersten Bahnen über die Alpen. Durch die Tunnel samt den notwendigen Ausbauten im Zulauf sollen attraktive Verbindungen für den grenzüberschreitenden Güter- und Personenverkehr entstehen. Namentlich sollen maßgebliche Anteile des Güterverkehrs auf die Schiene verlagert werden. Was bedeutet dies für die Raum- und Infrastruktur? Mit dieser Fragestellung befassten sich 14 Referate aus unterschiedlichem Blickwinkel:

- Nord-Süd-Transversale für Europa, Einführung (Prof. Dr. Bernd Scholl, Karlsruhe)
- NEATCH, Bau und Betrieb (Hans-Peter Vetsch, Alp Transit Gotthard AG, Luzern)
- Zulaufstrecke der DB (Dipl.-Ing. Winfried Hanslmeier, Deutsche Bahn Netz AG – Südwest Anlagenmanagement Württemberg-Südbahn, Karlsruhe)
- Perspektive Güter auf die Schiene (Dipl.-Betriebswirt (FH) Joachim Joos, SBB CFF FFS Cargo Strategische Planung, Basel)
- Raumentwicklung im Zulauf: Deutschland
 - Raum Mannheim NBS Rhein/Main-Rhein/Neckar (Ass. jur. Christian Specht, Verbandsdirektor Raumordnungsverband Rhein-Neckar, Verbandsdirektor Regionalverband Rhein-Neckar-Odenwald, Mannheim)
 - Südlicher Oberrhein (Dr. Dieter Karlin, Verbandsdirektor Regionalverband Südlicher Oberrhein, Freiburg)
 - Hochrhein (Dipl.-Ing. K.H. Hoffmann-Bohner, Verbandsdirektor Regionalverband Hochrhein-Bodensee, Waldshut-Tiengen)
- Raumentwicklung im Zulauf: Schweiz
 - Großraum Basel (Dipl.-Ing. Hans-Georg Bächtold, Leiter des Amtes für Raumplanung Kanton Basel Landschaft, Liestal)
 - Kanton Schwyz (Dr. Robert von Rotz, Leiter des Amtes für Raumplanung Kanton Schwyz)
 - Kanton Tessin/Grenzraum Italien (Benedetto Antonini, Amt für Raumplanung, Tessin, Bellinzona)
- Transeuropäische Netze im Alpenraum (Dipl.-Ing. Florian Ismaier, Geschäftsführer der Initiative Magistrale für Europa)
- Verkehrsentwicklung in der Alpenregion aus der Sicht des Freistaates Bayern (Reg.Dir. Rudolf Escheu, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München)
- Perspektiven der Weiterentwicklung von international bedeutsamen Fernverkehrsstrecken im östlichen Alpenraum (Dipl.-Vw. Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter für den Freistaat Bayern, Deutsche Bahn AG, München)
- Raumentwicklung und Strukturpolitik (Dipl.-Ing. Manfred Sinz, MinDgt., Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin)

➤ Seite 32

Neuer Arbeitskreis zum Thema „Metropolregionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit“

Nach mehreren vorbereitenden Treffen wurde der Arbeitskreis „Metropolregionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit“ mit der ersten Sitzung am 30. April 2004 in Hannover als Kooperationsprojekt von IRS, Erkner, ILS, Dortmund, Difu, Berlin, und der ARL konstituiert. Die Leitung hat OM Prof. Dr. Jörg Knieling, TU Hamburg-Harburg, übernommen. Weitere Mitglieder des Arbeitskreises sind Dr. Jürgen Aring, Meckenheim, Prof. Dr. Arthur Benz, Hagen, Prof. Dr. Hans Heinrich Blotevogel, Dortmund, Prof. Dr. Johannes Bröcker, Kiel, Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Dortmund, Dr. Hans Joachim Kujath, Erkner, Prof. Dr. Heinrich Mäding, Berlin, und Prof. Dr. Dr. h. c. Horst Zimmermann, Marburg.

Das Arbeitsprogramm, das bei der konstituierenden Sitzung ausführlich diskutiert und strukturiert wurde, umfasst drei große Themenbereiche:

1. Theoriebausteine der Agglomerationsentwicklung

Hier sind Theorieansätze zu prüfen, aus denen in Bezug auf die Entwicklung von Metropolregionen Hypothesen und zentrale Aussagen entwickelt werden können. Dazu gehören die neue ökonomische Geographie (Krugman), die neue Wachstumstheorie, innovationstheoretische Ansätze und die Modelle des Wissensspillover.

2. Vergleichende Analyse der Performance von Metropolen und ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit

Es ist theoretisch und empirisch zu begründen, wohin sich die betrachteten zehn größten Metropolen und im Vergleich die wichtigsten europäischen Metropolen entwickeln. Dazu muss auch geklärt werden, welche Funktionen Agglomerationen für den Gesamttraum erfüllen und welche Agglomerationen aus welchen Gründen besonders erfolgreich oder weniger erfolgreich sind.

3. Ableitung von politischen Handlungsmöglichkeiten und -strategien

Hier steht die Frage nach neuen Handlungsstrategien, Instrumenten und Organisationsformen, die für die Entwicklung zukunftsweisend sein können, im Vordergrund. Dabei ist auch eine Differenzierung nach Akteuren und ihrer Organisation (regional governance) sowie nach Ebenen vorzunehmen. Darüber hinaus sollten die neuen Instrumente der Raumentwicklung, wie die Koordinations- und Steuerungsmöglichkeiten der informellen Planung, sowie Möglichkeiten des Einsatzes wettbewerblicher Instrumente geprüft werden.

Das Programm des Arbeitskreises wird in der nächsten Sitzung weiterentwickelt. Dementsprechend werden dann personelle Ergänzungen aus dem Kreis der beteiligten Institutionen vorgenommen, um thematische Lücken abzudecken.

Hans Pohle, Tel.: (+49-511) 3 48 42 - 44
e-mail: Pohle@ARL-net.de

Fazit der Veranstaltung war, dass die neuen Alpentransversalen im Schienenverkehr die Raumentwicklung in Zukunft deutlich prägen werden. Mit den geplanten Investitionen in die Nord-Süd-Transversale von weit über 30 Mrd. EUR werden Raumentscheidungen getroffen, die das Rückgrat des Städtetetzes von Rotterdam, Rhein-Ruhr, Rhein-Main-Neckar, Basel, Mailand, Genua und Rom bilden werden.

Durch wachsende Güterverkehrsströme und neue Kapazitätsangebote sind massive Engpässe zu erwarten, die jetzt schon zu erkennen sind. Um sie zu beseitigen, müsste wegen der langfristigen Planungs- und Umsetzungsphasen im Grunde sofort begonnen werden, entsprechende Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen vorzunehmen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei auch die grenzübergreifende Kooperation.

Im Rahmen der Transeuropäischen Netze sind in den kommenden Jahrzehnten weitere Flachbahntunnel wie der Brenner-Basistunnel und der Basistunnel durch den Mont Enis ins Auge gefasst.

Eine weitere Perspektive ergibt sich für die West-Ost-Magistralen, wobei eine Schienenhauptachse nördlich des Alpenbogens (Paris-Straßburg-Stuttgart-Wien-Bratislava) und eine südlich (Lyon-Triest/Koper-Ljubljana-Budapest) verlaufen wird. Sie zählen zu den 30 prioritären Transeuropäischen Verkehrsnetzen (TEN-V). Im Schnittbereich entstehen Knoten, die besondere raumplanerische und raumentwicklungspolitische Beachtung verdienen.

Schließlich wurde deutlich, dass entlang der Transversalen regionale Gebietskörperschaften die Bedeutung der Investitionen für ihre Zukunft erkannt haben und raumbedeutsame Entwicklungen anstoßen wollen. Den regionalen Effekt, der von den Hauptmagistralen zu erwarten ist, gilt es auf regionaler Ebene zu erkennen und planerisch zu bewältigen. Dies machten verschiedene Referate deutlich.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22
e-mail: Wille@ARL-net.de

Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern

Die LAG Bayern traf sich am 27. Februar 2004 in Nürnberg zu ihrer Mitgliederversammlung.

Entwicklungsperspektiven und Zusammenarbeit in der Wirtschaftsregion Nürnberg

Im Rahmen der Podiumsdiskussion zeichnete Dr. Dieter Riesterer, Hauptgeschäftsführer der IHK, ein wirtschaftliches Portrait der Region Nürnberg. Mit ca. 2 Mio. Menschen (im engeren wirtschaftlichen Verflechtungsbereich) zählt die Region zu den 10 größten Wirtschaftsregionen Deutschlands. Er zitierte verschiedene Studien, nach denen Nürnberg den 4. bzw. 6. Rang in der technischen Leistungsfähigkeit einnimmt. Nach einem Ranking in der Wirtschaftswoche 33/2002 stand Nürnberg auf der NUTS-II-Ebene unter 241 europäischen Regionen an 28. Stelle noch vor Köln und anderen deutschen

Regionen (München an 3. Stelle). Der Wegfall der Randlage, die nach der EU-Erweiterung sich darstellende Mittellage, verbessert die wirtschaftliche Situation. „Go east“ heißt die Devise in doppeltem Sinn: zum einen mit Blick auf die neuen EU-Partner, zum anderen in Richtung der asiatischen Märkte.

Seit 1996 arbeitet man an einer regionalen Entwicklungsstrategie und hat ein Entwicklungsleitbild entworfen, das zurzeit in seiner Kern-, Querschnitt- und Grundkompetenz überarbeitet wird. Strategisches Ziel ist es, eine Metropolregion zu werden und sich in die Gatewaystädte einzureihen.



v.l.: Dieter Riesterer, Christian Breu, Karl Inhofer, Hartwig Reimann, Horst Förther

Regierungspräsident Karl Inhofer, Mittelfranken, ging in seinem Statement auf Spezifika der Region ein und verwies auf die erheblichen Strukturunterschiede in der Siedlungsdichte innerhalb Westmittelfrankens. Diese Situation ist Problem und Aufgabe zugleich. Verkehrsverbund, der drittgrößte in Deutschland, Hochschulplan, Wirtschaftsentwicklungsinitiativen, IHK-Netzwerk gelten als weitere wichtige Beiträge, den Raum zu formen und zu gestalten.

Oberbürgermeister Hartwig Reimann, Schwabach, und RPV-Vorsitzender, gab einen Rückblick über die Anfänge der Regionalverbandsentwicklung seit 1973 und stellte heraus, dass sich heute in starkem Maße Vertrauen gebildet hat und dass trotz des Wettbewerbs die Kooperationsbereitschaft und die Einsicht zur Gesamtverantwortung gewachsen ist. Die Diskussion über die Abschaffung der Verbandsversammlung wäre ein tiefgreifender Einschnitt. Die gesamtkommunal strukturierte Beteiligung ginge verloren, würde sie durch eine repräsentative Struktur ersetzt.

Oberbürgermeister Siegfried Balleis, Erlangen, sprach über den Beitrag der Städte und Landkreise und machte deutlich, wie vorteilhaft sich die 4-Kern-Region mit Nürnberg, Erlangen, Fürth und Schwabach seit den Anfängen 1971 entwickelt habe und dass das Wirtschaftsforum das Selbstbewusstsein nach innen gestärkt habe, was zu einer verbesserten Außenkommunikation führe. Es gelte, die eigenen Stärken zu befördern, wie etwa mit der mit 40.000 EUR dotierten Existenzgründerauszeichnung.

Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske, Rektor der Universität Erlangen, machte Ausführungen über den Wirtschaftsfaktor Wissenschaft (Uni und Fachhochschule) in der Region. Nürnberg beheimatet Bayerns zweitgrößte Universität mit 12.000 Beschäftigten (einschließlich Medizinbereich). In einem Jahr wurden zusätzlich 80 Mio. EUR an Projektmitteln angeworben. Es zeige sich, dass vor allem in den wissenschaftlichen Randbe-

reichen zusammengearbeitet werde und zugleich auch eine fachübergreifende Zusammenarbeit eingesetzt habe; die Kooperation zwischen Wissenschaft und Industrie wachse.

Bürgermeister Horst Förther, Nürnberg, befasste sich in seinem Schlussstatement mit dem Antrag auf den Status einer europäischen Metropolregion. Erfreulicherweise zeichne sich ein Umdenken ab. So habe das Land Bayern seine ursprünglich ablehnende Haltung aufgegeben. Auch in der MKRO sei das Bewusstsein für eine Metropolentwicklung gewachsen, damit die Region Nürnberg im europäischen Wettbewerb bestehen könne. Man erwartet, dass die Region Nürnberg die Kriterien erfüllen wird und eine weitere Metropolregion in Deutschland werden könnte. Das Verteilungsmuster, das Verkehrskreuz und die Lage an einer wichtigen Ost-West-Verbindung prädestinieren die Region für eine Gateway-Funktion. Als wichtiges Element wird dabei die Öffentlichkeitsarbeit gesehen mit Internetauftritt, Informationsdienst, der RegioPress (per Internet und als Printausgabe), einem Newsletter und einem halbjährlich erscheinenden Standortmagazin.

Landes- und Regionalplanung in Bayern

Ltd. MinRat Dieter Schmelz, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München, führte aus, dass nach dem derzeitigen Diskussionsstand mit Veränderungen bei der Landesplanung zu rechnen ist. Gesichert sei, dass Landesentwicklungsprogramm, Regionalplan, ROV, Raumbbeobachtung und die Verwirklichung der Planung durch weiche Instrumente erhalten bleiben werden. Über die jeweilige Ausformung werde noch entschieden. Notwendig sei, das Landesplanungs- an das Bundesgesetz anzupassen. Sicher scheint auch, dass der Landesentwicklungsplan Ende 2004 von einem neuen verschlankten LEP abgelöst werden soll. Im März 2004 ist mit einer Kabinettsentscheidung über die künftige Struktur der Planungsverbände zu rechnen und im Juni 2004 werden die Landesplanungseckpunkte beraten.

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe sollen Überlegungen zur Umstrukturierung der räumlichen Planung auf Landes- und Regionalebene angestellt und der Landesregierung zugeleitet werden. Ihre Mitwirkungsbereitschaft haben bekundet: VerbDir. Christian Breu, München, RegDir. Dr. Gunter Bühler, Bayreuth, Prof. Dr. Karl Ruppert, München, Prof. Dr. Jörg Maier, Bayreuth.

Personalien

In der Mitgliederversammlung ist die Lenkungsgruppe für weitere zwei Jahre bestätigt worden: VerbDir. Christian Breu, München (Leiter), Prof. Dr. Hubert Job, München (Stellv. Leiter), RegDir. Dr. Ludwig Fugmann, Ansbach (Stellv. Leiter).

Als neue LAG-Mitglieder wurden gewählt: Dr. Franz Dimberger, Ltd. Verwaltungsdirektor beim Bayerischen Gemeindetag, München, und Dr. Robert Obermeier, IHK für München und Oberbayern, München.

Neue Themen

Nach dem Abschluss der beiden Arbeitsgruppen „Energie“ und „Stadt-Umland“ startet unter der Leitung von Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß, Kaiserslautern, die neue AG „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen: ‘Sprint Regions’ und ‘Slow Regions’“.

Bisherige Mitglieder sind RegDir. Dr. Gunter Bühler, Bayreuth, MinRat a.D. Prof. Dr. Bruno Dietrichs, München, MinRat Dr. Reinhold Koch, München, und Prof. Dr. Jörg Maier, Bayreuth.

Als weitere wichtige Themen, deren sich die LAG annehmen sollte, werden die LuK-Thematik und die Frage gesehen, wie in Zukunft mit den regionalen Arbeitsmärkten umzugehen ist.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22
e-mail: Wille@ARL-net.de

Landesarbeitsgemeinschaft Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

tagte in Saarbrücken

Entwicklungstendenzen im Einzelhandel

Zu Beginn der LAG-Sitzung Mitte Mai in Saarbrücken berichtete Ltd. MinRat Dipl.-Ing. Gerd-Rainer Damm, Saarbrücken, über Zwischenergebnisse einer laufenden Untersuchung zur Situation und zu den Entwicklungstendenzen des Einzelhandels im Saarland. Vom Ministerium für Umwelt, dem Ministerium für Wirtschaft, der Industrie- und Handelskammer sowie dem Einzelhandelsverband des Saarlandes wird eine solche Analyse derzeit gemeinsam durchgeführt. Hintergrund ist die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans „Siedlung“, der u.a. Zielsetzungen für die räumliche Verteilung des großflächigen Einzelhandels enthält, die sich am zentralörtlichen Gefüge orientieren und auf integrierte Standorte ausgerichtet sind (und die unter bewusstem Verzicht auf eine einzelräumliche Festlegung qualitativ beschrieben werden).

Mit der Untersuchung sollen Grundlagen für den weiteren Umgang mit der teilweise stürmischen Entwicklung in diesem Sektor erarbeitet werden. Vorläufiges – und nicht unerfreuliches – Zwischenergebnis ist zum einen, dass im Saarland der großflächige Einzelhandel sich im Wesentlichen am zentralörtlichen System orientiert (abgesehen von vereinzelt Fehlentwicklungen und bei einer gleichzeitig relativ gering ausgeprägten Zentralität des Oberzentrums Saarbrücken), und zum anderen, dass generell im Saarland eine im bundesweiten Vergleich überdurchschnittliche Verkaufs-Ausstattung anzutreffen ist. Zum Zielhorizont 2015 ist trotz steigender Pro-Kopf-Ausgaben angesichts einer voraussichtlichen Abnahme der Bevölkerungszahlen und einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft insgesamt mit einem stagnierenden Kaufkraftpotenzial zu rechnen. Im Ergebnis wird empfohlen, Ergänzungsstandorte für die Innenstädte und gegebenenfalls konkrete Standorte für den großflächigen Einzelhandel festzulegen sowie die interkommunale Abstimmung noch mehr als bisher zu forcieren.

Regionalpark Saar

Dipl.-Geogr. Andrea Hartz, Saarbrücken, stellte den „Regionalpark Saar“ vor. Hierbei handelt es sich um ein von der EU im Rahmen des Interreg II C-Programms („urban landscapes“) gefördertes Projekt, um das landschaftliche und kulturelle Erbe der Region zu stärken und für die Zukunft nachhaltig in Wert

zu setzen. Tragender Hintergrund ist ein Netzwerk regionaler Institutionen unter der Federführung der Abteilung Landesplanung des Umweltministeriums. Bei dem Vorhaben geht es um eine möglichst realistische und genaue Bestimmung der Identität des Raumes und seiner Bewohner sowie um die Ableitung denkbarer Entwicklungspfade. Herzstück des Regionalparks ist einerseits der Saarkohlenwald, der unter dem Motto „Weniger ist mehr“ zielorientiert erschlossen wird, andererseits sind es vorhandene Halden, die mittel- und langfristig in die räumliche Entwicklung integriert werden sollen. In der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure stellt das Projekt gleichzeitig ein Lernfeld für Kooperationen dar, bei dem bewusst milieubedingte Lerneffekte gesucht und damit wichtige Impulse für die Systementwicklung gefunden werden. Dem Berichterstatter erscheint der „Regionalpark Saar“ als ein stadtplanerisch engagiertes Vorhaben zur Aufwertung der regionalen Stadtlandschaft.

Änderungen des ROG 2004

Über Änderungen des ROG 2004 referierte Prof. Dr. Willy Spannowsky, Kaiserslautern, im Hinblick auf die anstehende Novellierung zur Integration der Anforderungen, die sich aus der Plan-UP-Richtlinie der EU ergeben. Spannowsky ließ keinen Zweifel daran, dass alle gesamtträumlichen Planungen künftig UVP-pflichtig sind – und damit selbstverständlich alle Raumordnungspläne. Das führt im Ergebnis praktisch zu einer Umkehr des Anteils der Umweltberichtserstattungspflicht. Er skizzierte den zentralen Stellenwert des Scoping (bei dem horizontal wie vertikal zu koordinieren ist) und schätzte den Gestaltungsspielraum der Länder nach der Änderung des ROG eher gering ein. In der Praxis dürfte die Anwendung zu dem vorhersehbaren Paradoxon führen, dass ein nicht unbedeutender Mehraufwand bei Durchführung und Berichterstattung angesichts anhaltend knapper öffentlicher Kassen mit einer tendenziell schrumpfenden oder bestenfalls stagnierenden Ausstattung an Personal zu bewältigen sein wird. Es bleibt abzuwarten, zu Lasten welcher der bisherigen Aufgabenfelder dies gehen wird.

LAG-Arbeitsgruppen

Aus den beiden Arbeitsgruppen der LAG wurden kurze Ergebnis- bzw. Zwischenberichte gegeben. Dipl.-Geogr. Stefan Germer, Kaiserslautern, konnte den jetzt auch formalen Abschluss der Arbeiten am Ergebnisbericht der AG „EU-Strukturförderungen“ vermelden. Es skizzierte dabei noch einmal kurz die wesentlichen Ergebnisse. Dr. Hans-Jörg Domhardt, Kaiserslautern, berichtete aus der AG „Regionale Flächennutzungsplanung“, die den bundesweit ersten Versuch zur Aufstellung eines Regionalen Flächennutzungsplans im Rhein-Main-Raum (Frankfurt plus 75 weitere Gemeinden) wissenschaftlich begleitet. Nachdem jüngst die Klagen einiger Gemeinden gegen das Ballungsraumgesetz abgewiesen worden sind, ist klar, dass die vorgesehene Planung rechtens ist und vollendet wird.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
e-mail: Lange@ARL-net.de

Spannungsfeld zwischen regionalem Ausgleich und Wachstum

Auf ihrer Sitzung am 5. März 2004 in Münster informierten sich die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Nordrhein-Westfalen unter der Leitung von Abteilungsdirektor Erich Tilkorn, Münster, zunächst über den Stand der Tätigkeit der Arbeitsgruppen.

Arbeitsgruppen

Die von Prof. Dr. Lothar Finke, Dortmund, geleitete Arbeitsgruppe „Novellierungen des Landesplanungsrechts in Nordrhein-Westfalen“ gliederte ihre bisherige politikberatende Tätigkeit in zwei Arbeitsschritte. Eine kompakte Stellungnahme zu den kurzfristigen Änderungserfordernissen im Rahmen der Novellierung des Landesplanungsgesetzes NRW liegt bereits vor (siehe NACHRICHTEN der ARL 3/2001, S. 29-31: „6 Punkte – Jetzt“). Die Erarbeitung einer inhaltlich breiter angelegten, ausführlicheren Stellungnahme zur Novellierung des Landesplanungsgesetzes (LPIG) ist bis Ende 2004 vorgesehen. Darüber hinaus hat die AG im Rahmen der Anhörungen des Landtags zum § 10a LPIG (regionaler Flächennutzungsplan/regionale Planungsgemeinschaften) entsprechende Einschätzungen bzw. Stellungnahmen abgegeben.

Die von Prof. Dr. Heiderose Kilper, Hannover, und Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Dortmund, geleitete Arbeitsgruppe „Demographischer Wandel in ausgewählten Regionstypen Nordrhein-Westfalens – Herausforderungen und Chancen für regionale Politik“ hat ihre Tätigkeit im Herbst 2002 begonnen und beabsichtigt, ihre Ergebnisse bis Herbst 2004 vorzulegen. Die inhaltliche Arbeit wird mit politikberatender Tätigkeit kombiniert. Hierzu wurden auch Informations- und Fachgespräche mit Kommunal- und Regionalpolitikerinnen und -politikern sowie mit ausgewählten Expertinnen und Experten geführt. Gegenwärtig wird die Abschlusspublikation vorbereitet.

Regionaler Ausgleich versus Wachstum

Zu dem Thema „Regionaler Ausgleich versus Wachstum – Eine Balance finden“ referierte der Präsident der ARL, Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Marburg. Er wies zu Beginn seiner Ausführungen auf die Umbruchsituation hin, mit der Raumplanung und Raumentwicklungspolitik konfrontiert seien: Nachdem das regionale Ausgleichsziel jahrzehntelang einen hohen Stellenwert besessen habe, gerate es bei voraussichtlich auch in Zukunft eher geringeren regionalen Wachstumsraten und knappen öffentlichen Finanzmitteln zunehmend in Konkurrenz zu Wachstumsüberlegungen, die in räumlicher Hinsicht die Frage aufwerfen, welche Regionen, Gemeinden oder Orte die Träger bzw. Impulsgeber der zukünftigen großräumlichen Entwicklung sein werden. Da in Anbetracht der Entwicklungsaussichten und -potenziale kaum noch beide Ziele der Regionalentwicklung (Wachstum und Ausgleich) gemeinsam erreicht werden könnten, gelte es umso mehr, eine Balance zwischen ihnen zu finden.

Auf die sich hierbei stellenden Fragen, auf Begründungen, Abwägungen und Handlungserfordernisse ging der Präsident

der ARL dann im Einzelnen ein. Er warf zunächst einen (Rück-)Blick auf die Rolle der Städte in der bisherigen Raumplanung und Raumentwicklungspolitik, die in starkem Maße durch eine Orientierung am Zentrale-Orte-System und dem Konzept der dezentralen Konzentration gekennzeichnet war und die Konvergenztheorie als Fundament besaß. Dieser Sichtweise stellte er eine Perspektive zur Sicherung der langfristigen internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland gegenüber, die die Rolle der Agglomerationen als Motoren der Regionalentwicklung stärker betont und hierbei zugleich an neuere Theorieansätze aufknüpft (Krugman: *New Economic Geography*; Innovationstheorie; „kreative Milieus“). Ein weiterer Ausgangspunkt der Überlegungen war, dass die früheren nationalen und damit auch regionalen Wachstumsraten so schnell nicht wieder zu erreichen seien (verschlechterte Wettbewerbsposition, Verlust der Wachstums-Sicherheit).

Im weiteren Teil seines Vortrags zog Zimmermann dann Folgerungen für die zukünftige Raumplanung und Raumentwicklungspolitik. So plädierte er für eine gezielte „Pflege“ der modernen, wachstumsträchtigen Agglomerationen (Metropolregionen), eine stärkere Verzahnung von Raumplanung und regionaler Entwicklungspolitik, die Suche nach guten Lösungen der Stadt-Umland-Problematik, eine weitere Verfolgung des Prinzips der dezentralen Konzentration (wo viel versprechend) und die Sicherung der Mindestversorgung in ländlich-peripheren, strukturschwachen Räumen.

Im Hinblick auf die regionalen Implikationen der im Titel des Vortrags angesprochenen Balance zwischen regionalem Ausgleich und Wachstum maß der Referent der Funktionsfähigkeit der modernen Agglomerationen grundlegende Bedeutung zu. Um das zukünftige Wachstum des Gesamtstaates und seiner Großregionen zu sichern, müssten sie in einen siedlungsstrukturellen Zustand versetzt werden, der regionales Wachstum fördere und nicht behindere. In ähnlicher Weise müssten Regionen entwickelt werden, die über zukunftsfähige Städte mittlerer Größe verfügen. Die auf diese Weise erwirtschafteten Mittel könnten dann zu einem Teil zur Aufrechterhaltung einer Mindestversorgung in Regionen ohne derzeitige Entwicklungschancen verwendet werden. Bei knappen öffentlichen Mitteln nicht durchzuhalten sei jedenfalls eine gleichmäßige Förderung der gesamten Fläche bzw. des gesamten Bundesgebietes.

Im Zeitablauf könne die Balance zwischen regionalem Wachstum und Ausgleich durch eine wechselnde Zielgewichtung gekennzeichnet sein. Müssen die Wachstumskräfte, wie gegenwärtig, gestärkt werden, könnte das regionale Ausgleichsziel tendenziell geringer gewichtet werden; sei ein befriedigendes Wachstum erreicht, etwa nach einer Reformphase, so wäre dem Ausgleichsziel wieder eine höhere Priorität zuzubilligen.

Weitere Vorträge und Themen

Darüber hinaus wurden drei weitere Vorträge zu den Themen

- „Hat die EU-Wasserrahmenrichtlinie räumliche Konsequenzen?“
Präsident Dr.-Ing. Harald Irmer, Landesumweltamt NRW, Essen
- „Regionales Flächenmanagement – Herausforderungen und Hemmnisse“

Professor Dr. Theo Kötter, Institut für Städtebau, Bodenordnung und Kulturtechnik an der Universität Bonn

- „Entwicklungen bei der 5. Nota Raum (Niederlande)“
Drs. Robert H. Kragt, Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer, Directoraat-Generaal Ruimte, Den Haag

vorgetragen und diskutiert. Schließlich wurden neue Forschungsthemen und die Konferenz für Planerinnen und Planer der LAG im Herbst 2004 erörtert und konkretisiert sowie – in einem nicht öffentlichen Sitzungsteil – neue Mitglieder der LAG hinzugewählt.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
e-mail: Toennies@ARL-net.de

LAG Nordwest

mit neuen Themen

Die Mitglieder und Gäste der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein kamen Ende April des Jahres zu ihrer 94. Zusammenkunft in Bremen zusammen.

Im ersten Teil des Treffens stand das Thema „Lokale Zeitpolitik“ im Mittelpunkt von Vorträgen und Diskussionen. Prof. Dr. U. Mückenberger, Hamburg, führte in die Thematik ein. Die Frauenbeauftragten der Stadt und des Kreises Stade, K. Holst und A. Behrends, sowie die Unternehmerin G. Trusheim berichteten über Praxisbeispiele aus dem Raum Stade unter dem Motto „Zeiten und Qualitäten im ländlichen Raum und in der Stadt“.

Der zweite Teil des Treffens stand ganz im Zeichen der LAG-Aktivitäten. Die Arbeitsgruppe „Integration landwirtschaftlicher Funktionen“ unter der Leitung von Prof. Dr. O. Peithmann, Vechta, hat ihre Untersuchungen erfolgreich abgeschlossen. Damit bot sich der LAG die Gelegenheit, über weitere Forschungsthemen nachzudenken. Bereits Anfang des Jahres hat unter der Leitung von Dipl.-Vw. H.-J. Back, Hannover, die Arbeitsgruppe zu den räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels in ausgewählten Regionen Nordwestdeutschlands mit den Untersuchungen begonnen.

Europafähigkeit der nordwestdeutschen Metropolregionen

Spätestens seit dem raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen 1993, dem Raumordnungspolitischen Handlungsrahmen 1995 und dem Europäischen Raumentwicklungskonzept (EUREK) werden die oberzentralen Verflechtungsbereiche der Raumordnungsregionen von einem System höherrangiger Metropolen überlagert, die sich zunehmend zu Zentren von wirtschaftlichen Großregionen mit europäischer Bedeutung entwickeln oder dorthin entwickelt werden sollen. Metropolregionen sollen eine besondere Rolle für die Entwicklung des Gesamttraumes übernehmen, d.h. die Wurzeln des Wachstums sein. Nach der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) umfasst das Netzwerk der Metropolregionen in Deutschland derzeit die Teilräume Berlin/Brandenburg, Hamburg, München, Rhein-Main, Rhein-Ruhr, Stuttgart und das so genannte Sachsen-Dreieck: Dresden, Chemnitz und die Stadtregion Halle/Leipzig.

In der Zwischenzeit haben sich andere Teilräume zu Wort gemeldet. Dazu gehört in Nordwestdeutschland die Region Hannover - Braunschweig - Göttingen. Das ist sicherlich verständlich. Denn es gibt neben den von der MKRO genannten weitere Regionen, die auf speziellen Sektoren ebenfalls beachtliche europäische Verflechtungen und Potenziale von großer Strahlkraft aufweisen. Im nordwestdeutschen Raum zählt dazu auch der Raum Bremen/Unterweser. Diese Regionen reichen allerdings in Umfang und Intensität nicht an die Verflechtungsbeziehungen der bereits anerkannten Metropolregionen heran.

Die Landesarbeitsgemeinschaft für die nordwestdeutschen Länder will sich in ihrem Zuständigkeitsbereich im Rahmen einer neuen Arbeitsgruppe unter der Leitung von BauDir. Dr. R. Baumheier, Bremen, mit den neuen Raumbildern und -strukturen beschäftigen. Dabei wird beispielsweise die Frage zu beantworten sein, welche Erwartungen mit den Metropolregionen im Norden verbunden und wie realistisch diese Erwartungen sind. Die Arbeitsgruppe wird sich bei ihren Untersuchungen mit dem neu eingerichteten Arbeitskreis von ARL, Difu, ILS und IRS (siehe den gesonderten Bericht in diesem Heft) abstimmen.

Touristische Angebotsmodernisierung an Nord- und Ostsee

Die LAG befasst sich traditionell mit dem Tourismus im norddeutschen Küstenraum, zuletzt im Rahmen der Studie zu den Entwicklungspotenzialen Nordwestdeutschlands und im Arbeitskreis zu den demographischen Veränderungen und ihren räumlichen Auswirkungen. Nun will sich die LAG speziell mit Modernisierungsfragen im Zusammenhang mit den touristischen Angeboten an der Nord- und Ostsee befassen und dabei vor allem herausarbeiten, welche planerischen Strategien hier als Rahmen notwendig sind. Die LAG will die damit zusammenhängenden Fragen in einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Prof. Dr. Götz H.-G. von Rohr, Kiel, aufgreifen.

Entwicklung ländlicher Räume in Nordwestdeutschland

Massive strukturelle Veränderungen führen dazu, dass gerade auch für die ländlichen Räume die raumplanerischen Leitbilder und Entwicklungskonzepte überprüft und gegebenenfalls neu erarbeitet werden müssen. Nach Vorliegen des Raumordnungsberichts 2004 des Bundes will die LAG in einem ersten Schritt einen Workshop organisieren, um die facettenreiche Thematik einzugrenzen und die für das Untersuchungsgebiet der LAG besonders dringlichen Fragestellungen herauszuarbeiten.

Am Schluss des Treffens in Bremen stellte die Geschäftsführerin der LAG, Dipl.-Ing. K. Eimert, Bremen, die neue Internetplattform für die Landesarbeitsgemeinschaften der ARL und deren Anwendungsmöglichkeiten vor.

Zu neuen LAG-Mitgliedern sind vom Präsidium der ARL Dr. Christian Diller, Kiel, Eckhard Lammers, Osnabrück, und Min-Rat Dipl.-Ing. Wilhelm Schulte, Hamburg, berufen worden.

*Dietmar Scholich, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 37
e-mail: Scholich@ARL-net.de*

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

2/2004

Wissenschaftliche Beiträge

- Paul Gans und Ansgar Schmitz-Veltin
.....
Räumliche Muster des demographischen Wandels in Europa
- Claus Schlömer
.....
Binnenwanderungen seit der deutschen Einigung
- Karl Martin Born, Elke Goltz und Gabriele Saupe
.....
Wanderungsmotive zugewanderter älterer Menschen.
Ein anderer Blick auf die Entwicklungsprobleme peripherer Räume in Brandenburg
- Simone Plahuta
.....
Bevölkerungsentwicklung in einer prosperierenden Region.
Zuwanderung und Alterung in der Region Stuttgart

Berichte aus Forschung und Praxis

- Hans-Peter Gatzweiler und Martina Kocks
.....
Demographischer Wandel. Modellvorhaben der Raumordnung als Handlungsfeld des Bundes
- Gerd Tönnies
.....
Forschungen der ARL zu den räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels

ISSN 0034-0111

MdB Oswald hebt Bedeutung der ARL-Tätigkeit hervor

Parlamentarisches Arbeitsgespräch

Das seit Jahren traditionelle Parlamentarische Arbeitsgespräch der ARL mit dem Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen fand in diesem Jahr am 5. Mai statt. Der Ausschuss-Vorsitzende MdB Eduard Oswald wies nach der Begrüßung durch ARL-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann darauf hin, dass die Parlamentarier durch die Tätigkeit der ARL und das breite Spektrum ihrer Publikationen wichtige Entscheidungsgrundlagen erhielten.

Eine Reihe von Parlamentariern, zum Teil „Stammgäste“ des Parlamentarischen Arbeitsgesprächs, hatten sich wieder einmal die Zeit genommen, der Einladung der ARL zu folgen und die Themen „Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels“ und „Strategien für Großstadregionen im 21. Jahrhundert“ zu diskutieren. Trotz eines anstrengenden Sitzungstages, bei dem es u.a. um nichts Geringeres ging als den geplanten Börsengang der DB AG, setzten sich die Teilnehmenden intensiv und kritisch mit dem Präsidium der ARL sowie den Arbeitskreisleitern Prof. Paul Gans (Mannheim) und Prof. Johann Jessen (Stuttgart) auseinander.

Alterung, Heterogenisierung, Vereinzelung

Die von Prof. Gans präsentierten Thesen zum demographischen Wandel regten eine Reihe von Fragen an. Die in allen Prognosen übereinstimmend festgestellten strukturellen Trends der Bevölkerungsentwicklung Alterung, Heterogenisierung der Bevölkerung nach Herkunft, Sprache und Religion sowie Vereinzelung lassen auf ein Anwachsen von Problemen räumlicher Entwicklung sowohl in den Großstadregionen und Agglomerationsräumen wie auch in den ländlich peripheren Gebieten schließen. Einerseits wird die Änderung in der Altersstruktur insbesondere im Hinblick auf Arbeitskräfte die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Ökonomien gefährden. Andererseits ist aufgrund von selektiven Wanderungseffekten mit einer Verstärkung bestehender regionaler Disparitäten zu rechnen. Nicht nur der Arbeitsmarkt, sondern auch das Siedlungswesen sowie die Infrastrukturausstattung werden davon betroffen sein. Diese Wirkungen müssen seitens der räumlichen Planung frühzeitig aufgegriffen werden. Kompakte bauliche Mischstrukturen insbesondere in den Agglomerationsräumen werden zur Sicherung der Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen benötigt. Im ländlichen Raum werden nicht nur im Hinblick auf den ÖPNV innovative Konzepte benötigt, um weiterhin Entwicklungschancen zu erhalten respektive zu eröffnen. Mehr als bisher wird sich auch die räumliche Planung mit sozialen Aspekten auseinander setzen müssen, um Polarisation und Segregation zu vermindern und um die Integration zu fördern. Verschärfend tritt das Problem sin-

kender Steuereinnahmen und der Situation nicht angemessener Verteilungsregelungen auf. Bestandserhaltung und Auslastung der gesamten baulichen Infrastruktur muss das Motto Nummer 1 räumlicher Planung sein. Allerdings bedarf es hierzu einer Anpassung der dem zuwider laufenden Regelwerke.

Handlungsempfehlungen für die Peripherie

In der Diskussion zeigte sich, dass entgegen der sich in jüngster Zeit durchsetzenden wissenschaftlichen Meinung, dass vornehmlich Agglomerationsräume zu fördern seien, die Parlamentarier eine quantitative wie auch soziale „Unwucht“ in der Entwicklung der Bevölkerungsdichte befürchten. Die massive Abwanderung vor allem der jungen Leute aus den ländlichen Räumen in die Agglomerationsräume wie auch die Zuwanderung aus dem Ausland in die Agglomerationsräume lassen dort nach Ansicht der Parlamentarier künftig vermehrt Probleme entstehen. Daraus resultierte die Frage, ob a) die vorhandenen Steuerungsinstrumente zur Lösung dieser Probleme ausreichen und ob b) die derzeitigen administrativen Gebietseinheiten adäquate Größen hätten. Seitens der Wissenschaft erwarten die Parlamentarier umsetzungsorientierte, präzise Handlungsanleitungen bis hin zu der Frage, auf welcher Ebene ggf. über die passive Sanierung ganzer Regionen entschieden werden sollte. Zwar seien in letzter Zeit Aussagen zu Agglomerationsräumen seitens der Raumwissenschaften vermehrt erfolgt, man vermisse hingegen Handlungsempfehlungen für die Peripherie. Dies werde umso wichtiger, je rascher und dramatischer die Strukturveränderungen einsetzen würden.

Regionale Standortpolitik und soziale Integration

Die sich anschließende Konzentration auf das Themenfeld der Großstadregionen spiegelte einige der bereits diskutierten Aspekte im Detail wider. Prof. Jessen verdeutlichte als Leiter des gleichnamigen Arbeitskreises von ARL und DASL ebenfalls den Bedarf nach Instandhaltung und Modernisierung vorhandener Infrastruktur, um diese leistungsfähig zu erhalten. Dies könne allerdings im Sinne einer regionalen statt lokalen Standortpolitik besser erreicht werden, die auch im Hinblick auf Wirtschaftsförderung und Standortmarketing vonnöten sei. Auch von diesem Arbeitskreis werden möglicherweise auftretende Probleme im Zusammenhang mit sozialer Integration wahrgenommen. Für die Planung bedeutet dies, Konzepte sowohl für wachsende, vor allem aber auch für schrumpfende Großstadregionen zu entwickeln. Stichworte

wie Flächenkreislaufwirtschaft, Innenentwicklung, Baurecht auf Zeit und Verknüpfung von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung müssen neben einer qualitätsorientierten, regionalen Baukultur zum Schwerpunkt planerischen und politischen Handelns werden. Weitergehende Erkenntnisse, die sich eher mit sozialen Aspekten der Großstadregionen befassen, liegen weit außerhalb der Kompetenzbereiche räumlicher Planung. Vielmehr bedarf es veränderter Bildungs- und Sozialpolitik bereits in den rahmengebenden Regelwerken, um quartiersbezogene Konzepte sozialer Mischung, infrastruktureller Artwirklich umsetzen zu können. Dies betrifft vornehmlich verschiedene Subventionen wie Eigenheimzulage und Pendlerpauschale, aber auch die bereits seit langem diskutierte Reform der Gemeindefinanzen, mit der sich bereits das parlamentarische Arbeitsgespräch 2003 befasst hatte.

Eigenheimzulage und Pendlerpauschale differenzieren

Seitens der Parlamentarier wurde kritisch darauf verwiesen, dass sehr genau zu überlegen sei, in welcher Form und für welche Zwecke die Eigenheimzulage unter den geschilderten Voraussetzungen nach wie vor als sinnvoll zu erachten sei. Gerade für die Pflege des Altbestands, und zwar nicht nur in den Großstadregionen, sei eine differenzierte Eigenheimzulage unverzichtbar. Eine intelligente Umgestaltung derselben sei insbesondere vor dem Hintergrund der Forderung nach Innenentwicklung vor Außenentwicklung notwendig. Ebenso müsse die von allen Seiten stark kritisierte Pendlerpauschale nach Ansicht der Parlamentarier sehr viel differenzierter betrachtet werden. Unter Hinweis

Neues Themenfeld „Großräumiger Verkehr“ Wissenschaftliche Plenarsitzung 2005 – Ankündigung

Verkehrs- und Raumordnungspolitik in integrativer Sicht stehen wieder einmal auf der Agenda von Wissenschaft und Politik. So sind beispielsweise zunehmende Probleme der Transitverkehre in Deutschland, sowohl in den Regionen als auch an den Grenzen zu den Nachbarländern, zu erwarten. Durch zwei Expertengespräche wurden das breite inhaltliche Spektrum und eine sinnvolle Struktur der Bearbeitung dieser Thematik in der ARL programmatisch vorbereitet. Als Ergebnis dieser beiden Treffen, zuletzt am 7. April 2004 in Hannover, wurde vorgeschlagen, dass sich die ARL diesem Thema sowohl mit ihrer Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2005 als auch mit einem neuen Arbeitskreis widmen sollte.

Wissenschaftliche Plenarsitzung 2005

Die WP 2005 findet vom 16.–17. Juni in Ravensburg statt. Fragen der „Integrierten Raum- und Verkehrspolitik in Europa – Möglichkeiten und Grenzen“ sollen in zwei großen Blöcken behandelt werden:

In einem ersten Teil geht es vor dem Hintergrund der künftigen Rahmenbedingungen um die Entwicklung von Raum und Verkehr aus integrierter Sicht und im internationalen Rahmen bzw. im europäischen Kontext.

Der zweite Teil wird sich der grenzübergreifenden Verkehre annehmen. Dazu sollen die fundamentalen Interessenkonflikte, natürliche Friktionen, räumliche Externalitäten und beispielhafte Lösungsvorschläge vorgestellt werden.

Geplanter Arbeitskreis

Der Arbeitskreis soll die Konsequenzen neuer und wichtiger Randbedingungen für die Entwicklung der Verkehrssysteme und für die politische und planerische Steuerung gerade auch in Deutschland aufzeigen. Zu diesen Randbedingungen sind u. a. zu zählen:

- Osterweiterung der EU

- demographischer Wandel
- neue Zeitregime und Zeitverwendungsstrukturen
- neue Formen des Angebots von Gütern und Dienstleistungen
- Veränderung der Lebensstile, soziale Segregation
- Deregulierung, Dezentralisierung und Liberalisierung
- Sicherheitsaspekte, Vulnerabilität, Redundanz und Risikovermeidung

Hier wird auf Vorleistungen und Ergebnisse aus entsprechenden ARL-Arbeitskreisen zurückgegriffen werden.

Als Hauptfragestellungen des Arbeitskreises wurden die folgenden Themenfelder herausgearbeitet:

1. Integrative, analytische Bestandsaufnahmen der Strukturen in Räumen, in denen heute schon gravierende Verkehrsprobleme zu beobachten sind oder mittel- bis langfristig erwartet werden können. Dabei sollte eher großräumig vorgegangen werden.
2. Analyse der veränderten oben genannten Rahmenbedingungen im Hinblick auf diese Problemsituationen, aus der die neuen Herausforderungen für die Raum- und Verkehrspolitik formuliert werden können. Darauf aufbauend sollen Alternativen und systemare Überlegungen entwickelt werden, die neue Handlungsoptionen eröffnen.
3. Lagebeurteilung der Raum- und Verkehrspolitik im Hinblick auf die veränderten Rahmenbedingungen und Anforderungen, sowohl institutionell als auch instrumentell. Dazu sind Handlungsschwerpunkte einer integrativen Raum- und Verkehrsentwicklungspolitik abzuleiten, die neue Leitbilder und gemeinsame, aber auch divergente Stoßrichtungen politischen Handelns (Raumgerechtigkeit im Verkehr) umfassen.

Hans Pohle, Tel.: (+49-511) 3 48 42 – 44
e-mail: Pohle@ARL-net.de

auf die Erhaltung von Mobilität im ländlichen Raum wurde der Bogen zur vorangehenden Diskussion über die demographische Entwicklung geschlagen und darauf hingewiesen, dass dortige Bewohner voraussichtlich künftig mehr als bisher auf den eigenen Pkw angewiesen sein werden, da die Versorgung in der Fläche vor dem Hintergrund der finanziellen Situation von Kommunen und Regionen nicht gewährleistet werden könne.

Mangel an Steuerungselementen

Angesichts zunehmender Segregationseffekte und unterschiedlicher Arten von Ghettoisierung (bis hin zu den „gated communities“) empfinden die Parlamentarier derzeit einen Mangel an Steuerungsinstrumenten, um diesem Problem effizient entgegenzutreten zu können. Insoweit bekräftigen sie die Notwendigkeit einer veränderten finanziellen Basis von Kommunen und auch Regionen, stellen aber gleichwohl die Frage, nach welchem Modell Großstadtregionen finanzielle Verantwortung übernehmen sollen. Bezüglich des letztgenannten Aspekts verdeutlichten die Parlamentarier gegenüber den Vertretern der Wissenschaft einerseits den Bedarf an der Aufbereitung von Best-practices-Beispielen. Andererseits ergab sich daraus aber auch die Anforderung, Empfehlungen zur Steuerung räumlicher Entwicklungen grundsätzlich mit finanzpolitischen Aspekten zu verknüpfen.

*Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 29
e-mail: Gustedt@ARL-net.de*

Workshop zum Emissionshandel

Der für Juni 2004 zusammen mit dem RWI geplante Workshop in Hannover zum Thema „Liberalisierung statt Regulierung – Paradigmenwechsel in der Klimapolitik“ musste aus inhaltlichen und organisatorischen Gründen verschoben werden, voraussichtlich auf den 9. September 2004. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Workshops, die Diskussion über das neue Instrument in der Umweltpolitik und über seine sektoralen und räumlichen Wirkungen, bleiben wie angekündigt.

*Hans Pohle, Tel.: (+49-511) 3 48 42 - 44
e-mail: Pohle@ARL-net.de*

Räumliche Auswirkungen der Virtualisierung

Mit dem weiteren Zusammenwachsen früher unterschiedlicher Anwendungsfelder und den rasant steigenden Einsatzmöglichkeiten scheint der IT-Bereich im Begriff zu sein, einen weiteren Quantensprung zu machen. Selbst Fachleuten fällt der Überblick schwer, und die sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschungen können der stürmischen Entwicklung nur mit Mühe folgen.

Die ARL hatte deshalb einen kleinen Kreis von Fachleuten zusammengerufen, um zu erörtern,

- welche räumlichen Implikationen möglicherweise mit der Virtualisierung verbunden sind und
- welche Aspekte sich evtl. soweit thematisieren lassen, dass sich die ARL mit ihnen ausführlicher beschäftigen sollte.

Das Gespräch fand am 23. Februar 2004 in Hannover statt. Holger Flötting (Berlin), Busso Grabow (Berlin), Burkhard Lange (Hannover), Dietmar Scholich (Hannover), Monika Sester (Hannover), Gerhard Steinebach (Kaiserslautern), Ingo Weitzel (Kaiserslautern) und Horst Zimmermann (Marburg) nahmen daran teil. Auf der Grundlage eines Kurzpapiers aus der Feder von Steinebach mit dem Titel „Raumwirksame Aspekte der Virtualisierung von Lebenswelten“ war das Gespräch zunächst weitgehend konzentriert auf Fragen von Stadtentwicklung und Lebenskultur, wobei beispielhaft wichtige Daseinsgrundfunktionen betrachtet wurden.

Das Gespräch kreiste um zwei grundsätzliche Fragen:

1. Welche räumlichen Konsequenzen sind generell durch den Einsatz von IT zu beobachten?
2. Welche Auswirkungen des Einsatzes von IT auf die Qualität von Planungsprozessen sind zu beobachten bzw. möglicherweise zu erwarten?

Eingehend wurde darüber beraten, ob die vorgegebene oben genannte Fragestellung so zu verstehen ist, dass mit „Virtualisierung“ im eigentlichen Sinne diejenige Realität gemeint ist, die durch diese neu geschaffen wird (beispielsweise die Nähe zwischen Unternehmen oder Personen in Flensburg und in Konstanz), oder ob der Begriff lediglich grob synonym für Informations- und Kommunikationstechnologien steht, für all ihre Einsatzmöglichkeiten und dann natürlich auch einschließlich ihrer virtuellen Auswirkungen. Tendenziell war der Tenor vorherrschend, dass im Sinne des vorgegebenen Themas in erster Linie an die durch Virtualität neu geschaffenen Möglichkeiten und Realitäten zu denken ist – unabhängig davon, ob sie im Einzelfall als Chance oder als Gefahr empfunden werden mögen. Gleichwohl zeigte der Verlauf des Gesprächs, dass eine konsequente Trennung der IT-Technik mit ihrer Vielzahl von Anwendungsmöglichkeiten von den virtuell bestimmten Aspekten offenbar nur schwer einzuhalten ist.

Das Gespräch zielte darauf ab, in einem Brainstorming bearbeitungswürdige Themenfelder und erste Einzelaspekte im Sinne eines Forschungsbedarfs zusammenzutragen. Dabei handelte es sich um folgende Themenfelder: e-Government, e-Unternehmen, e-Shopping, e-Life (sozio-kulturelle Dimensionen von Wertewandel und von Lebensweisen insbesondere hochqualifizierter Beschäftigter) und IT in Planungsprozessen.

Das Präsidium hat auf der Grundlage dieses Expertengesprächs beschlossen, im November 2004 ein Kolloquium durchzuführen, bei dem die Teilnehmer des Gesprächs und weitere Mitwirkende ihre Überlegungen und Arbeitsergebnisse einer breiten Fachöffentlichkeit vorstellen können.

*Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 84 - 28
e-mail: Lange@ARL-net.de*

Fachgespräch „Welchen Theoriebedarf hat die Raumplanung?“

Die Grundsatzkommission der ARL hat sich in einer Debatte zum künftigen Forschungsbedarf Ende 2003 mit Fragen der Raumplanungstheorie beschäftigt. Unter den Mitgliedern herrschte Einigkeit, dass sich die ARL näher mit dieser Thematik befassen sollte. Daraufhin hat das Präsidium beschlossen, den fachlichen Handlungsbedarf im Rahmen eines thematisch explorativen, das Themenfeld strukturierenden Expertengesprächs klären zu lassen. Dieses fand, moderiert von Prof. Dr. Christina von Haaren, Universität Hannover, am 6. Mai 2004 im Sekretariat der ARL statt.

Suche nach dem Gegenstand der Diskussion

Eine Planungstheorie sollte, so wurde eingangs postuliert, differenzieren zwischen „Theorien der Planung“, die sich mit Planerverhalten, Planungsbegründung, Planungsprozessen befassen, und „Theorien in der Planung“, die sich auf das Objekt der Planung beziehen. Ferner sollte das Theoriegebäude bestimmt werden durch den Satz von Elementen, welche die Theorie inhaltlich begründen, und die Theorie-Inputs, die sich auf die „Ausprägung“ der Elemente beziehen.

Ein anderer Zugang zur Beschäftigung mit Planung bietet sich aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht an. Danach ist Planung Folge einer „Zweckmäßigkeitentscheidung“ zur Bearbeitung konkreter gesellschaftlicher Probleme (Was kann Planung dazu beitragen?) und muss Fragen einbeziehen wie etwa: Wer macht es? (Aufgabenverteilung zwischen staatlicher und privater Sphäre, zwischen den föderalen Ebenen) In welchem Handlungssystem? (Wettbewerb der Steuerungssysteme im internationalen Maßstab).

Ein die weitere Diskussion strukturierender Vorschlag für „Leitfragen“ zur Planungstheorie unterschied zwischen

- (1) Planung als Handlungstypus,
- (2) Begründung der Planung als öffentliche Aufgabe und
- (3) Gegenstand der Planung (Theorien zur Erklärung der Prozesse und Strukturen der Raumentwicklung).

Dabei sei eine strikte Trennung zwischen Theorie und Methode nicht praktikabel, weil der Wechsel der Methoden der Planung eng verbunden sei mit veränderten Erklärungen und Wahrnehmungen der Wirklichkeit.

Theorie-Diskussion

Die weitere Diskussion folgte der skizzierten Dreigliederung, der Problemfelder und Fragen gleichsam im Brainstorming zugeordnet wurden:

- (1) Planung als Handlungstyp (Auswahl)
 - Wie wird mit Theorien in der Praxis umgegangen? Welche Theorien werden wahrgenommen und in der Praxis

berücksichtigt? Welche Theorien „basteln“ sich Praktiker selbst?

- Welchen Problemlösungsanspruch kann man der Planung zuordnen? Warum funktioniert das „Gottvater-Modell“ nicht und welche Alternativen gibt es dazu?
- Verschiedene Planungsmodelle sollten nebeneinander diskutiert werden, z.B. zielrationale Planung, inkrementalistische Planung, perspektivischer Inkrementalismus. Wie erklärt man Veränderungen in der Verwendung dieser Modelle?
- Welche Rationalitätsbegriffe werden in der Planung verwendet? (etwa demokratische Rationalität, technische Rationalität, ökonomische Rationalität)
- Mit welchem Paradigmenwechsel hat man es in der Planung zu tun?
- Abgrenzung der Steuerung durch Planung von anderen Formen der Steuerung.

(2) Planung als öffentliche Aufgabe (Auswahl)

- Wie werden Probleme zu „Problemen“? Wann und wie greift der Staat Probleme auf und definiert dazu Handlungsziele?
- Begründungen für Planung als öffentliche Aufgabe aus fünf verschiedenen Perspektiven („Gravitationskraft“ vorhandener Institutionen, Effizienzaspekte [z.B. bei Ordnungsfunktionen], Ausräumung von Zielkonflikten unter Gemeinwohlaspekten, Einfangen unbeabsichtigter Nebenwirkungen und normative Begründungen [z.B. als „Marktversagen“]).

Dazu sollten von Vertretern/innen jeweils der marktlichen und staatlichen Steuerung Argumente und Gegenargumente zusammengetragen werden.

- Planerische Eingriffe rechtfertigten sich eigentlich nur aus nicht gewünschten Entwicklungen in Räumen.
- Internationale Vergleiche der „governance“ könnten hilfreiche Erklärungen bieten.

(3) Theorien zur Erklärung räumlicher Prozesse und Strukturen

Es herrschte Einigkeit unter den Diskutanten/innen, dass sich der „Theoriebegriff“ im engeren Sinne (Erklärungswissen) nur für die Erklärung räumlicher Prozesse und Strukturen eigne. Im Hinblick auf Planung als Handlungstyp könne Theorie wenig „erklären“, wohl aber beschreiben. Hier werde vieles normativ gesetzt. Von grundlegender Bedeutung seien großräumige Verlagerungen und Gewichtsverschiebungen wie etwa das Süd-Nord- oder Ost-West-Gefälle in Deutschland (zugleich zentral für die Begründung räumlicher Planung und Politik als öffentliche Aufgabe).

Für den Bereich „Erklärung der räumlichen Prozesse und Strukturen“ wurde vorgeschlagen, durch Zusammenstellung bisheriger Theorie-Surveys einen ersten Bestandsüberblick in Form einer Buchveröffentlichung zu schaffen und diesen dann in der weiteren Diskussion auf Lücken bzw. Ergänzungsbedarfe zu prüfen.

Leitfragen

Im Verlauf der weiteren Diskussion wurde Einigung über vier Leitfragen erzielt:

(1) „Was ist (Raum-)Planung und warum ist sie notwendig?“:

Dazu gehöre die Erklärung der Leitbilder und Planer-Rollen, die Abgrenzung der Planung von anderen Steuerungsformen sowie die Begründung der Planung und ihrer unterschiedlichen Planungs-Modelle. Wichtig seien in diesem Zusammenhang eine historische Analyse und der internationale Vergleich.

(2) „Wie erklären sich Prozesse und Strukturen der Raumentwicklung?“

Hier wurde auf die bereits genannte Anregung verwiesen, das vorhandene Wissen zunächst über Surveys darzustellen und im Hinblick auf Lücken bzw. Ergänzungen zu diskutieren.

(3) „Welche der so definierten Theorien werden von Planungspraktikern wahrgenommen und genutzt, und warum gibt es diese Differenz?“

Diese Frage könnte gleichzeitig auch als „Suchstrategie“ genutzt werden, um Theoriebedarf aus Sicht der Planungspraxis zu definieren.

(4) „Sichtung der Theorie planerischen Handelns“:

Welche Elemente enthält eine „Theorie der Planung“? Wie werden die Ausprägungen der Elemente theoretisch gedeutet und erklärt?

Konsequenzen für die weitere Tätigkeit der ARL

Es wurde eine breite Palette von Bearbeitungsmöglichkeiten geprüft. Die Vorschläge reichten von typischen ARL-Forschungsgremien (z.B. Arbeitskreise) bis hin zu dem Vorschlag, dass eine Gruppe von Raumwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern bei der DFG einen Antrag zur Förderung eines größeren Forschungsvorhabens stellt. Dieser könne durch den Hinweis auf den in der ARL laufenden planungstheoretischen Diskurs möglicherweise bessere Erfolgsaussichten haben. Zunächst soll allerdings ein weiterer Workshop zur Konkretisierung und Strukturierung der Thematik „Raumplanungstheorie“ durchgeführt werden.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
e-mail: Toennies@ARL-net.de

Präsentation des Deutsch-Niederländischen Handbuchs der Planungsbegriffe

Im Zeitalter von Information und Kommunikation und durch die europäische Integration nimmt die Bedeutung von Grenzen auf allen räumlichen Ebenen ab. Ein erfolgreicher Verlauf der Integrations- und Kooperationsprozesse setzt jedoch ein vertieftes gegenseitiges Verständnis der politisch-administrativen, rechtlichen, soziokulturellen und ökonomi-

schen Verhältnisse des jeweiligen Partnerlandes voraus. Dies gilt vor allem für die Tätigkeit der Raumplanung und Raumentwicklungspolitik, die in den einzelnen Staaten nicht nur in rechtlicher, organisatorischer und terminologischer Hinsicht, sondern auch von den planungsphilosophischen Grundlagen her sehr unterschiedlich ausgestaltet ist.

Trotz einer langen Tradition grenzübergreifender Planung und Kooperation im niederländisch-deutschen Grenzraum besteht auch hier – wie offenbar in allen Grenzregionen Europas – nach wie vor ein großes Bedürfnis nach validen Informationen über planerische Sachverhalte und Begriffe. Dies zeigen zahlreiche Erfahrungen und Meinungsäußerungen von Vertreterinnen und Vertretern der räumlichen Politik, Planung und Verwaltung, der Deutsch-Niederländischen Raumordnungskommission, aus den Grenzregionen sowie aus Forschung und Lehre in den planungsrelevanten Fachbereichen in Deutschland und den Niederlanden. Die Gründe für Kommunikations- und dadurch bedingte Kooperationsprobleme liegen dabei häufig im rein begrifflichen bzw. planungsterminologischen Bereich.

Nach wie vor gibt es Probleme bei der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden und Deutschland; sie ergeben sich nicht zuletzt aus der Vielzahl unterschiedlicher Verwaltungssysteme, fachpolitischer Zuständigkeiten, Planungsebenen und Planungsinstrumente. Vor der Durchführung neuer Vorhaben der Planung muss zunächst immer wieder mit großem Arbeitsaufwand und mit entsprechender Zeitverzögerung geklärt werden, wie die Zuständigkeiten aufgeteilt sind, wer welche Kompetenzen hat, und nicht zuletzt, welche Inhalte und welche Bedeutung bestimmte Fachbegriffe haben.

Daher hatten die ARL und der Rijksplanologische Dienst der Niederlande (RPD; seit 2002 Directoraat-Generaal Ruimte, DGR) beschlossen, gemeinsam ein Handbuch mit Erläuterungen der wichtigsten in den beiden Ländern gebräuchlichen Planungsbegriffe herauszugeben. Die Erarbeitung lag in den Händen eines Projektteams, dem neben Vertreterinnen und Vertretern des RPD/DGR und des Sekretariats der ARL vor allem Wissenschaftler der Universitäten Nijmegen und Dortmund angehörten. Das Handbuch ist als Einführungswerk konzipiert, das einen ersten, fachlich fundierten Überblick über die Grundstrukturen des niederländischen und deutschen Planungssystems und insbesondere die zentralen Planungsbegriffe vermitteln soll.

Das Deutsch-Niederländische Handbuch der Planungsbegriffe wurde im Rahmen eines Fachgesprächs zum Thema „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Niederlanden“ präsentiert. Die Veranstaltung, zu der DGR und ARL eingeladen hatten, fand am 20. Februar 2004 im Sitzungssaal der EUREGIO in Enschede/Gronau statt. Neben dem Handbuch wurden Referate zu den Chancen und Problemen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im niederländisch-deutschen Grenzraum vorgetragen. In der von Dr. Gerd Tönnies, Hannover, moderierten Gesprächsrunde konnten auch neue Forschungsergebnisse von DGR und ARL präsentiert werden. Die Statements und Diskussionen bezogen sich auf folgende Gesichtspunkte:

- Europäische Handbücher der Planungsbegriffe: Instrumente der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Generalsekretär der ARL, Hannover

- Struktur und Inhalt der Handbücher

Prof. Dr.-Ing. Gerd Turowski, Universität Dortmund

- Kannitverstan

Drs. Rob Kragt, DGR, Den Haag

- Belang van grensoverschrijdende samenwerking

Drs. Ing. Peter Torbijn, DGR, Den Haag

- Raumstrukturelle Entwicklungen in den deutsch-niederländischen Grenzregionen und Folgerungen für die Zukunft

Prof. Dr. Rainer Danielczyk, ILS NRW, Dortmund

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
e-mail: Toennies@ARL-net.de

10. Thüringer Regionalplanertagung

in Arnstadt

Am 22. und 23. April 2004 wurde in Arnstadt die 10. Regionalplanertagung für Thüringen mit dem Thema „Demographische Wandlungen – Planerische Handlungen – Regionalplanung zwischen Anpassungs- und Entwicklungsstrategien“ durchgeführt. Gemeinsame Veranstalter dieser Tagung waren das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, das Thüringer Innenministerium, die Akademie für Raumforschung und Landesplanung und die Regionale Planungsgemeinschaft Mittelthüringen, deren Präsident, Landrat Dr. Lutz-Rainer Senglaub, über 250 Teilnehmer aus Praxis und Wissenschaft begrüßen konnte.

Konsequenzen der Schrumpfung für die räumliche Planung

Den Hauptvortrag und die Einführung in die Tagung hielt Prof. Dr. Rainer Winkel, TU Dresden, zum Thema „Demographische Veränderungen – Folgerungen für die Regionalplanung“. Er ging auf die Anforderungen an die Instrumente und Verfahren der räumlichen Planung ein, die sich sowohl aus der Bevölkerungsreduktion als auch der zunehmenden Alterung ergeben. Dabei zeigte er auf, dass die klassischen Instrumente der Raumordnung von den Zentralen Orten bis hin zum Raumordnungsverfahren durchaus geeignet bleiben, wenn man sie an die Anforderungen der schrumpfenden Regionen entsprechend anpasst. Darüber hinaus legte er dar, dass die in den letzten Jahren diskutierten neuen, informellen Instrumente wie regionale Entwicklungskonzepte, Regionalmanagement bis hin zur Moderation besonders gut geeignet sind, diesen geänderten Anforderungen gerecht zu werden. Ein besonderer Stellenwert unter diesen neuen Instrumenten komme der kommunalen Kooperation zu, die gerade bei rückläufigen Bevölkerungszahlen noch ein ausreichendes Potenzial für die Aufrechterhaltung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge gewährleisten könne.

MORO – Modellvorhaben der Raumordnung

Nach dem eher wissenschaftlich ausgerichteten Vortrag wurden in einem zweiten Themenblock konkrete Anpassungsstrategien für Regionen vorgestellt, die im Aktionsprogramm Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) mit dem Themenschwerpunkt „Infrastrukturelle Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den ostdeutschen Bundesländern“ entwickelt worden sind. Martina Koks, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn, das dieses Vorhaben begleitet hat, und Bärbel Winkler-Kühlken, Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik in Berlin, berichteten über die Ergebnisse dieses Projektes. Beide Vorträge gaben einen Überblick über die generellen Handlungsfelder der notwendigen Infrastrukturanpassung sowie die in den Modellregionen bearbeiteten Schwerpunkte. Aus den Erfahrungen und Ergebnissen dieser Projekte könnten Handlungsempfehlungen für den weiteren Prozess der Anpassung an den demographischen Wandel abgeleitet werden.

Thematische Exkursionen und Focusgruppen

Das Thema der Veranstaltung wurde durch vier unterschiedliche Focusgruppen mit dazugehörigen Exkursionen aufgearbeitet. Es fanden folgende Focusgruppen statt:

Focusgruppe 1: Was kann ein Grundzentrum leisten?

Exkursion in den Ort Gräfenroda

Leitung: Prof. Dr. Peter Sedlacek, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Zentrale inhaltliche Fragestellungen: Wo liegen die Grenzen der Tragfähigkeit? Was kann Regionalplanung dazu beitragen? Welche Alternativen bieten sich an?

Focusgruppe 2: Welche Zukunft hat der ÖPNV?

Exkursion mit Bus und Bahn zum Rennsteig

Leitung: Matthias Reichmuth, Institut für Energetik und Umwelt, Leipzig



Dampflok der Rennsteigbahn

Zentrale inhaltliche Fragestellungen: Wie kann Mobilität in der Fläche zukünftig gewährleistet werden? Welche Rolle soll dabei Regionalplanung spielen? Welche Alternativen gibt es?

Focusgruppe 3: Gibt es noch Bedarf an Wohnbauflächen?

Exkursion zu städtischen und dörflichen Wohngebieten

Leitung: Prof. Dr. Max Welch Guerra, Bauhaus Universität Weimar

Zentrale inhaltliche Fragestellungen: Wie kann/muss Wohnflächenentwicklung regional abgestimmt bzw. gesteuert werden? Wie kann die Siedlungsstruktur erhalten werden?

Focusgruppe 4: Wo bleiben die Schüler?

Exkursion zu Schulstandorten im Ilmkreis

Leitung: Dr. Hermann Budde, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Erfurt

Zentrale inhaltliche Fragestellungen: Wie kann/muss das Schulnetz zukünftig aussehen? Welchen Beitrag kann Regionalplanung dazu leisten? Gibt es alternative Schulkonzepte?

Die jeweiligen Inhalte der Focusgruppen wurden durch konkrete Beispiele vor Ort mit erläuternden Statements von Fachleuten sowie durch eine anschließende Diskussionsveranstaltung mit mehreren Impulsreferaten vertieft.

Leeres Land – Sterben die Deutschen aus?

Mit einem Film von Günther Ederer zur Situation der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und in Frankreich und Japan wurde der zweite Tag der Veranstaltung begonnen. Dem schlossen sich die Berichte aus den Arbeitsgruppen an, bei denen deutlich wurde, dass der demographische Wandel erhebliche Veränderungen des planerischen Umgangs mit den entstehenden Problemen der Infrastruktur und des Siedlungssystems auf allen Ebenen erfordert. Dabei müssen die Planer mehr Kreativität und Phantasie entwickeln und sich auch auf Experimente einlassen, um diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Demographische Veränderungen in Thüringen

Der Innenminister des Freistaates Thüringen, Andreas Trautvetter, Erfurt, referierte über die politischen Konsequenzen der Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung in Thüringen. Er stellte heraus, dass dieses Thema inzwischen für die Politik gerade in den Ländern Ostdeutschlands bereits zu einem zentralen Schwerpunkt geworden ist. Im neu entstehenden Landesentwicklungsprogramm wurden diese demographischen Entwicklungen bereits aufgegriffen

und z.B. die Konsequenzen für ein tragfähiges Netz der Zentralen Orte dargestellt. Nach Verabschiedung dieses LEP noch in diesem Jahr gelte es, die Regionalpläne dieser neuen Situation anzupassen. Trautvetter betonte zudem, dass der damit erforderliche

Umbau von Siedlungsstrukturen und Infrastruktureinrichtungen nicht nur Risiken, sondern auch durchaus Chancen mit sich bringe. Insbesondere müssen die für Thüringen prägenden Klein- und Mittelstädte stabilisiert und in ihrer Attraktivität verbessert werden.

ARL-Forschungsschwerpunkt „Demographischer Wandel“

Der ARL-Präsident Prof. Dr. Dr. h. c. Horst Zimmermann erläuterte den Schwerpunkt der ARL-Verbundforschung „Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels“. Der Schwerpunkt zeichne sich vor allem dadurch aus, dass neben einem zentral arbeitenden Arbeitskreis der ARL in den Landesarbeitsgemeinschaften weitere Arbeitsgruppen zu diesem Thema installiert worden sind, um die regional spezifischen Besonderheiten dieses Themas zu erfassen. So sei z.B. die Situation in Ostdeutschland, mit den dortigen gravierenden Bevölkerungsverlusten durch Abwanderung und geringere Geburtenraten innerhalb kürzester Zeit, eine ganz andere als in den Regionen Westdeutschlands, wo die Entwicklungen sich eher schleichend vollziehen. Die ARL werde in diesem Themenfeld auch in Zukunft weiterarbeiten, was er anhand einer Liste offen gebliebener Forschungsfragen deutlich machte.

Neue Wege der Raumordnung

Für das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin, referierte der Leiter der Unterabteilung Raumentwicklung und Strukturpolitik, Ministerialdirigent Manfred Sinz, zu den Konsequenzen des demographischen Wandels aus der Sicht des Bundes. Dabei konzentrierte er sich besonders auf das vom Bundesministerium genutzte Instrument von Modellvorhaben für die Raumordnung, mit denen über Wettbewerbe zukunftsfähige Lösungen für die Entwicklungsprobleme von gefährdeten Räumen dargestellt und gefördert würden. Die in diesen Wettbewerben ausgezeichneten Vorhaben seien beispielgebend auch für andere Regionen, die sich diesen demographischen Problemen gegenüber sähen.

Sinz plädierte überdies für eine neue Ausrichtung der Planungstätigkeit in Richtung auf die seit einiger Zeit diskutierten informellen Instrumente der Raumplanung und für eine bessere Koordination der raumwirksamen Politiken.

Landrat Dr. Senglaub bedankte sich in seinen Schlussworten bei den vielen Aktiven, die zum Gelingen dieser Tagung beigetragen hatten, und bei allen Teilnehmern.

Hans Pohle, Tel.: (+49-511) 3 48 42 - 44
e-mail: Pohle@ARL-net.de



v.l.: Horst Zimmermann, Andreas Trautvetter, Lutz-Rainer Senglaub, Manfred Sinz

Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP)

Planerforum 2004 der Landesarbeitsgemeinschaft Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland

Am 31. März 2004 fand im Festsaal der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz unter der Leitung von Theophil Weick, Neustadt a. d. Weinstraße, das Planerforum 2004 der Landesarbeitsgemeinschaft Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland zum Thema „Neue Steuerungsansätze in Programmen und Plänen der Raumordnung im Kontext aktueller Entwicklungen – am Beispiel der Fortschreibung des LEP“ statt. Die Tagesordnung sah folgende Referate mit anschließender Diskussion vor:

- „Zum künftigen Steuerungspotenzial räumlicher Planung: Kooperationsräume und Kooperationsgebot als neue Steuerungsansätze“ (Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Dortmund)
- „Die Zentrale-Orte-Ansätze im Kommunalfinanzausgleich – Lassen sie sich zum Kooperationsansatz umbauen?“ (Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, Trier)
- „Europäische Metropolregionen – Paradigmenwechsel zu Lasten ländlicher Räume?“ (Prof. Dr. Hans-Heinrich Blotevogel, Duisburg)

Weick wies in seiner Begrüßung auf inhaltliche und thematische Zyklen hin, denen sich die Planung ausgesetzt sieht. MinDgt. Dr. Wolfgang Rüdiger, Mainz, begrüßte die Teilnehmer stellvertretend für Minister Walter Zuber und gab eine Einführung in die Thematik. Dabei griff er den Faden von Weick auf, indem er hervorhob, dass die demographische Entwicklung ein immer wieder die Planung beschäftigendes Thema sei. Ohne Zweifel müssten die Abnahme der Bevölkerungszahlen und die Strukturänderung in der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz als eine Herausforderung angenommen werden, da stets in der Gegenwart Weichenstellungen für die nahe Zukunft getroffen werden.

Am Beispiel der militärischen Einrichtungen des Landes Rheinland-Pfalz zeigte Rüdiger die Dringlichkeit der Aufgabe und betonte dabei, dass Bevölkerungsentwicklung nicht allein eine Frage der natürlichen Entwicklung sei, sondern von äußeren Rahmenbedingungen bestimmt werde, die nicht einfach zu steuernden Mechanismen folgen. Noch sei die Aufgabe der Flächensteuerung bei der bisherigen Konversion militärischer Anlagen nicht ganz gelöst und schon zeichneten sich bereits neue Entwicklungen ab. Die USA planen, 24 % der Air Force und 29 % der übrigen Truppen weltweit abzubauen. Dabei sei nicht klar, was das für die vier Standorte in Rheinland-Pfalz bedeute, in welchem Umfang das Land davon betroffen werde.

Als schwierige Aufgabe stelle sich der Schrumpfungsvorgang allgemein dar, da der über längere Zeiträume erhaltene Wohlstand in Zukunft im bisherigen Ausmaß nicht mehr gehalten werden könne und der Gesellschaft Verzicht und Einschränkungen abverlangt werden müssten. Für Teilräume

werde die Entwicklung als „positive Stagnation“ gesehen. Doch offen bleibe, ob dies auch für die ländlichen Räume gelten kann.

Zwingend notwendig sei das steuernde Eingreifen einer am Gemeinwohl orientierten Politik. Dem müsse eine Analyse vorausgehen. Sie werde für die realistische Einschätzung der Situation bedeutsam. Dabei müssten auch die planerischen Instrumente durchdacht, in einen neuen Kontext gestellt und gegebenenfalls auch erneuert werden. Ein neues Zentrale-Orte-Konzept könnte dabei eine wichtige Funktion erfüllen.

Im neuen LEP II sollen Perspektiven für die gesellschaftliche Zukunft aufgezeigt werden. Hierzu seien Initiativen ergriffen worden wie z.B. die Zukunft Initiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) und Studien zu kommunalen und regionalen Fragen der Bevölkerungsentwicklung. Stichworte hierzu seien: Eigenverantwortlichkeit, Kooperationsansätze, akzentuierte Förderpolitik, Schwerpunkte mit Entwicklungsimpulsen, Zielvereinbarungen mit Städten und Gemeinden sowie Regionen, öffentlich-private Partnerschaften, Anstöße durch positive Beispiele und Überzeugungen, Wettbewerbe, die durch die neue Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz durchgeführt werden sollen und schließlich die Unterstützung neuer Kooperationsräume als Steuerungsansätze für die Planung.

Danielzyk widmete sich in seinen Ausführungen zwei Schwerpunkten, zum einen den allgemeinen Aspekten von Kooperation und zum anderen den Ergebnissen eines gemeinsamen



Plenum

Forschungsauftrages von IfL, IÖR, TU Dresden, TU Chemnitz und Uni Leipzig über die Städtekooperation von Chemnitz, Dresden und Leipzig. Es ging ihm dabei um die Zusammenhänge zwischen Deregulierung und Raumplanung, Raumplanung und Steuerung im Kontext von Governance und Stadtregionen als Kooperationsräume in Sachsen.

Junkernheinrich erläuterte das komplexe System des Finanzausgleichs in Bezug auf Funktionen und Instrumente des kommunalen Finanzausgleichs. Er sieht drei Typen von Kooperationsformen, die unterschiedlichen Mechanismen folgen müssten:

- Typ A mit interkommunaler Kooperation zwischen mehreren Zentren unterschiedlicher Ordnung
- Typ B mit interkommunaler Kooperation zwischen Zentren gleicher Ordnung

- Typ C mit interkommunaler Kooperation im Verflechtungsraum mit überregionaler Ausstrahlung

Je nach Typ und Fall liege eine unterschiedliche Problematik vor, die jeweils einen anderen Umgang mit Finanzausgleichsmassen erfordere. Hierzu müssten gesetzlich mehr Freiräume geöffnet werden.

Blotevogel machte deutlich, wie sehr sich das Städtesystem durch die politisch-ökonomische Entwicklung verändert hat. Stichworte hierzu seien: Wiedervereinigung, europäische Integration, Strukturwandel der Wirtschaft, Bedeutungsverlust der Nationalstaaten, Vorrang wirtschaftspolitischer Zielsetzungen, Globalisierung, Transformation und Netzwerk-Räume. Die gegenwärtige Entwicklung stärke Knoten als Dienstleistungszentren und befördere Orte, die die Bedingungen für sog. Metropolregionen erfüllen oder schaffen. Der ländliche Raum müsse mit diesen Kernregionen leben lernen. Die Politik folge den ökonomischen Bedingungen und postuliere eine Art Vorrang unter dem Aspekt: Ist der Kern, sind die Kerne gesund, profitiert auch der übrige Raum davon.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22
e-mail: Wille@ARL-net.de

Regionalplanertagung Baden-Württemberg 2004

Die 16. Regionalplanertagung Baden-Württemberg fand vom 31. März bis 2. April 2004 traditionsgemäß in Überlingen statt. Das Generalthema lautete „Landesplanungsgesetz und Landesentwicklungsplan 2002 – Aufgaben und Chancen für die Regionen“ und sollte neue Impulse für die Landes- und Regionalplanung vermitteln.

Auch diese Tagung war wieder eine gemeinsame Veranstaltung der Abteilung Strukturpolitik und Landesentwicklung im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, der Regionalplanungsverbände und der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Grußworte sprachen Ministerialdirigent Thomas Langheinrich, Wirtschaftsministerium Stuttgart, Viktor Grasselli, Vorsitzender der AG der Regionalverbände und des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben, Ravensburg, sowie Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Präsident der ARL, Marburg. Grasselli betonte, dass die Regionalverbandsstruktur bei der augenblicklichen Verwaltungsreform weitgehend außen vor bleibe, sie sich aber sehr wohl im Rahmen der Verlagerung von Fachaufgaben auf die Ebene der Regierungspräsidien als kommunal verfasste Einrichtung neu beweisen müsse.



v.l.: Viktor Grasselli, Horst Zimmermann

Finanzsituation und Raumplanung

In seinem Vortrag „Die Bedeutung der kommunalen Finanzknappheit für die Raumplanung“ spielten bei Zimmermann insbesondere drei Punkte eine Rolle:

- Kommunale Finanzknappheit

- Die raumplanerische Bedeutung der jetzigen Finanzsituation
- Raumplanerische Bedeutung ausgewählter Reformvorschläge

Ausgehend von dem Einnahmen- und Ausgabenverhältnis stellte Zimmermann heraus, dass neu zuwachsende Aufgaben den Gemeindehaushalt mehr als bisher belasten. Dies treffe vor allem auf laufende Kosten zu, wie Sozialhilfe und Kindergartenplätze. In den aktuellen Forderungen ohne zusätzliche Mittel werde von Seiten des Bundes die „Konnexität“ verletzt. Einen Knappheitsfaktor für freie Finanzen stelle der Mitteltransfer von West nach Ost auf Bundesebene dar. Eine Besserung sei kurzfristig nicht zu erwarten.

Anders müsse die Situation im Stadt-Umland-Verhältnis gesehen werden, da hier Handlungsmöglichkeiten gegeben seien, etwa in Lösungsansätzen, wie sie in der Region Hannover oder der Verbandsregion Stuttgart entwickelt wurden. Zu bemängeln sei, dass Regionen oder Kommunen keine eigenen Steuerhebesätze festlegen können.

Nachhaltigkeit in der Raumplanung

Prof. Dr. Harald Spehl, Trier, befasste sich mit der Umsetzung von Nachhaltigkeit in die räumliche Planung. Er stellte die zwischenzeitliche Entwertung des Begriffs Nachhaltigkeit heraus und ging auf die Genese des Nachhaltigkeitsansatzes ein (Brundtlandbericht 1988, Rio 1992, Johannesburg 2002 und Kyoto). Seine Ausführungen schlossen die Erwartung ein, dass die regionalplanerische Ebene, da sie konkret genug arbeite, die Nachhaltigkeit umsetzen könne. Wenn man sie wolle und lasse, könnte die Regionalplanung die Rolle des Katalysators übernehmen. Dazu benötige sie allerdings Unterstützung.

Nach dem ROG gebe es einen Nachhaltigkeitsauftrag. Die bisherigen Ansätze in Plänen und Programmen zeigen nach Spehls Auffassung ein zu halbherziges Eingehen auf diesen wichtigen Aspekt. Aus der Vielzahl der Veröffentlichungen zur Nachhaltigkeit ging er insbesondere auf vier Studien ein, in denen er Hilfestellungen für die Planung sehe, wie z.B. „The Thematic Evaluation on the Contribution of the Structural Funds to Sustainable development, Final Report to the European Commission“ (DG REGIO, Dezember 2002). Als besonders wichtig stellte er heraus, dass es einer Reihe von relevanten Indikatoren bedürfe, die als „Fieberthermometer“ für die Notwendigkeit von Nachhaltigkeit oder auch als Erfolgskontrolle zu nutzen sind. Doch auch hier sieht er eine große Zurückhaltung und vermutet, dass eine Evaluierung der Situation gar nicht gewollt sei.

Abschließend plädierte Spehl dafür, dass die Regionalplanung die Addition der Fachplanungen überwindet und Anwalt der nachhaltigen (Regional-)Entwicklung wird, interregionale und intergenerative Aspekte mit einbezieht, Regionalpläne und regionale Entwicklungskonzepte koordiniert, Operationalisierung durch Indikationen verwirklicht, sich an

einem Rat für nachhaltige Entwicklung beteiligt oder diesen gar initiiert und regionale Governance praktiziert.

Thematische Vertiefungen

In fünf Arbeitsgruppen wurden folgende Teilaspekte vertiefend behandelt:

- Aufstellungserfordernisse für Regionalpläne
- Konsequenzen für Inhalt und Kartographie der Regionalpläne
- Verwirklichung der Regionalpläne sowie Mitwirkung bei regional bedeutsamen Angelegenheiten
- Aktuelle Planungserfordernisse für erneuerbare Energien und Hochwasserschutz
- Aktuelle Planungserfordernisse für Siedlungsentwicklung und großflächigen Einzelhandel

Der fachliche Teil der Tagung klang aus mit Ergebnisberichten aus den Arbeitsgruppen. Diese wurden ergänzt durch Informationen zu Modellvorhaben der Raumordnung (MORO): „Infrastruktur und demographischer Wandel“ (Dr. Ekkehard Hein, Heilbronn) und „Nachhaltiges Siedlungsflächenmanagement“ (Dr. Dirk Vallée, Stuttgart).

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22
e-mail: Wille@ARL-net.de

Deutsch-Österreichische Kooperation

Instrumente in einem beschleunigten Umfeld

Anlässlich eines deutsch-österreichischen Arbeitsgesprächs im Juli letzten Jahres sprachen sich die österreichischen Beteiligten wie auch die Vertreter der ARL für die Durchführung von zwei gemeinsamen Workshops im Herbst 2004 zum Thema „Instrumente in einem beschleunigten Umfeld“ aus. Mit den Veranstaltungen sollen die Bedeutung des Einflusses der Zeitdimension auf die Raumplanung bewusst gemacht und die Zeitwirkungen kommuniziert werden. Gemäß der Vorplanung aus dem vergangenen Jahr hat Anfang März 2004 ein kleines Vorbereitungsteam von deutscher Seite mit der weiteren Strukturierung des Kooperationsvorhabens begonnen. Zu diesem Zweck hatte Präsident Zimmermann Prof. Wegener (Dortmund), Prof. Henckel (Berlin) und den Ersten Regionsrat Kegel (Braunschweig) hinzugezogen.

Differenzierung zwischen Geschwindigkeit und Beschleunigung

Die Diskussion wurde dann durch vergleichsweise einfache Fragen entfacht: Was heißt beschleunigtes Umfeld? Ist das Umfeld der Raumplanung beschleunigt? Welche Prozesse fordern Be-/Entschleunigung von welchen Akteuren? Welche Anforderungen ergeben sich daraus für die Raumplanung? Empirisch begründete Antworten auf diese Fragen – insbesondere auf die zweitgenannte – stehen

bislang aus. Insofern stehe die Auseinandersetzung mit definitorischen Aspekten und die Überprüfung der den bisherigen Überlegungen zugrunde liegenden Annahmen an erster Stelle. Dafür müsse zwischen Geschwindigkeit und Beschleunigung differenziert und eine Definition beider Begriffe erarbeitet werden. In einem ersten Ansatz wurde Beschleunigung als Zunahme der Geschwindigkeit der Veränderung von Prozessen definiert. Erst wenn größere Klarheit über die verwendeten Begriffe und deren Zusammenhänge vorliegt, können Aufgaben oder Instrumente der Raumplanung angesprochen werden. Im Zuge der Diskussion ist mehrfach die Frage aufgeworfen worden, ob Beschleunigung als solche überhaupt ein zentrales Problem für die Raumplanung darstellt. Oder versucht dieser Begriff nicht vielmehr zu umschreiben, dass Gebietskörperschaften gegenüber Unternehmen eine schlechte, u. U. sich weiter verschlechternde Verhandlungsposition innehaben (unter Druck setzen durch Abwanderung, „erpressen“ von Genehmigungen)? Davon ist die räumliche Planung als Ordnungsplanung in besonderer Weise betroffen, insbesondere an den Schnittstellen zwischen Siedlungs- und Freiraumflächen. Eine daraus resultierende „Reaktionsplanung“ sei vor dem Hintergrund sich ausweitender Erfordernisse (z.B. durch SUP, Partizipation etc.) langfristig allerdings zum Scheitern verurteilt.

Steuerungspotenzial der Raumplanung

Insofern war in der Diskussion von der Gegenläufigkeit der Anforderungen an räumliche Planung die Rede: Flexibilität versus Beibehaltung und/oder Neuaufstellung von Regularien (z.B. EU-Richtlinien, Pendlerpauschale etc.), die von Akteuren der Raumplanung kaum beeinflusst werden können, die sich aber sehr wohl auf Raumstrukturen auswirken und vor allem die geforderte Flexibilität einschränken. In ähnlicher Weise stehen sich die gesellschaftlichen Zielsetzungen „Mehring des Wohlstands“ und „Sorge für das Gemeinwohl“ gegenüber. Die daraus erwachsenden Konflikte kommen dort zum Ausdruck, wo Planer Entscheidungsempfehlungen abwägen müssen.

Seitens der Raumplanung sind allerdings nur wenige Veränderungsprozesse direkt beeinflussbar. Es sind nicht die Makrotrends wie beispielsweise technischer Fortschritt oder der demographische Wandel; auch sind es weniger die Mobilitätsprozesse wie die Veränderung von Reiseweiten oder die Nutzung neuer Kommunikationstechnologien. Beeinflussbar ist hingegen die Standortwahl und dabei vornehmlich die drei Aspekte Wohnen, Versorgung, Infrastruktur. Darauf sollte die weitere Diskussion vor allem Bezug nehmen. Die Planungsebenen müssen dabei gedanklich voneinander unterschieden und der Umgang mit Einzelprojekten (z.B. Windenergie) als Besonderheit müsse berücksichtigt werden. Daraus ergibt sich des Weiteren die Frage, wie Planer mit den Wirkungen der Summe von Einzelprojekten umzugehen hätten.

Die für Mitte Oktober in Hannover und Ende November in Wien geplanten Workshops werden über diese und weitere Aspekte Aufschluss geben. Wir werden zu gegebener Zeit darüber berichten.

Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 29
e-mail: Gustedt@ARL-net.de

Ethik in der Raumplanung

Zugänge und Reflexionen

Martin Lendi, Karl-Hermann Hübler (Hrsg.)

*Forschungs- und Sitzungsberichte
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2004, Bd. 221, 297 S.
ISBN 3-88838-050-2*

„Was sollen wir tun?“ „Wer ist warum für was vor wem nach welchen Kriterien verantwortlich?“ Dies sind zentrale Fragen des ethischen Reflektierens.

Ethik ist die Suche nach Antworten auf Fragen nach dem „guten Leben“, moralischen Pflichten oder auch Folgenverantwortung. Sie reflektiert menschliche Handlungen hinsichtlich ihrer Motive, Inhalte, Mittel, Ziele und Folgen – sie reflektiert Handlungslegitimationen. Raumplanung handelt programmatisch und setzt sich mit der Zukunft und dem Raum auseinander. Die Notwendigkeit sich mit der Ethik zu befassen scheint offensichtlich, um nicht willkürlich, einseitig, zufällig oder beliebig zu planen oder ebensolche Entscheidungen zu fällen. Dennoch hat der ethische Diskurs, der seit einiger Zeit in Politik, Gesellschaft und vor allem auch in den Wissenschaften intensiv geführt, bisher – zumindest im deutschsprachigen Raum – nur spärlich Eingang in die Raumplanung gefunden.

Sich der komplexen Problematik Ethik in der Raumplanung zu nähern, Zugänge zu finden, das Themenfeld zu erkunden, ethische Problemstellungen in der Raumplanung zu debattieren und reflektieren, dies waren zugleich Ziele und Aufgaben des ARL-Arbeitskreises „Ethik in der Raumplanung“. Dabei konnte (und sollte) aufgrund der Komplexität des Themas weder ein „Handbuch“ noch eine spezifische Ethik in der Raumplanung entstehen. Vielmehr werden die Dimensionen und Perspektiven ethischer Sachverhalte in der Raumplanung aus Sicht von Personen aus unterschiedlichen Forschungs- und Erfahrungsbereichen (Hochschule – Praxis, Raumplanung – Ethik) ausgelotet. Grundsatzfragen der Ethik und deren Bedeutung für die Raumplanung werden aufgezeigt und ihre gegenseitigen Bezüge systematisiert. Der Umgang mit Wissen, Information und Wertungen in Planungsprozessen, das Prinzip Nachhaltigkeit, raumplanerische Leitbilder, die Geschichte der Raumplanungspolitik, nachhaltige Raumentwicklung, Raumplanungsrecht oder die Ausbildung der Raumplanerinnen und Raumplaner werden in ihren ethischen Implikationen reflektiert. Dabei wird deutlich, dass die derzeitigen und zukünftigen raumplanerischen Herausforderungen ethisch begründetes Reflektieren und Handeln erfordern, das über den Gesetzes- und Regelvollzug hinausgeht.

Die vorliegende Publikation will mit ihren Zugängen und Reflexionen Raumplanerinnen und Raumplaner in Forschung und Praxis sowie in Lehre und Ausbildung für die Berührungsfelder zwischen Raumplanung und Ethik sensibilisieren und Anstöße geben, sich verstärkt mit den moralischen Implikationen des eigenen Bereiches auseinander zu setzen. Denn Ethik ist keine spröde Angelegenheit, die sich darin

erschöpft Handlungsrezepte vorzugeben, sondern will vielmehr zur Freiheit, d.h. zur Selbstreflexion im Sinne einer Entscheidungs-, Urteils- und Bewertungs- sowie Handlungskompetenz, befähigen.

Inhalt

Martin Lendi Ein Vorwort als Einführung

I. Ethik im Umbruch der Moderne

Markus Vogt Aufgaben, Methoden und Maßstäbe der Ethik

Bernd Streich Information, Wissen, Planungsprozesse und Macht - Die Wissensgesellschaft als Herausforderung an die Planungsethik

Markus Vogt Das Prinzip der Nachhaltigkeit in ethischer Perspektive

Karl-Hermann Hübler Ethik und Raumplanung in Deutschland

II. Ethisch handeln als Auftrag

Petra Michel-Fabian Möglichkeiten ethischer Reflexion in der Raumplanung - ein Vorschlag zum systematischen Einstieg in den interdisziplinären Diskurs

Martin Lendi Rechtsethik als Grundlage für die Raumplanung

Gerlind Weber Nachhaltige Entwicklung als ethisch gebotene Herausforderung für die Raumplanung

Evelyn Gustedt Leitbilder und deren Bedeutung für eine ethisch begründete Raumplanung

Corinna Clemens Ethische Aspekte in der Ausbildung von Raumplanerinnen und Raumplanern

Martin Lendi Ethik und Raumplanung – ein Auftrag zum Innehalten, zum Besinnen, zur kritischen Distanznahme

Karl-Hermann Hübler Ansätze zur Weiterarbeit und Ausblicke – sieben Thesen

Kurzfassungen / Abstracts

Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels

Teil 2

Planung und Migration

Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen von sozialräumlicher Mobilität

Thorsten Wiechmann, Oliver Fuchs (Hrsg.)

*Arbeitsmaterial
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2004, Nr. 307, 196 S.
ISBN 3-88838-307-2*

Das Junge Forum der ARL besteht seit 1998 und befasst sich mit aktuellen Themen, die von einem Team ausgearbeitet und im Rahmen einer Tagung unter Beteiligung von interessiertem Nachwuchs aus Praxis und Wissenschaft behandelt werden. In der gegenwärtigen Situation stellen sich insbesondere Fragen zur strukturellen Veränderung im Bevölkerungsaufbau unter den Stichworten Ageing, Wanderungsströme und nach den Folgen für die räumliche Entwicklung.

Neben allgemeinen Einführungen von Experten werden auf die gestellten Fragen in drei Arbeitsgruppen Antworten gegeben: 1. Leitbilder und Zielvorstellungen für schrumpfende und wachsende Regionen, 2. Integration von Migrantinnen und Migranten im Zuwanderungsland Deutschland: Zukünftiger Handlungsbedarf aus der Sicht der Planung und 3. Planerischer Umgang mit Abwanderung und demographischer Schrumpfung. Der Forumsbericht fügt sich mit seiner Thematik in den derzeitigen Forschungsschwerpunkt der ARL „Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels“ ein.

Inhalt

*Oliver Fuchs,
Thorsten Wiechmann* Planung und Migration – Trends, Herausforderungen und offene Fragen – Einführung

Referate

Horst Zimmermann Ageing – Wanderung – Schrumpfung.
Ein Problemaufriss nach Siedlungsstrukturtypen

E.-Jürgen Flöthmann Planung und Migration – Auswirkungen der Migration auf regionaldemographische Entwicklungen und Planungen

Stefan Siedentop

Siedlungsstrukturelle Entwicklung unter Schrumpfungsbedingungen – Trendkontinua oder Trendbrüche?

Axel Priebes

Aktuelle Trends der Bevölkerungsentwicklung aus der planungspraktischen Sicht in der Region Hannover

Arbeitsgruppen

1 Leitbilder und Zielvorstellungen für schrumpfende und wachsende Regionen

*Oliver Fuchs,
Ingo Neumann*

Leitbilder und Zielvorstellungen für schrumpfende Regionen

*Christian Langhagen-
Rohrbach*

Leitbilder für Regionen mit räumlich differenzierten Entwicklungstendenzen – Das Beispiel des Leitbilds für den Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main

Nicole Schäfer

Regionale Netzstädte – Zukünftige Chance für die Regionalentwicklung?

Ingo Neumann

Der Leitbildprozess in der Europastadt Görlitz/Zgorzelec

*Thilo Lang,
Sascha Vogler*

Neue Leitbilder vor dem Hintergrund stadtregio- naler Schrumpfungsprozesse in Ostdeutschland?

2 Integration von Migrantinnen und Migranten im Zuwanderungsland Deutschland: Zukünftiger Handlungsbedarf aus der Sicht der Planung

Knut Henkel

Zuwanderung als Aufgabe räumlicher Planung?

*Andrea Janßen,
Ayça Polat*

Über Ressourcen und Restriktionen: Die Rolle des Stadtteils für die Integration von Migranten

Oliver Ibert

Soziale Innovationen als ‚bö- sartige Probleme‘. Lehren aus einem Modell- projekt zur Integration von Migrantinnen und Migranten

3 Planerischer Umgang mit Abwanderung und demographischer Schrumpfung

*Simone Strähle,
Katrin Wolter*

Planerischer Umgang mit Ab- wanderung und demographi- scher Schrumpfung

Markus Beier	Kooperative Entwicklungsansätze im Umgang mit Abwanderung und demographischer Schrumpfung
Susanne Dahm	Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg – Ostdeutschland als Laboratorium für den Umgang mit zunehmenden Disparitäten?
Kai-Uwe Margraf	Chancen für Nachhaltigkeit und Kulturlandschaftsentwicklung durch demographische Schrumpfung?
Antje Matern	Wachstum und Schrumpfung in US-amerikanischen Stadtregionen und planerischer Umgang mit sozialräumlichen Wanderungsprozessen – das Beispiel der Stadtregion Cleveland
Frank Schwartze	Abbau, Umbau, Aufbau – Perspektiven des städtebaulichen Planens in der schrumpfenden Stadt

Kurzfassungen / Abstracts

Anhang:

1. Programm des Jungen Forums in Hannover
2. Teilnehmerliste des Jungen Forums in Hannover
3. Das Junge Forum 2003 im Bild
4. Bisher erschienene Veröffentlichungen des Jungen Forums und zum Forschungsschwerpunkt „Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels“

Strategien für Großstadtregionen im 21. Jahrhundert

Empfehlungen für ein Handlungsfeld von nationaler Bedeutung

*Arbeitsmaterial
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2004, Nr. 309, 24 S.
ISBN 3-88838-309-9*

Großstadtregionen sind Zentren der Wirtschaftskraft, Standorte der Forschung und Entwicklung, Schwerpunkte des Wohnens und Brennpunkte des kulturellen und sozialen Wandels. Sie sind in Deutschland und Europa die Träger des ökonomischen Wachstums, der technologischen Innovation und der gesellschaftlichen Entwicklung.

Für eine neue Orientierung und Konzentration staatlicher und kommunaler Raumentwicklungspolitik müssen die Großstadtregionen eine maßgebende Rolle übernehmen. In den letzten Jahrzehnten konnten Großstadtregionen durch Wachstumsüberschüsse den regionalen und sogar länderübergreifenden Ausgleich unterstützen. Durch strukturell bedingte Wachstumsschwächen, demographische Veränderungen und die Krise der öffentlichen Finanzen hat sich die Situation jedoch grundlegend verändert.

Ein Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung und Landesplanung und die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung rufen mit dieser Schrift und den Thesen auf, die notwendigen Veränderungen zur institutionellen Neuordnung der Großstadtregionen einzuleiten und diese strategische Neuorientierung mit einer Reform der Finanzverfassung auf allen Ebenen zu verbinden.

Inhalt

Einführung

1. Staat und Gesellschaft im Umbruch – neue Rahmenbedingungen für Großstadtregionen
2. Zur Lage der Großstadtregionen
3. Strategien für Großstadtregionen
 - 3.1 Zur politischen Verfassung der Großstadtregionen
4. Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung
5. Strategien zur sozialen Entwicklung
6. Strategien zur räumlichen Entwicklung
7. Strategien zu den finanziellen und steuerlichen Grundlagen

Zusammenfassung / Summary

ARL-Präsident vertieft China-Kontakte

Vom 10. bis 13. 5. 2004 fand in Peking (mit Field Trip nach Shanghai) die Konferenz der UNESCO und des chinesischen Ministry of Land and Resources statt zum Thema „Land Use Planning and Policy. Sustainable Land Use Decisions in Economically Dynamic and Densely Populated Areas“. Zu den maßgeblichen Organisatoren gehörte der frühere ARL-Präsident OM Prof. Dr. Peter Treuner, Stuttgart. Die Tagung war international besetzt, mit Vortragenden aus fast allen Erdteilen. Zuhörer waren mehrere hundert chinesische Teilnehmer aus Planungswissenschaft und -praxis.

Der zweite Schwerpunkt war der Flächennutzungspolitik und -planung und ihrer Umsetzung gewidmet. Besonderes Gewicht wurde hierbei auf das erforderliche institutionelle Umfeld gelegt, und hier wurde insbesondere eine stärkere Partizipation der Öffentlichkeit erörtert, für China nicht selbstverständlich.

Der Präsident der ARL, Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Marburg, trug zur europäischen Perspektive vor. Er ging dabei von den Erfahrungen mit Ballungsraummodellen aus und von den Versuchen, durch Planung eine Ausuferung der Ballungen

zu vermeiden (containment). Als Beispiel für ein seines Erachtens immer noch relevantes Herangehen stellte er ein erweitertes Modell der „Regionalstadt“ von Hillebrecht vor.

Unerwarteterweise zeigte sich auf der Exkursion nach Shanghai, dass in dieser wohl dynamischsten Wirtschaftsregion Chinas und vielleicht ganz Asiens ein Planungsmodell

für die Gesamtregion umgesetzt wird, das bis auf die Kilometerradien genau dieser Grundidee entspricht. Es ließ sich auf diese Weise aber auch zeigen, dass insbesondere zwischen dem innersten und dem zweiten Autobahnring mit dem Fehlen größerer Freiflächen (die mehr wären als die üblichen Parks) die Nachhaltigkeit möglicherweise nicht gewährleistet ist.



Horst Zimmermann vor der Fahrt mit dem "Shanghai Maglev Train"

Dem Untertitel entsprechend standen Agglomerationen unter Entwicklungsdruck im Zentrum, während die weitaus größeren und bevölkerungsreichsten Ausschnitte Chinas – vor allem im Westen und in der Mitte – in diesem Fall eher als Gegenbild erschienen. Innerhalb dieser weit gefassten Agglomerationen ging es dann aber nicht nur um die städtebauliche Gestaltung, sondern auch um die eher kleinteiligen Flächen außerhalb, wie im SILUP-Projekt von Treuner, wo sehr unterschiedliche Flächenkategorien erfasst und datenmäßig zusammengeführt werden.

Der auf die Überblicksreferate folgende Arbeitsgruppenteil hatte zwei Schwerpunkte. Im ersten wurden die Wirkungen von Urbanisierung und Industrialisierung auf die Umwelt untersucht. Es ging vorrangig um integrierte Planung, die neben den Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem auch die ökologischen Effekte berücksichtigt.

Leitungsgespräch ARL / DKKV

Schon seit längerem bestehen seitens der ARL Kontakte zum Deutschen Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV). Das DKKV ist im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes tätig und von der Bundesregierung gegenüber der UN als deutsche Institution für Katastrophenvorsorge benannt. Es ist aus der internationalen Dekade zur Vorbeugung von Naturkatastrophen (IDNDR) in den 1990er Jahren hervorgegangen und von seinem Selbstverständnis her auf Katastrophen natürlichen Ursprungs orientiert (Näheres siehe unter www.dkkv.org). Zuletzt fand eine intensive Zusammenarbeit zwischen ARL und DKKV im Zuge der Konzeption und Vorbereitung der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2003 in Saarbrücken statt. Auch an der Durchführung dieses Kongresses haben sich Mitglieder des DKKV aktiv beteiligt.

Zum gegenseitigen Kennenlernen und um auszuloten, inwieweit die bisherige Zusammenarbeit noch weiter intensiviert werden kann, fand Ende Februar ein Treffen auf Leitungsebene zwischen DKKV und ARL statt. Teilnehmende auf Seiten des DKKV waren dessen Vorsitzende Bundesministerin

a.D. Dr. Irmgard Schwaetzer, Bonn, die Vorstandsmitglieder Prof. Dr. Friedemann Wenzel, Karlsruhe, und Dr. Karl-Heinz Rother, Mainz, sowie der Geschäftsführer Karl-Otto Zentel, Bonn. Teilnehmende auf Seiten der ARL waren der Präsident, Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich und der Wissenschaftliche Referent Burkhard Lange.

Es zeigte sich, dass ARL und DKKV nicht nur einige Gemeinsamkeiten bezüglich der Struktur und Arbeitsweise (z.B. im Hinblick auf die Durchführungen von Tagungen) aufweisen, sondern dass trotz mancher grundsätzlicher Unterschiede in den Arbeitsfeldern auch immer wieder punktuell wechselseitige Berührungen gegeben sind. Die bisherigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit waren für beide Seiten ein erheblicher Gewinn und stellen eine gute Ausgangsbasis für den weiteren Ausbau der gegenseitigen Beziehungen dar. So wird das DKKV das Arbeitsprogramm der ARL aus seiner Sicht prüfen und gegebenenfalls Vorschläge für konkrete Projekte erarbeiten. Die ARL knüpft an das Bisherige an und stellt neben ihren Erfahrungen die Kompetenzen ihres Netzwerkes für Vorhaben des DKKV zur Verfügung.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 28
e-mail: Lange@ARL-net.de



Die Delegation des DKKV in der ARL

v.l.: Karl-Otto Zentel, Irmgard Schwaetzer, Horst Zimmermann, Friedemann Wenzel, Karl-Heinz Rother

ARL-Präsident erhält hohe Auszeichnung

Der Bundespräsident hat dem Präsidenten der ARL, Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Marburg, das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Mit dieser hohen Auszeichnung werden Zimmermanns herausragende wissenschaftliche Leistungen und sein unermüdliches ehrenamtliches Engagement für den Umweltschutz, die Raumwissenschaft und die Finanzpolitik sichtbar anerkannt und öffentlich gewürdigt.

Besonders hervorgehoben wird, dass sich Zimmermann nicht nur in seinem Beruf als Universitäts-Professor und bedeutender Wissenschaftler in den verschiedensten Bereichen engagiert, sondern auch in verschiedenen wissenschaftlichen Beiräten der Bundesregierung ehrenamtlich eingesetzt habe. Mit seinem Wirken als Präsident, Vizepräsident und Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung habe er entscheidend und nachhaltig zur Förderung der Beziehungen Deutschlands zu seinen europäischen Nachbarn und zum Ansehen Deutschlands im Ausland beigetragen.



Kuratorium genehmigt Rechenschaftsbericht 2003

Das Kuratorium der ARL trat am 27. April in Fulda zu seiner ersten Sitzung im Jahr 2004 zusammen. Die Mitglieder nahmen zunächst den Bericht des Präsidenten über die Aktivitäten der Akademie seit der letzten Sitzung im November 2003 entgegen. Präsident Zimmermann ging dabei unter anderem auf die europabezogene Forschung der ARL ein. Die EAG-Strukturen werden schrittweise durch europäische Arbeitskreise ersetzt, mit denen europabezogene Themen interdisziplinär und zeitlich befristet bearbeitet werden. Die Vorbereitungen für einen ersten EAK zum Thema „Territoriale Kohäsion“ laufen bereits. Darüber hinaus schlug Zimmermann vor, das Modell der so genannten Regionalplanertagungen auch auf Veranstaltungen bei europäischen Vorhaben zu übertragen. Das Kuratorium befürwortete die Neustrukturierung und die Maßnahmen der ARL auf der europäischen Forschungs- und Beratungsebene. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sprach Zimmermann auch neue Initiativen an. So wurden bzw. werden einige Expertengespräche durchgeführt, um den Stellenwert potenzieller Themen für neu einzurichtende Arbeitskreise zu klären. Auch hier begrüßten die Kuratoriumsmitglieder die angestoßenen Vorhaben und gaben wichtige Impulse für die konkrete Ausgestaltung einzelner Projekte.

Zur Diskussion stand anschließend der Rechenschaftsbericht 2003, der in kompakter Form über ausgewählte wichtige Aktivitäten der ARL, die im Jahr 2003 abgeschlossen, begonnen oder bereits fest geplant worden sind, informiert. Das Kuratorium genehmigte den Bericht und entlastete auf dessen Grundlage das Präsidium für das Jahr 2003. Entlastet wurde auch der Generalsekretär auf Basis der Ergebnisse der Rechnungsprüfung für die Rechnungsjahre 2001 und 2002.

Programmbudgets

Danach berichtete Dr. Andreas Klee über den Stand der Konzipierung eines Programmbudgets, das die ARL gemäß einem Bund-Länder-Beschluss ab dem Rechnungsjahr 2006 einführen muss. Das Programmbudget soll aufzeigen, mit welchen Kosten welche Forschungs- und Dienstleistungsschwerpunkte und -aufgaben verfolgt werden und wie die Planungen für die nächsten Jahre aussehen. Während die Formulierung einzelner Programmbereiche und die Zuordnung der Akademieaktivitäten zu einzelnen Bereichen im Wesentlichen bereits erfolgt sind, müssen in den nächsten Monaten noch spezifische Indikatoren zur Messung der Leistungen der ARL erarbeitet und Umsetzungsmechanismen in die Gewinn-/Verlust- und Finanzierungsrechnung entwickelt werden. Das Kuratorium machte deutlich, dass die ARL als Serviceeinrichtung für die Forschung – im Unterschied zu herkömmlichen Forschungsinstituten – bei der Auswahl der Leistungen den Servicecharakter deutlich machen und zu spezifischen Indikatoren gelangen sollte.

Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Thorsten Wiechmann vom Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden referierte über Ergebnisse einer Arbeitsgruppe, bestehend aus drei Mitgliedern des Jungen Forums, die vom Bund und den Ländern herausgegebene Informationsmaterialien zur Raumordnung und Landesplanung analysiert und deren Eignung für ausgewählte Multiplikatorgruppen geprüft hat. Die Kernfrage lautete dabei, inwieweit die Informationsmaterialien der räumlichen Planung geeignet sind, Selbstverständnis, Aufgaben und fachliche Inhalte drei Zielgruppen (Lehrern/Schülern, Journalisten und Politikern) nahe zu bringen. Das Fazit lautet, dass nur ein Teil der Länder überhaupt PR-Broschüren vorhalten und die existierenden Broschüren in der Regel nicht für einzelne Zielgruppen konzipiert sind. Wiechmann erachtete es daher für notwendig, die Aufbereitung und Verbreitung von Informationen zu verbessern und den Informationsfluss zu verstetigen. Auch in der anschließenden Diskussion wurde der Wert professioneller Unterstützung bei der Erstellung von Informationsbroschüren deutlich hervorgehoben. Das Kuratorium regte darüber hinaus an zu prüfen, inwieweit Journalisten bei der Aufstellung von Plänen herangezogen werden können, um die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern bei Planungsentscheidungen zu verbessern.

Ehrenamtlichkeit

Abschließend berichtete Dr. Klee über die Ergebnisse einer Untersuchung zur Erfassung und Bewertung der unentgeltlichen Tätigkeit für die Akademie, die die ARL im vergangenen Jahr in Auftrag gegeben hat. Anlass der Studie war die Erkenntnis, dass die besonderen Arbeitsziele und -bedingungen der ARL in starkem Maße auf unentgeltliche Arbeit abstellen. So lag es nahe, den „Input“ der ehrenamtlichen Tätigkeit systematisch zu erfassen und in seiner Bedeutung für den „Output“ der ARL abzuschätzen. Klee informierte die Kuratoriumsmitglieder über die Art und Weise der Datengewinnung und -aufbereitung sowie über die Ermittlung des Mengengerüsts unentgeltlicher Mitwirkung. In der Aussprache wurde die besondere Bedeutung der unentgeltlichen Tätigkeit für die spezifische Arbeitsweise der ARL betont. Ein besonderer Wert der Akademiemitarbeit wurde auch darin gesehen, dass die Mitwirkenden neues Wissen in ihre Arbeitsstätten mitnehmen. Es erfolgten schließlich zahlreiche Vorschläge zur weiteren Auswertung und Interpretation der Ergebnisse, die in den Endbericht des Projektes einfließen werden.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
e-mail: Klee@ARL-net.de

Wissenschaftlicher Beirat wählt neuen Vorsitzenden

Am 7. Mai 2004 trat in Hannover der Wissenschaftliche Beirat zu seiner Frühjahrssitzung zusammen. Eine wichtige Aufgabe des Wissenschaftlichen Beirats ist es, das Kuratorium und das Präsidium in allen wissenschaftlichen und organisatorischen Fragen zu beraten. ARL-Präsident Zimmermann stellte in seinem einführenden Bericht eine Reihe fachlicher Vorhaben und Managementaufgaben in den Vordergrund. Die Beiratsmitglieder konnten sich so ein Bild von der derzeitigen Arbeit und den Perspektiven der ARL machen und zahlreiche Anregungen zur weiteren Akademiearbeit geben.

Öffentlichkeitsarbeit

Zimmermann ging in seinem Bericht insbesondere auf Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit ein. Der anlässlich der gemeinsamen Jahrestagung mit dem BBR durchgeführte Journalistenwettbewerb fand im Vorfeld große Zustimmung des Beirats. In Bezug auf die Einbindung von Nachwuchsjournalisten sowie auf die Veröffentlichungsmöglichkeiten prämiierter Beiträge konnte der Beirat wichtige Anhaltspunkte geben. Darüber hinaus ging es um die Nachwuchsförderung. Der Präsident berichtete, dass das Junge Forum stärker als zuvor für die Rekrutierung von Mitwirkenden in Arbeitsgremien und für die Berufung neuer Korrespondierender Mitglieder genutzt wird. Damit wurde eine Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats umgesetzt. Ein weiterer Schwerpunkt der Ausführungen Zimmermanns waren die Maßnahmen zur Politikberatung. Der Wissenschaftliche Beirat würdigte die vielfältigen Informations- und Beratungsaktivitäten im Hinblick auf die Zielgruppe der Politikerinnen und Politiker.

Neue Themen

Anschließend informierte sich der Wissenschaftliche Beirat über Expertengespräche, die in den letzten Monaten stattgefunden haben und die der Themenfindung und -konkretisierung im Hinblick auf potenzielle Arbeitskreise dienen. Unter anderem empfahlen die Mitglieder des Beirats die Berücksichtigung aktueller regionalökonomischer Entwicklungen im neu zu bildenden Arbeitskreis „Agglomerationsentwicklung“ und die Berücksichtigung der Verkehrsprobleme in Ballungsräumen bei der weiteren Bearbeitung des Themas „Großräumiger Verkehr“. Der Beirat verfolgte darüber hinaus die Aktivitäten zum Thema „Raumplanungstheorie“ mit großem Interesse und sprach sich dafür aus, hier verstärkt Kooperationen mit anderen Disziplinen zu suchen, um das Thema in allen Facetten abdecken zu können.

Neuer Vorsitz

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats für die Amtszeit 2004/2005. Der bisherige Vorsitzende, Prof. Dr. Günter Heinritz, München, stellte

sich nicht zur Wiederwahl. Es wurden Prof. Dr.-Ing. Gerhard Steinebach, Universität Kaiserslautern, Lehrstuhl Stadtplanung, zum Vorsitzenden und Prof. Dr. Hans D. Jarass, Direktor des Zentralinstituts für Raumplanung an der Universität Münster, zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.



Gerhard Steinebach



Hans D. Jarass

Entflechtungsdebatte

Im weiteren Verlauf der Sitzung fand eine Aussprache über die Position der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) in der Entflechtungsdebatte zur Forschungslandschaft in Deutschland statt. Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich machte deutlich, dass die Diskussion über die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung – die so genannte Föderalismus-Diskussion – auch Auswirkungen auf die Förderung der WGL-Einrichtungen haben kann. Im Mittelpunkt steht dabei der Ruf nach Entflechtung, das heißt, es geht um Modifizierungen der im Grundgesetz verankerten Gemeinschaftsaufgaben für den Hochschulbau, für die Forschungsförderung und für Bildungsplanung. Der Wissenschaftliche Beirat verschaffte

sich einen Überblick über die Maßnahmen, die seitens der WGL und der ARL unternommen werden, um die befürchtete Überlassung der WGL-Einrichtungen an die Länder abzuwenden und empfahl, persönliche Kontakte zu Mitgliedern der in dieser Frage eingesetzten Föderalismuskommission und zu einflussreichen Ländervertretern auszubauen, um frühzeitig von den aktuellen Diskussionen Kenntnis zu erhalten. Darüber hinaus befürwortete der Beirat ein Gespräch des Präsidenten und des Generalsekretärs mit dem Kuratoriumsvorsitzenden, um die Strategien und Perspektiven für die Akademie auszuloten.

Programmbudgets

Schließlich befasste sich der Beirat mit der Einführung eines Programmbudgets bei der ARL. Er befürwortete das neue Steuerungs- und Controllinginstrument, wies jedoch auf mögliche Problembereiche bei seiner Vorbereitung und Einführung hin. Neben der Tendenz der Überregulierung durch ein Programmbudget sah der Beirat vor allem Schwierigkeiten bei der Formulierung spezifischer Indikatoren zur Messung der Leistungen der ARL. Im Sekretariat werden derzeit umfangreiche Überlegungen angestellt, wie man die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der ARL – unter Berücksichtigung ihrer besonderen Arbeitsziele und -bedingungen – operationalisieren kann.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 39
e-mail: Klee@ARL-net.de

Grundsatzkommission setzt Beratung der Forschungsperspektiven der ARL fort

Eine wichtige Aufgabe der von Prof. Dr. Dietrich Fürst, Hannover, geleiteten Grundsatzkommission (GKOM) ist die Beratung des Präsidiums der ARL im Hinblick auf die Behandlung strategischer Themen, bei denen es von grundlegender Bedeutung ist, frühzeitig über breite und zuverlässige Informationen sowohl zu Forschungs-, Beratungs- und Kooperationsbedarfen als auch zur Leistungsfähigkeit des personellen Netzwerkes der ARL zu verfügen.

Daher führen die Mitglieder der GKOM einen themenbezogenen Strategiediskurs, in dessen Mittelpunkt auf der vorangegangenen Sitzung vor allem Themen aus den Bereichen Raumplanungstheorie sowie Wissensgesellschaft und Raumentwicklung standen (siehe Heft 3/2003 der ARL-Nachrichten). Diese Debatte wurde mit einer weiteren Sitzung fortgesetzt, die am 29. April 2004 in Hannover stattfand.

Bericht des Präsidenten

Der Präsident der ARL, Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Marburg, informierte die Kommissionsmitglieder über die Tätigkeit der Akademie im letzten Halbjahr. Aus der großen Zahl der Aktivitäten hob er insbesondere Fragen der Politikberatung, der Sicherung der Qualität der ARL-Tätigkeit, der Öffentlichkeitsarbeit und der Erfassung und Bewertung des Umfangs der ehrenamtlichen Mitwirkung im personellen Netzwerk der ARL hervor.

Im Hinblick auf die Vorbereitung neuer Forschungsgremien erwähnte er die von der GKOM initiierten Fachgespräche zu den Themen „Raumplanungstheorie“ und „Großräumiger Verkehr“ sowie Workshops zu den ökonomischen Aspekten der Agglomerationsentwicklung (Kooperation von ARL, Difu, ILS NRW und IRS) und die Verbundforschungsaktivität zu den räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels, die einen zentralen Arbeitskreis und mittlerweile fünf dezentrale Arbeitsgruppen von Landesarbeitsgemeinschaften umfasst. Daneben werde weiterhin auf Hochtouren an der Neuherausgabe des Handwörterbuchs der Raumordnung gearbeitet und die Herausgabe weiterer Handbücher der Planungsbegriffe mit Partnern in Europa vorangetrieben.

Zur Relevanz der GKOM für die Arbeit der ARL verwies Präsident Zimmermann darauf, dass die Vorschläge wiederum eine wichtige Rolle bei Entscheidungen des Präsidiums über Forschungs-, Beratungs- und Kooperationsaktivitäten gespielt hätten. Dies gelte beispielsweise für die Vorbereitung von Forschungsaktivitäten in den bereits genannten Themenbereichen „Großräumiger Verkehr“ und „Raumplanungstheorie“, aber auch für die Diskussion und Konkretisierung von Themen zur Raumentwicklung und raumbezogenen Forschung in Europa (neuer Informations- und Initiativkreis) oder zur Neubestimmung des föderativen Systems bzw. zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung.

Wissensgesellschaft und Raumentwicklung

Da die Thematik bereits auf der letzten Sitzung inhaltlich diskutiert wurde, standen Vorschläge zur konkreten Bearbeitung im Vordergrund. Hierbei war zu berücksichtigen, dass das (Querschnitts-)Thema Wissensgesellschaft für nahezu alle Aspekte der – auch und gerade europäischen – Raumentwicklung eine zentrale Rolle spielt. Daher plädieren die Mitglieder der GKOM dafür, es bei der Vorbereitung neuer Forschungsgremien breit und fachlich fundiert zu berücksichtigen (siehe auch Orientierungsrahmen 2000-2010 der ARL).

Darüber hinaus sollten klare inhaltliche Begründungen und Kriterien für die Auswahl, Profilierung und Fokussierung von Teilthemen angestrebt werden. Von den überwiegend bereits auf der letzten Sitzung genannten Teilthemen (siehe Nachrichten 3/2003, S. 62 f.) wurden hervorgehoben: die Erforschung der intraregionalen Komplementaritätsbeziehungen zwischen innovations- und entwicklungsfördernden Einflussfaktoren, die Entstehung von Innovationen bei unterschiedlichen räumlichen Kontextbedingungen, die Weiterentwicklung des Raumverständnisses in der Wissensgesellschaft (Komplexität, Vernetzung), Umfang/Bedeutung dezentraler, counterurbaner Wissens-/Unternehmensnetzwerke neben zentralen in den Großstadtreionen, Bedeutung der räumlichen Nähe (face-to-face-Kontakte) in der Wissensgesellschaft, Entwicklung räumlicher Disparitäten sowie der Neujustierungsbedarf bei Instrumenten der Raumplanung und Raumentwicklungspolitik zur Förderung regionaler Innovations- bzw. regionalwirtschaftlicher Entwicklungsprozesse.

Bei der Formulierung des Rahmenthemas (Auswirkungen der Wissensgesellschaft auf die Raumentwicklung) sollte nicht von einer einseitigen, sondern von einer wechselseitigen Wirkungsweise ausgegangen werden, etwa: Interdependenzen zwischen Wissensgesellschaft und Raumentwicklung. Hierbei sollten die umfangreichen Ergebnisse der europäischen Forschung einbezogen und Aspekten der europäischen Raumentwicklung eine große Bedeutung eingeräumt werden.

Positionierung der ARL auf dem europäischen Forschungsfeld

Hintergrund des Beratungsbedarfs ist der „Strukturwandel“ im Bereich der europabezogenen Forschungsaktivitäten der ARL (z.B. Europa-Arbeitskreise statt Europa-Arbeitsgemeinschaften). Wichtige Gründe für die Umstrukturierung waren neben dem hohen Finanzbedarf der Europa-Arbeitsgemeinschaften das Auslaufen der Aktivitäten in Westeuropa und im Ostseeraum. Für die Arbeit des themenorientiert und zeitbegrenzt tätigen neuen Europa-Arbeitskreises („Territoriale Kohäsion“) sollen auch externe Finanzmittel mobilisiert werden.

In einer anschließenden kurzen Strategiediskussion zur Kooperation in Europa wurde zum einen auf die große Bedeutung eingespielter, regional basierter personeller Teilnetzwerke hingewiesen, die eine vertrauensvolle und stabile Zusammenarbeit ermöglichen und als „Regionen“ auf EU-Ebene Mittel einwerben könnten; zum anderen wurde betont, dass sich die europabezogene Kooperation zunehmend auf bestimmte Themen beziehe und über hieran orientierte flexible, personell jeweils neu zusam-

mengesetzte Netzwerke laufe. Die Diskussion zeigte, dass bei konkreten Vorhaben beide Aspekte berücksichtigt und von Fall zu Fall unterschiedlich gewichtet werden müssen.

Weitere Strategievorschläge zielten auf eine(n)

- Differenzierung zwischen internationaler Kooperation und der Zusammenarbeit mit der EU-Kommission
- Intensivierung der ARL-Lobby-Arbeit in Brüssel
- Verbesserung der „Pflege“ des europabezogenen, personellen Netzwerks
- Ausbau der Kontakte zum Ausschuss der Regionen.

Im Verlauf des weiteren Gesprächs wurde allerdings deutlich, dass relativ enge finanzielle und personelle Grenzen für eine „Leistungssteigerung“ der ARL in den genannten Handlungsfeldern bestehen. Umso mehr sollte über eine Zusammenarbeit der ARL mit anderen Einrichtungen im Sinne „strategischer Allianzen“ nachgedacht werden (Bündelung von Ressourcen, Nutzung von Synergieeffekten). Erfreulich sei es, so wurde konstatiert, dass das neue Modell von Europa-Arbeitskreisen auf Interesse bei europäischen Partnern stoße.

Wasser und nachhaltige Raumentwicklung

Der Wasser-Thematik wurde einvernehmlich hohe Priorität für die ARL-Tätigkeit zugebilligt. Die Wasserpolitik bzw. die Fachplanung Wasser betreffe nahezu alle Belange der Planung und Siedlungsentwicklung und sei wie kaum ein anderer Politikbereich durch überörtliche Bezüge, Inzidenzen und räumliche Konsequenzen gekennzeichnet. In Anbetracht der Breite und Komplexität des Themen- und Handlungsfeldes – von ökologischen Fragen über Erfordernisse des Hochwasserschutzes bis hin zur Freizeitnutzung von Gewässern – sei jedoch eine thematische Schwerpunktsetzung unumgänglich.

Zudem spreche der zeitliche „Fahrplan“ für die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) dafür, zügig mit den Arbeiten der ARL in diesem Themenbereich fortzufahren und nicht die weitere Umsetzung der WRRL in Landesrecht abzuwarten, sondern diese wissenschaftlich zu begleiten. Auch inhaltliche Aspekte legten dies nahe, stehe die Landes- und Regionalplanung hinsichtlich einer verstärkten Integration der Wasserbelange doch noch ganz am Anfang eines notwendigen intensiven Diskurses mit der Fachplanung/-politik. Dieser werde vor dem Hintergrund der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung sehr breit zu führen sein und von daher umfangreiche Abwägungs- und Kooperationsprozesse nach sich ziehen.

Als wichtige zu behandelnde Aspekte der Wasser-Thematik nannten die Mitglieder der GKOM: Abschätzung der Tendenzen zur Verselbstständigung und Ausdehnung der Fachplanung Wasser (Nähe zu einer räumlichen Gesamtplanung), Beurteilung der Auswirkungen und Handlungsbedarfe auf kommunaler und regionaler Ebene, Entwicklung von Kooperationsmodellen zur Integration der Wasserbelange in die räumliche Gesamtplanung, Fachbeitrag Wasser, Wassermanagement, Auswirkungen der Privatisierung der Wasserversorgung auf die Erreichung der Ziele einer nachhaltigen Regionalentwicklung sowie Untersuchung regionaler Fallbeispiele und/oder Regionstypen. Erwogen wurde auch eine Ausweitung der Thematik auf die Grundfrage, inwieweit das deutsche Raumplanungssystem generell in seiner Funktionsfähigkeit durch

raumwirksame und planungsrelevante EU-Fachpolitiken beeinträchtigt werde. Dies führe in zunehmendem Maße zu Vorabfestlegungen ohne raumplanerische Abwägung.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 23
e-mail: Toennies@ARL-net.de

Neue Korrespondierende Mitglieder

Das Präsidium berief folgende Persönlichkeiten in Würdigung ihrer Mitwirkung in der ARL zu Korrespondierenden Mitgliedern:

- Prof. Dr. **Werner Bätzing**
Institut für Geographie, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- Dr. **Lorenz Blume**
Wissenschaftlicher Assistent, Universität Kassel, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
- Dipl.-Ing. **Susanne Dahm**
Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Karlsruhe, Institut für Städtebau und Landesplanung
- Dipl.-Ing. **Axel Fricke**
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Stuttgart, Städtebau-Institut
- Dipl.-Geogr. **Andrea Hartz**
Planungsgruppe agl, Saarbrücken
- Dr. **Werner Heinz**
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Deutsches Institut für Urbanistik, Köln
- Dr. **Margit Mönnecke**
Hochschule für Technik Rapperswil/Schweiz, Forschungsstelle für Freizeit, Tourismus und Landschaft
- Dipl.-Ing. **Jochen Monstadt**
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner
- Dipl.-Volksw. **Jörg Stangl**
Bereichsleiter, Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung Halle-Leipzig e.V., Büro Berlin
- Dr. **Silvia Stiller**
Projektleiterin, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv
- Dipl.-Ing. **Simone Strähle**
Stellvertretende Referatsleiterin, Thüringer Landesverwaltungsamt, Weimar
- Prof. Dr.-Ing. **Rainer Winkel**
Institut für Städtebau und Regionalplanung, Technische Universität Dresden

Personalien

ARL-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. **Horst Zimmermann** ist für vier Jahre in die so genannte Konnexitätskommission des Landes Hessen berufen worden. Die Kommission konstituierte sich am 19. Mai des Jahres. Auf der „Landesbank“ saß unter anderem der Hessische Finanzminister Weimar.



Der frühere Bundesraumordnungs- und Umweltminister, OM Prof. Dr. **Klaus Töpfer**, Leiter der UN-Umweltbehörde in Nairobi, wurde im April in Bad Harzburg mit dem „Deutschen Staatsbürgerpreis“ ausgezeichnet. Töpfer wurde damit für sein Engagement zum Wohl der Umwelt geehrt.



Mit Ende des Sommersemesters 2004 scheidet OM Prof. Dr. **Klaus Wolf**, Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung, aus der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt aus. Wolf war in den Jahren 1997 und 1998 Präsident der ARL, 1995 und 1996 sowie 1999 und 2000 einer der Vizepräsidenten.



OM Prof. Dr. **Klaus Borchard**, Bonn, war eigentlich schon im letzten Jahr als Rektor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in den Ruhestand verabschiedet worden. Aufgrund unvorhersehbarer personeller Probleme nahm er dieses Amt weiterhin wahr. Im April des Jahres konnte er nun die Geschäfte seinem Nachfolger übergeben.



Einen Ortswechsel gibt es von OM Prof. Dr.-Ing. M.A. **Jörg Knieling** zu melden. Er ist seit Anfang April d. J. im Arbeitsbereich Stadt-, Regional- und Umweltplanung an der TU Hamburg-Harburg tätig. Davor hatte er die Professur für Raumordnung am Institut für Geographie der TU Dresden inne.



OM Prof. Dr. **Hans-Heinrich Blotevogel** ist zum Sommersemester an die Universität Dortmund gewechselt. Er leitet dort das Fachgebiet Raumordnung und Landesplanung an der Fakultät Raumplanung. Blotevogel war davor viele Jahre Direktor des Instituts für Geographie an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg.



KMDipl.-Volksw. **Hans Joachim Schenkhoff** ist zum Direktor der Abteilung Umwelt und Raumordnung beim Thüringer Landesverwaltungsamt, Weimar, befördert worden.

KM Prof. Dr. **Günter Endruweit**, Direktor des Instituts für Soziologie an der Christian-Albrechts-Universität Kiel, verabschiedet sich mit einem Kolloquium am 12. Juli d. J. aus der Hochschule. Endruweit hat in der ARL u.a. die LAG für die nordwestdeutschen Länder in den Jahren 1999 – 2003 geleitet. Er wird sich auch als Emeritus in der ARL engagieren.



KM Prof. Dr. **Osamu Soda** ist zum Präsidenten der Fukui Prefectural University, Japan, gewählt worden und hat im April 2004 dieses Amt übernommen.



Edmund Gaßner verstorben

Am 20. März 2004 verstarb Professor Dr. **Edmund Gaßner** in Bonn kurz nach Vollendung seines 96. Lebensjahres. 1933 schloss er ein Studium des Bauingenieurwesens in Darmstadt erfolgreich ab und arbeitete dort anschließend als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Städtebau und Städtischen Tiefbau. Anschließend war er bei der Reichsstelle für Raumordnung beschäftigt und wurde 1941 zum „Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen“ ernannt.

Nach dem Krieg folgte eine Tätigkeit bei der Bezirksregierung Darmstadt. Später wechselte Edmund Gaßner an die Universität Bonn, zunächst als außerordentlicher, dann als ordentlicher Professor und Direktor des Instituts für Städtebau. Er engagierte sich sehr für die Belange der Universität Bonn und wurde 1966/67 zum Rektor der Hochschule gewählt. Er verfasste zahlreiche Veröffentlichungen zu ingenieurtechnischen und wirtschaftlichen Grundlagen der Stadtplanung, zur städtebaulichen Sanierung und zu Fragen des Denkmalschutzes und der Landespflanze. Auch nach seiner Emeritierung 1976 beteiligte er sich rege am wissenschaftlichen Diskurs über städtebauliche und stadtplanerische Themen.

Aufgrund seiner verdienstvollen Lehr- und Forschungstätigkeit wurde Edmund Gaßner 1969 zum Korrespondierenden Mitglied der Akademie berufen. Er hat sich über viele Jahre hinweg aktiv in die Akademiearbeit eingebracht. Insbesondere gab er der Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen wichtige Impulse und wirkte an mehreren Arbeitskreisen und Ad-hoc-Arbeitskreisen erfolgreich mit. Durch seine ausgeglichene Art, seine Zielstrebigkeit und seine große berufliche Erfahrung hat Gaßner maßgeblich zum Erfolg der Akademiearbeit beigetragen. Die ARL wird ihrem engagierten Mitwirkenden ein ehrenvolles Andenken bewahren.



Werner Nellner verstorben

Am 10. Mai 2004 ist Dr. **Werner Nellner** im Alter von 91 Jahren verstorben. Werner Nellner wurde 1912 in Mellendorf im Kreis Reichenbach/Eulengebirge geboren. Von 1933 an studierte er Geographie, Geologie, Geschichte und Statistik an der Universität Breslau. Dort wurde er 1939 zum Dr. rer. nat. promoviert. Zwischen 1939 und dem Kriegsende arbeitete er bei der Regierung von Oppeln als Leiter des Planungsbüros für das oberschlesische Industriegebiet sowie bei der Regierung von Kattowitz als stellvertretender Bezirksplaner. Bereits nach Rückkehr aus französischer Kriegsgefangenschaft stieß Nellner zur Akademie für Raumforschung und Landesplanung und bearbeitete einen landeskundlichen Forschungsauftrag über den Kreis Minden. 1948/49 war er als Referent im Statistischen Amt für die britische Besatzungszone beschäftigt, ab 1949 für zehn Jahre im Statistischen Bundesamt. Dort befasste er sich vor allem mit Fragen der Bevölkerungsfortschreibung, mit Wanderungs- und Flüchtlingsstatistiken. Zwischen 1959 und 1965 arbeitete Nellner im Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz, von 1966 bis zu seiner Pensionierung bei der Akademie für zivile Verteidigung, zuletzt als Leitender Regierungsdirektor und ständiger Vertreter des Präsidenten.

Bereits 1965 wurde Werner Nellner zum Korrespondierenden Mitglied der ARL berufen. Im Jahr 1970 wählte ihn die Mitgliederversammlung der Akademie zum Ordentlichen Mitglied. Damit würdigte die ARL Nellners Aktivitäten an der Schnittstelle zwischen bevölkerungswissenschaftlichen Fragestellungen und Problemen der Siedlungsentwicklung, besonders in Verdichtungsräumen. Er war Mitglied im Forschungsausschuss „Raum und Bevölkerung“ sowie im Arbeitskreis „Neuabgrenzung der Stadtregionen 1970“. Auf Basis der Volkszählungsdaten von 1970 hat Nellner richtungweisende Arbeiten zur Abgrenzung und inneren Gliederung von Verdichtungsräumen vorgelegt. Aufgrund seiner großen Kompetenz auf dem Gebiet der methodischen Grundlagen der Gebietsabgrenzung wurde er 1978 mit der Leitung des Arbeitskreises „Abgrenzung von Agglomerationsräumen“ beauftragt.

In seinen umfangreichen Tätigkeiten für die ARL stellte er nicht nur seine hohe fachliche Kompetenz unter Beweis, sondern trug durch seine verbindliche und persönlich sehr angenehme Art zum Gelingen zahlreicher Vorhaben bei. Die Akademie schätzt sich glücklich, dass Werner Nellner seine Kenntnisse und Fähigkeiten in die ARL eingebracht hat. Sie wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.



Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny verstorben

Professor Dr. **Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny**, seit 1982 Korrespondierendes Mitglied der ARL, verstarb nach langer, schwerer Krankheit am 16. März 2004 kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres. In Mülheim an der Ruhr geboren, studierte er Soziologie, Sozialpsychologie und Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln. 1966 ging er an das Soziologische Institut der Universität Zürich, zunächst als Forschungsassistent, später als Oberassistent und Privatdozent. 1974 wurde er zum Extraordinarius, 1975 zum Ordinarius für Soziologie gewählt. Er forschte und lehrte in Zürich bis zu seiner Emeritierung 2001.

Der Verstorbene war eng mit der ARL verbunden. Über viele Jahre hinweg hat er sich tatkräftig in die Akademiearbeit eingebracht. Sein besonderes Forschungsinteresse lag in den Bereichen Bevölkerungsentwicklung, Integrationsfragen und Migration. Er gehörte mehreren Arbeitskreisen an, beispielsweise zu den regionalen Aspekten der Bevölkerungsentwicklung und zur sozialen Entwicklung und regionalen Bevölkerungsprognose. Durch seine große berufliche Erfahrung und seine wissenschaftlichen Fähigkeiten hat Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny ganz maßgeblich zum Erfolg der Akademiearbeit auf dem Gebiet der demographischen Forschung und Politikberatung beigetragen.

Die ARL verliert mit Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny einen bemerkenswerten Wissenschaftler, langjährigen Freund und engagierten Mitsprecher. Sie wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.



Hermann Debes verstorben

Am 11. Mai 2004 ist Ministerialdirigent Dr. **Hermann Debes**, Leiter der Abteilung Raumordnung und Landesplanung im Thüringer Innenministerium, im 61. Lebensjahr verstorben. Hermann Debes war eng mit der ARL verbunden. Er gehörte bis zu seinem Tod als Vertreter des Freistaates Thüringen dem Kuratorium der ARL an und hat sich in dieser wichtigen Funktion seit dem Jahr 2000 aktiv in die Arbeit unserer Akademie eingebracht, wofür ihm hohe Wertschätzung zuteil geworden ist. Darüber hinaus war er an diversen Regionalplanertagungen im Lande als Impulsgeber, Referent und Diskutant maßgeblich beteiligt.

Hermann Debes hat sich während dieser Zeit als engagierter Vertreter unserer Disziplin und der ARL im Besonderen hervorgetan. Er war ein stets zuverlässiger Partner. Durch seine auf Ausgleich bedachte verbindliche Art, seine Zielstrebigkeit, seine große berufliche Erfahrung und seine Kollegialität hat Hermann Debes ganz entscheidend zum Erfolg der Akademiearbeit beigetragen.

Die Akademie wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Werner-Ernst-Preis 2004

(13. FRU-Förderpreis-Wettbewerb)

Internationale Ausschreibung

Der Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e.V. (FRU) schreibt hiermit den Werner-Ernst-Preis 2004 aus.* Das diesjährige Wettbewerbsthema lautet:

Umbau von Städten und Regionen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels: nicht nur ein ostdeutsches Problem

Hintergrund

Die Entwicklung des Raumes unterliegt einer Vielzahl von Einflüssen. Raumbezogene Politik und Planung müssen immer neu auf sich ändernde Gegebenheiten eingestellt und ihre Zielsetzungen und Instrumente angepasst werden. Gegenwärtig ist es vor allem der demographische Wandel, der nach allgemeiner Einschätzung einen umfassenden Handlungsbedarf zur Folge hat: Langfristig ist ein Rückgang der Bevölkerung sowie deren kontinuierliche Alterung und fortschreitende Internationalisierung durch Migration sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Staaten festzustellen. Deutschland, insbesondere Ostdeutschland, ist hiervon in besonderem Maße betroffen.

Dieser demographische Wandel wird sich räumlich sehr unterschiedlich auswirken. Es wird Städte und Regionen geben, in denen sich die Veränderungen außerordentlich negativ bemerkbar machen, während andere im Wettbewerb um demographische Potenziale zu den Gewinnern zählen werden. Disparitätenprobleme sowie soziale Polarisation und Segregation werden auf allen räumlichen Ebenen an Bedeutung gewinnen, wobei die Zuwanderung diese Trends noch verstärken wird.

Gerade unter dem Aspekt einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung ergibt sich ein umfassender, regional unterschiedlicher Anpassungsbedarf der Siedlungs-, Wirtschafts- und Infrastrukturen. Insbesondere betroffen sind die Lebensbedingungen in dünn besiedelten, strukturschwachen, oftmals peripher gelegenen ländlichen Räumen, in denen die Tragfähigkeit für den Erhalt der sozialen und materiellen Infrastrukturen und Dienstleistungen gefährdet ist. Aber auch städtische Regionen sind mit starkem Bevölkerungswandel konfrontiert. Was in Ostdeutschland vielerorts bereits Realität ist, droht auch anderen Städten und Regionen.

Erwartungen an die Wettbewerbsbeiträge

Der Wettbewerb fordert dazu auf, den demographischen Wandel und seine Auswirkungen zu erörtern und Vorschläge zu

diskutieren, welche Folgerungen für die raumbezogene Politik und Planung gezogen werden könnten.

Das Thema kann aus den verschiedensten fachlichen Sichtweisen heraus bearbeitet werden (z.B. Raum- und Regionalwissenschaften, Stadt-, Regional- und Landesplanung, Landschaftsplanung, Geographie, Rechts-, Wirtschafts-, Politik- und Sozialwissenschaften). Die Berücksichtigung fachübergreifender Gesichtspunkte liegt jedoch nahe und ist zu empfehlen. Mögliche Betrachtungsebenen reichen von der einzelnen Gemeinde bis zur staatlichen Ebene. Erwünscht sind sowohl Beiträge mit eher theoretischem Ansatz, analytische Betrachtungen, definitorische und methodische Weiterentwicklungen sowie praxisorientierte Erfahrungsberichte mit wissenschaftlicher Fundierung. Gefragt sind auch persönliche Meinungen, eigene Ideen und Vorschläge.

Es wird nicht erwartet, dass sich die Wettbewerbsarbeiten mit allen Facetten des Ausschreibungsthemas befassen; eine Beschränkung auf Teilaspekte ist empfehlenswert. An einer Bewerbung um den Förderpreis Interessierte können gern zunächst beim Förderkreis anfragen, ob sich ein vorgesehene Thema für den Wettbewerb eignet. Neben eigens für den Förderpreis 2004 erstellten Beiträgen können auch solche Arbeiten eingereicht werden, die auf umfassenderen, bereits vorliegenden oder in Arbeit befindlichen Studien-, Projekt- oder Diplomarbeiten sowie Dissertationen u. ä. beruhen, sofern sie den vorgesehenen Umfang nicht überschreiten und in sich ohne Kenntnis der zugrundeliegenden Arbeit verständlich sind.

Preise

Der Werner-Ernst-Preis 2004 ist mit insgesamt 4.500,- EUR dotiert. Vorgesehen ist die Vergabe eines ersten Preises (2.000,- EUR), eines zweiten Preises (1.500,- EUR) und eines dritten Preises (1.000,- EUR). Auf Vorschlag der Jury kann eine Reduzierung der Zahl der Preise und eine andere Aufteilung der Preissumme erfolgen.

Als Anerkennung für weitere, nicht mit Geldpreisen ausgezeichnete Wettbewerbsbeiträge stehen wertvolle Buchgeschenke zur Verfügung.

Preisverleihung

Die Preise werden im Rahmen eines Fachkolloquiums der vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen in der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) – ARL, IfL Leipzig, IÖR Dresden, IRS Erkner – voraussichtlich am 27. Januar 2005 in Berlin überreicht. Diese öffentliche Veranstaltung ist dem Thema „Aufbau Ost – Zwischenbilanz und Perspektiven in raumwissenschaftlicher Sicht“ gewidmet. Die Verfasserin/der Verfasser des mit dem ersten Preis ausgezeichneten Wettbewerbsbeitrags erhält Gelegenheit zur Vorstellung der Arbeit. Darüber hinaus ist beabsichtigt, die mit Geldpreisen ausgezeichneten Arbeiten zu veröffentlichen.

* Der Preis ist nach dem 2002 verstorbenen Staatssekretär a.D. Professor Dr. jur. Dr. jur. h.c. Werner Ernst benannt und ehrt eine Persönlichkeit, die sich in der Exekutive (zuletzt als Staatssekretär), in der Judikative (als Bundesrichter) und in der Wissenschaft (als Hochschullehrer in Berlin und Münster sowie als Präsident – 1971 bis 1974 – und Ehrenpräsident der ARL) hohes Ansehen in Raumplanung und -forschung erworben hatte.

Teilnahmebedingungen

Teilnehmen können Studierende, Absolventen/-innen und Mitarbeiter/-innen im Bereich der raum- und umweltbezogenen Lehre, Forschung und Praxis. Höchstalter: 35 Jahre (Stichtag 10. November 2004). Zugelassen sind auch Arbeiten von Teams aus bis zu drei Autoren/-innen.

Die eingereichten Arbeiten sollen nicht mehr als etwa 20 Seiten DIN A4 umfassen (Normseite: ca. 33 Zeilen mit ca. 80 Zeichen); sie sind in Deutsch abzufassen und dürfen noch nicht an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung angeboten worden sein.

Arbeiten müssen **bis zum 10. November 2004** in vierfacher Ausfertigung zusammen mit dem ausgefüllten Bewerbungsbogen (herunterzuladen von der Homepage des Förderkreises, www.FRU-online.de) bei der Geschäftsstelle des Förderkreises (s. u.) eingereicht werden. Bewerber/-innen können nur eine Arbeit einreichen. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury, deren Mitglieder vom Förderkreis bestimmt worden sind.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Förderkreis lädt die Preisträger/-innen zur Teilnahme an der o.g. öffentlichen Veranstaltung ein, in deren Rahmen die Preisübergabe erfolgt, sorgt für Unterkunft und erstattet die Fahrtkosten nach dem Bundesreisekostengesetz (Bahnfahrt 2. Klasse).

Die Preisträger/-innen verpflichten sich zur unentgeltlichen Übertragung des Rechts zur Veröffentlichung ihrer eingereichten Arbeiten oder von Teilen daraus an den Förderkreis bzw. an die ARL, sofern eine Veröffentlichung in deren Schriften erfolgt.

Die Arbeiten sind einzureichen an folgende Adresse:

Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e.V.
– Jury Werner-Ernst-Preis 2004 –
Hohenzollenstraße 11
30161 Hannover
Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle des FRU:
Tel.: (+49-5 11) 3 48 42 - 39
Fax: (+49-5 11) 3 48 42 - 41
e-mail: FRU@arl-net.de

Neue Mitglieder im FRU

Als neue Mitglieder im Förderkreis konnte der Vereinsvorstand begrüßen:

- **Stefan Pfeil**, Student, Dortmund
- **René Kotte**, Student, Dortmund
- **Sebastian Dembski**, Student, Dortmund
- **Sandy Claßen**, Studentin, Dortmund
- **Astrid Schönecker**, Studentin, Dresden
- **Sascha Baron**, Student, Kaiserslautern
- **Anja Brauckmann**, Studentin, Dortmund
- **Johanna Schoppengerd**, Studentin, Dortmund
- **Michael Frank Dietl**, Student, Dortmund

FRU-Infobörse

Unter dieser Rubrik erscheinen Hinweise auf beachtenswerte Diplomarbeiten, Dissertationen und sonstige graue Literatur. Der Förderkreis möchte auf diese Weise auf Leistungen des wissenschaftlichen Nachwuchses aufmerksam machen. Interessenten können die Adressen, an die Anfragen zu den gemeldeten Arbeiten zu richten sind, über den Förderkreis erhalten.

Diese Rubrik steht allen inner- und außerhalb des personalen Netzwerks der ARL zur Verfügung; eine Auswahl ist vorbehalten. Informationen über Arbeiten, die in den folgenden Heften der ARL-Nachrichten veröffentlicht werden können, werden erbeten an:

FRU c/o ARL, Hohenzollernstr. 11, 30161 Hannover
FAX: 0049-(0)511 - 3 48 42- 41
e-mail: Becker@ARL-net.de

Diplomarbeiten, Dissertationen etc.

Freie Universität Berlin Institut für Geographische Wissenschaften

■ **Lambrecht, Martin**

Wohnstandortwahl im suburbanen Raum von Berlin – Das Beispiel der Randstädte Bernau und Teltow
(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2003)

Technische Universität Berlin Institut für Stadt- und Regionalplanung

■ **Siener, Manuela**

Organizing Growth? – Zum Zusammenhang zwischen regionalen Organisationsstrukturen und Ansätzen zur Steuerung der Siedlungsflächenentwicklung in Großstadtreionen
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2004)

Universität Bonn Geographisches Institut

■ **Sobotta, Alexander**

Konzept für die nachhaltige Entwicklung einer Tagebaulandschaft in der Jülicher Börde
(Diplomarbeit, abgeschl.)

Universität Dortmund Fakultät Raumplanung Fachbereich Europäische Raumplanung

■ **Peters, Stefan**

Regional Governance in Stadtregionen am Beispiel kultureller Projekte (Entwicklung von Handlungsempfehlungen anhand dreier deutscher und eines internationalen Fallbeispiels)
(Diplomarbeit, abgeschl. 11/2003)

Universität Dortmund
Fakultät Raumplanung
Fachgebiet Raumordnung und Landesplanung

■ **Schrenk, Hendrik**

Umsetzung eines Integrierten Küstenzonenmanagements im Rahmen Regionaler Entwicklungskonzepte am Beispiel der Technologie-Region K.E.R.N e. V.
 (Diplomarbeit, abgeschl. 12/2003)

Universität Hannover
Fachbereich Landschaftsarchitektur und Umweltentwicklung
Institut für Landesplanung und Raumforschung

■ **Gaitzsch, Almuth**

Regionale Kulturgeschichte als Entwicklungspotenzial – Handreichungen zur Organisation und Vermarktung von Kulturprojekten in der 'VoglerRegion' im Weserbergland
 (Diplomarbeit, abgeschl. 01/2004)

Universität Kiel
Institut für Regionalforschung

■ **Happich, Nils**

Finanzielle Anforderungen an die EU-Strukturpolitik im Zuge der Osterweiterung
 (Diplomarbeit, abgeschl. 11/2002)

■ **Rosendahl, Katrin**

Empirische Ansätze zur Modellierung der Pendlerverflechtungen in Schleswig-Holstein
 (Diplomarbeit, abgeschl. 05/2003)

■ **Schone, Katharina**

Quantifizierung der Schlüsselparameter in Modellen der Neuen Ökonomischen Geographie
 (Diplomarbeit, abgeschl. 05/2003)

Ludwig-Maximilians-Universität München
Department für Geo- und Umweltwissenschaften
Sektion Geographie

■ **Ansbacher, Patrick**

Hochwasserschutz auf kommunaler Ebene – Handlungsmöglichkeiten der „untypischen“ Hochwasserstadt Augsburg
 (Diplomarbeit, abgeschl. 10/2003)

■ **David, Benjamin**

Feste, Märkte und Proteste – organisierte Ereignisse im öffentlichen Raum
 (Diplomarbeit, abgeschl. 01/2004)

■ **Eichinger, Alexander**

Entwicklung einer web-fähigen Geodatenbank für geowissenschaftliche Zwecke
 (Diplomarbeit, abgeschl. 10/2003)

■ **Ganz, Stefan**

Laufende Bytes oder laufende Bürger? Kommunales e-Government und internetgestützter Bürgerservice in Bayern
 (Diplomarbeit, abgeschl. 10/2003)

■ **Herd, Beate**

Gewerbeansiedlungen an Autobahnanschlüssen
 – Eine Fallstudie der Autobahngemeinden der A9 München-Nürnberg
 (Diplomarbeit, abgeschl. 12/2003)

■ **Huber, Florian**

Analyse der Bodenrichtwerte in Südbayern
 (Diplomarbeit, abgeschl. 07/2003)

■ **Möll, Nicola**

Struktur- und Funktionswandel des Bäckerhandwerks – dargestellt am Beispiel der Stadt Kempten
 (Diplomarbeit, abgeschl. 10/2003)

■ **Nachbaur, Ralf**

Segmentierung des Marktes für intermodale Mobilitätsangebote als Basis eines Marketingkonzepts für nachhaltige Mobilität in München
 (Diplomarbeit, abgeschl. 10/2003)

■ **Scharmanski, André**

Lebensstiltypen und ihre Wohnprofile. Eine Untersuchung der Wohnverhältnisse, Wohnpräferenzen und Wohnbedürfnisse einzelner Lebensstilgruppen in drei ausgewählten Münchner Stadtteilen
 (Diplomarbeit, abgeschl. 02/2004)

■ **Strobel, Stefan**

Einsatz eines Internet-GIS zur Unterstützung planerischer Verfahren in kleineren Gemeinden am Beispiel „Flächenauswahl für ein Ökokonto“
 (Diplomarbeit, abgeschl. 11/2003)

Bisher erschienene Veröffentlichungen:



Teil 1

Schrumpfung - Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Bernhard Müller, Stefan Siedentop (Hrsg.)

Hannover 2003, Arbeitsmaterial Nr. 303, 154 S., 21,- €

ISBN 3-88838-303-x



Teil 2

Planung und Migration

Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen
von sozialräumlicher Mobilität

Thorsten Wiechmann, Oliver Fuchs (Hrsg.)

Hannover 2004, Arbeitsmaterial Nr. 307, 196 S., 27,- €

ISBN 3-88838-307-2

Veröffentlichungen in Vorbereitung:

Teil 3

Landesentwicklung bei abnehmender Bevölkerung

Auswirkungen auf die Raum- und Siedlungsstruktur

Arbeitsmaterial Nr. 310

Teil 4

**Bestimmungsfaktoren der künftigen räumlich-demographischen
Entwicklung in Deutschland.**

**Nicht demographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung
in Deutschland.**

Martin T. W. Rosenfeld, Claus Schlömer (Hrsg.)

Arbeitsmaterial Nr. 312



Deutsch-Niederländisches Handbuch der Planungsbegriffe

Planungsbegriffe in Europa
Hannover 2003, 374 S., farbiger Kartenanhang, 35,- EUR
ISBN 3-88838-535-0

Das Deutsch-Niederländische Handbuch der Planungsbegriffe ergänzt die von der ARL initiierte und herausgegebene sowie mit zahlreichen Partnern in den beteiligten Ländern erarbeitete Reihe „Planungsbegriffe in Europa“ um einen weiteren Band. Die Handbücher leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Kenntnisse und des gegenseitigen Verständnisses der politisch-administrativen, rechtlichen, sozioökonomischen und landeskulturellen Verhältnisse der jeweiligen Partnerländer.

Dies gilt vor allem für die räumliche Planung und Politik, die in den einzelnen Staaten rechtlich, organisatorisch und verfahrensmäßig unterschiedlich ausgestaltet ist und verschiedene Planungsbegriffe verwendet. Dabei nimmt die Bedeutung grenzübergreifender Zusammenarbeit im Zeitalter von Information und Kommunikation in allen daseinsrelevanten Bereichen und auf allen räumlichen Ebenen zu.

Dem Glossar mit Erläuterungen zu den wichtigsten Planungsbegriffen wurden einführende Kapitel über den Staats- und Verwaltungsaufbau sowie über die Planungssysteme in Deutschland und den Niederlanden vorangestellt. Plankarten der verschiedenen Planungsebenen veranschaulichen die Darstellungen.

Das Deutsch-Niederländische Handbuch der Planungsbegriffe wurde gemeinsam vom niederländischen Directoraat-Generaal Ruimte (DGR) und der ARL konzipiert und finanziert. Die Erarbeitung lag in den Händen eines Projektteams, dem neben Vertretern des DGR und des Sekretariats der ARL vor allem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universitäten Nijmegen und Dortmund angehörten.

Das Handbuch ist eine Fundgrube des Wissens, auch über den engeren Bereich der räumlichen Planung hinaus. Es ist eine wertvolle Arbeitshilfe für Städte, ländliche Gemeinden, Provinzen, Bezirksregierungen und Landesverwaltungen, Wirtschaftsunternehmen, Hochschulen und gesellschaftliche Gruppen, die mit Einrichtungen und Partnern aus beiden Ländern zusammenarbeiten.

INHALT

Vorwort

Einführung

TEIL I: NIEDERLANDE

- 1 Staats und Verwaltungsstruktur
- 2 System der Raumplanung
- 3 Kernbegriffe der Raumordnungspolitik

TEIL II: BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

- 1 Staats- und Verwaltungsaufbau
- 2 Planungssystem
- 3 Zentrale Planungsbegriffe

TEIL III: REGISTER DER BEGRIFFE

- 1 Niederlande
- 2 Bundesrepublik Deutschland

TEIL IV: KARTENANHANG

Bestellmöglichkeiten:

- über den Buchhandel
- VSB-Verlagsservice Braunschweig GmbH
Postfach 47 38, 38037 Braunschweig
Tel. (0 18 05) 7 08 - 7 09, Fax (05 31) 7 08 - 6 19,
E-Mail: vsb-bestellservice@westermann.de
- Onlineshop auf der ARL-Homepage:
www.ARL-net.de (Rubrik "Bücher")

Veröffentlichungen im Preis reduziert



Neue gesetzliche Regelungen eröffnen auch der ARL die Gelegenheit, unter bestimmten Voraussetzungen auf Bände aus den Veröffentlichungsreihen Preisnachlässe zu gewähren. Wir möchten damit nicht nur unsere Nachwuchskräfte, Studierende, Referendare und andere Auszubildende unterstützen, sondern auch allen anderen Mitwirkenden im Netzwerk der ARL für ihr Engagement danken. Für Ihre Bestellung kopieren Sie einfach diese Seite, füllen sie aus und senden sie per Fax oder per Post an das Sekretariat der ARL. Wir veranlassen, dass die gewünschten Bände incl. Rechnung schnellstmöglich zugeschickt werden.

Fax: ARL, Hohenzollernstr. 11, 30161 Hannover, +511 – 3 48 42 41

Preisänderungen im Verlag der Akademie für Raumforschung und Landesplanung gültig ab 1.6.2004

Anzahl	Titel/ISBN	Bisheriger Preis - •	Reduzierter Preis - •
	Nachhaltige Raumentwicklung. Szenarien und Perspektiven für Berlin-Brandenburg. Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 205 (1998), ISBN 3-88838-034-0	32,00	10,00
	Räumliche Disparitäten und Bevölkerungswanderungen in Europa. Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 202 (1997), ISBN 3-88838-031-6	25,00	10,00
	Räumliche Aspekte umweltpolitischer Instrumente. Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 201 (1996), ISBN 3-88838-030-8	30,00	10,00
	Kurskorrektur für Raumordnungs- und Verkehrspolitik. Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 198 (1995), ISBN 3-88838-027-8	17,00	6,00
	Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR. Arbeitsmaterial Nr. 269 (2000), ISBN 3-88838-669-1	11,00	4,00
	Erbguth, W.; Müller, B.; Koch, R.: Regionalplanung in den ostdeutschen Ländern. Arbeitsmaterial Nr. 255 (1999), ISBN 3-88838-655-1	12,00	6,00
	Döring, Th.; Stahl, D.: Räumliche Aspekte der föderalen Aufgabenverteilung, der Finanzverfassung und der Subventionspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Arbeitsmaterial Nr. 256 (1999), ISBN 3-88838-656-X	20,00	7,00
	Aring, J.: Suburbia – Postsuburbia – Zwischenstadt. Arbeitsmaterial Nr. 262 (1999), ISBN 3-88838-662-4	17,00	9,00
	Landesentwicklung in Norddeutschland. Arbeitsmaterial Nr. 236 (1997), ISBN 3-88838-636-5	17,00	6,00
	Haase-Lerch, C.: Raumleitplanung. Zur Umwidmung landwirtschaftlicher Großflächen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Arbeitsmaterial Nr. 229 (1996), ISBN 3-88838-629-2	30,00	10,00
	Hauptstadregion Berlin-Brandenburg im polnisch-deutschen Dialog. Arbeitsmaterial Nr. 230 (1996), ISBN 3-88838-630-6	15,00	5,00
	Europäische Raumentwicklungspolitik. Rechtliche Verankerung im Vertrag über die Europäische Union. Arbeitsmaterial Nr. 233 (1996), ISBN 3-88838-633-0	15,00	5,00
	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Landes- und Regionalplanung. Russisch-Deutsches Seminar in St. Petersburg. Arbeitsmaterial Nr. 226 (1996), ISBN 3-88838-626-8	20,00	6,00
	Pallagst, K.: Stand und Perspektiven Staatsgrenzen überschreitender Zusammenarbeit in der Raumplanung auf regionaler Ebene in Mitteleuropa – das Beispiel Tschechische Republik. Arbeitsmaterial Nr. 217 (1995), ISBN 3-88838-617-9	17,00	3,00
	Entwicklungen in Europa. Konsequenzen für die Landesentwicklung in Bayern. Arbeitsmaterial Nr. 213 (1995), ISBN 3-88838-613-6	11,00	3,00
	Materialien zu den räumlichen Entwicklungen in Europa aus polnischer und deutscher Sicht. Arbeitsmaterial Nr. 201 (1994), ISBN 3-88838-601-2	15,00	3,00
	Heinze, G.W.; Kill, H.H.: Regionalisierung des ÖPNV als Chance der Raumordnungspolitik. Arbeitsmaterial Nr. 203 (1994), ISBN 3-88838-603-9	10,00	3,00
	Zuwanderungen nach Deutschland und deren Auswirkungen auf Baden-Württemberg. Arbeitsmaterial Nr. 206 (1994), ISBN 3-88838-606-3	15,00	3,00
	Entwicklungsperspektiven für ländliche Räume. Arbeitsmaterial Nr. 197 (1993)	31,00	6,00
	Räumliche und funktionale Netze im grenzüberschreitenden Rahmen. Arbeitsmaterial Nr. 198 (1993)	10,00	3,00

Absender

.....

.....

.....

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift)

ISSN 1612-3891 (Printausgabe)
ISSN 1612-3905 (Internetausgabe)
www.ARL-net.de